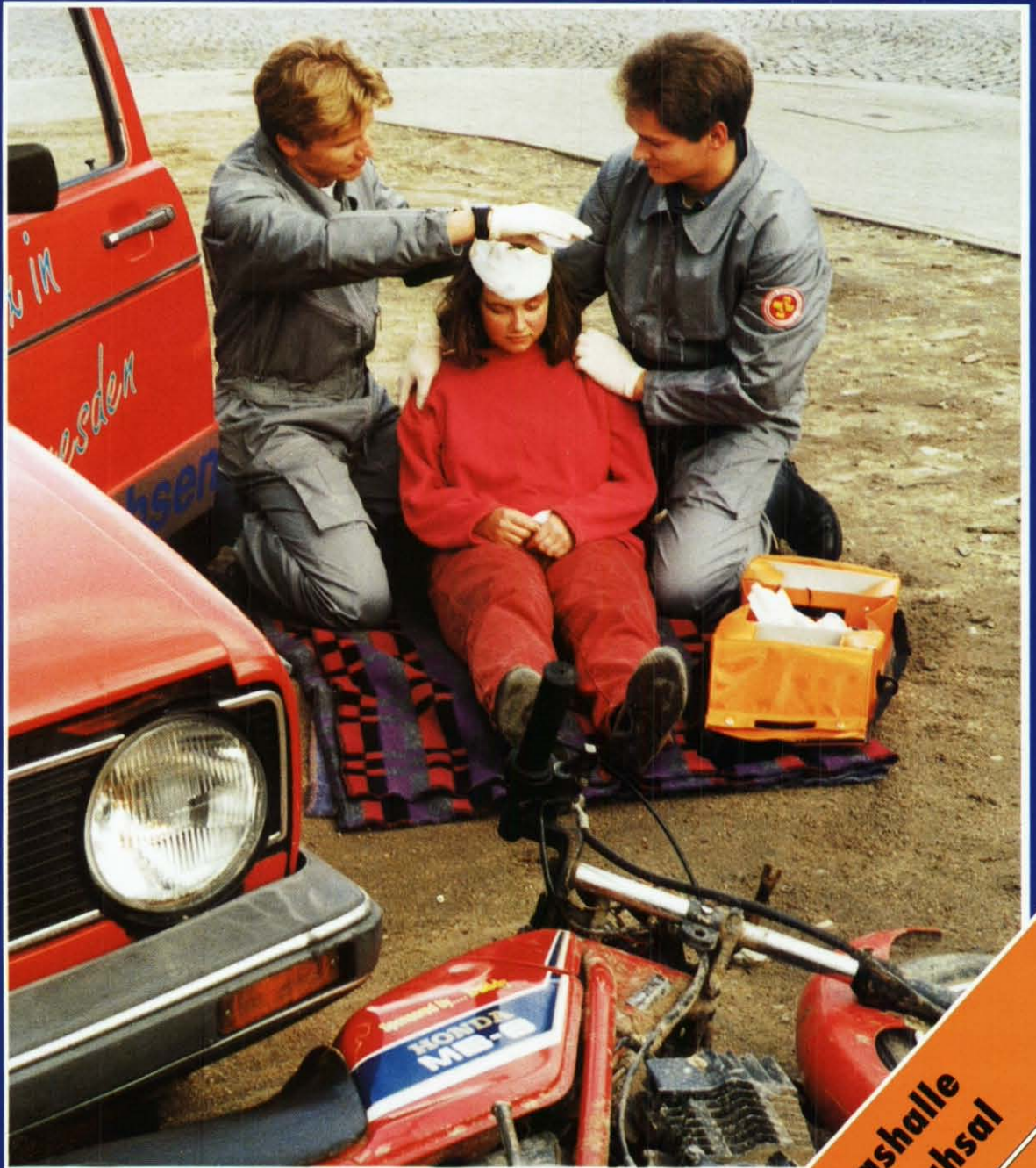


Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz

SASB
Arbeiter-Samariter-Bund



Nr. **4** 4. Quartal 1996

Neue Übungshalle
für LFS in Bruchsal
Sanitätsgruppen
im Wettstreit



Mit dem ersten landesweiten Leistungsvergleich von Sanitätsgruppen in Sachsen beschäftigt sich unser Bericht ab Seite 4.



Ein deformiertes Auto am Straßenrand, zwei offensichtlich verletzte Personen im Innenraum. Wie sich Autofahrer in einer solchen Situation verhalten, ist ab Seite 7 nachzulesen.



Eine mobile Gefahrgut-Übungsanlage ermöglicht praxisnahe Ausbildung, vorgestellt ab Seite 17.

Menschen

Personalien aus Zivil- und Katastrophenschutz 2

Aus der Praxis

„Gemeinsam sind wir stark“
Leistungsvergleich von Sanitätsgruppen in Sachsen 4

Nicht schauen, sondern helfen
Bilanz nach gestelltem Verkehrsunfall 7

Des einen Freude, des andern Sorge
Sicherheitsvorkehrungen beim Münchner Oktoberfest 9

Transparenz von Leistungen und Kosten im Rettungsdienst
Betrachtungen zu einem aktuellen Thema 13

INHALT

4-96

Technik und Wissenschaft

- Viel Technik auf kleinstem Raum**
Gefahrgut-Übungsanlage für praxisnahe Ausbildung 17

Aus- und Weiterbildung

- Ausbildung auf neuer Ebene**
Neue Übungshalle für die Landesfeuerwehrschule in Bruchsal 21



Viefältige Übungsmöglichkeiten eröffnet die neue Halle der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg, unser Bericht ab Seite 21 gibt einen Einblick.

Politik und Gesellschaft

- Hoher Besuch bei der Feuerwehr**
Prominente Gäste bei der DFV-Delegiertenversammlung 25
- Ein Jubiläum mit viel Farbe**
150 Jahre Feuerwehr Trier 23

Aus den Organisationen

- Arbeiter-Samariter-Bund** 34
- Bundesverband für den Selbstschutz** 36
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft** 38
- Deutscher Feuerwehrverband** 39
- Deutsches Rotes Kreuz** 41
- Malteser-Hilfsdienst** 43
- Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.** 45
- Technisches Hilfswerk** 47
- Warndienst** 49

Rubriken

- AkNZ aktuell** 27
- Rundblick** 50
- Jahresregister** 55
- Zuletzt** U 3

Hans Koschnik löste Hans-Jürgen Wischnewski ab

Hans Koschnik, ehemaliger Bürgermeister von Bremen und EU-Administrator in Mostar, ist in Bonn zum Vorsitzenden des Deutschen IDNDR-Komitees für Katastrophenvorbeugung e. V. gewählt worden. Er löst damit Hans-Jürgen Wischnewski ab, der für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung steht.

Das Deutsche IDNDR-Komitee wurde 1989 auf Initiative des Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher im Rahmen der von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Dekade zur Katastrophenvorbeugung (IDNDR) gegründet. Es setzt sich für ein verstärktes Engagement von Staat und Gesellschaft im Bereich der Katastrophenvorsorge ein. Außerdem initiiert und unterstützt es wissenschaftliche und praxisorientierte Projekte der Katastrophenvorsorge in Deutschland und in seinen Partnerländern Nicaragua, Tunesien, Algerien, Marokko, Usbekistan und Kirgistan. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über Katastrophenrisiken und Möglichkeiten der Vorsorge ist ein weiteres Anliegen des Komitees.

Wischnewski gibt zum Ende seiner Amtszeit als Vorsitzender des Deutschen IDNDR-Komitees zu bedenken, daß die Katastrophenanfälligkeit der Erde ständig zunehme und somit die Aufgaben Katastrophenvorsorge immer mehr an Bedeutung gewinne. Allein während seiner Amtszeit von April 1992 bis Oktober 1996 seien durch Naturkatastrophen Schäden von über 300 Mrd. US-Dollar entstanden, mindestens 50.000 Menschen seien diesen Katastrophen zum Opfer gefallen.

Auch in Deutschland gelte es, die Katastrophenvorsorge nicht zu vernachlässigen. Die Rheinhochwasser vom Dezember 1993 und Januar 1995 hätten gezeigt, wie notwendig Vorsorgemaßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden seien. Aus Sicht des Deutschen IDNDR-Komitees ist Deutschland nicht ausrei-



Hans Koschnik (rechts) löste Hans-Jürgen Wischnewski als Vorsitzender des Deutschen IDNDR-Komitees für Katastrophenvorbeugung e. V. ab. (Foto: Sers)

chend gegen Katastrophenrisiken gewappnet.

Wischnewski fordert die Bundesregierung auf, auch nach dem Ende der Internationalen Dekade zur Katastrophenvorbeugung im Jahr 1999 die Schaffung eines institutionellen und finanziellen Rahmens für die Weiterführung der Komiteeaktivitäten zu unterstützen. „Trotz aller bestehenden Sparzwänge darf die Vorbeugung von Naturkatastrophen, von technischen und politischen Katastrophen nicht vernachlässigt werden. Die Ereignisse von Kobe (Japan), Tschernobyl und Ruanda müssen uns eine Warnung sein“, so Wischnewski. Die Vereinten Nationen werden die Internationale Dekade zur Katastrophenvorbeugung nicht verlängern. Es müsse daher sichergestellt werden, daß die Katastrophenvorbeugung auf der Tagesordnung der deutschen Politik weiterhin präsent ist.

Während seiner Amtszeit als Vorsitzender des Deutschen IDNDR-Komitees setzte sich Wischnewski entschieden dafür ein, daß die Katastrophenvorsorge in zunehmendem Maße in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt wird. „In der humanitären Hilfe kann viel Geld eingespart werden,

wenn wir frühzeitig Katastrophenpotentiale erkennen und versuchen, die Auswirkungen der möglichen Katastrophe so gering wie möglich zu halten“, sagt Wischnewski. Die internationale Kooperation mit den IDNDR-Partnerländern habe gezeigt, daß in vielen Entwicklungsländern die Notwendigkeit von Vorsorgemaßnahmen erkannt worden sei. Insbesondere die Partnerschaft mit Tunesien und den mittelasiatischen Staaten Kirgistan und Usbekistan habe sich sehr positiv entwickelt.

Entscheidende Impulse habe auch die Zusammenarbeit des Komitees mit der DARA, der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten, gegeben, sagt Wischnewski. Die Erdbeobachtung durch Satelliten könne für die Katastrophenvorsorge, aber auch für das Katastrophenmanagement wertvolle Dienste leisten. Bei den jüngsten Rheinhochwassern konnten die Bilder aus der Luft zum Beispiel wichtige Erkenntnisse liefern. Die DARA untersuchte im vergangenen Jahr für das Komitee die Möglichkeit für Hilfsorganisationen, Satellitentechnologien in ihren Einsätzen zu nutzen.

Koschnik betont anlässlich seiner Wahl als Vorsitzender des Deutschen IDNDR-Komitees die dringen-

de Notwendigkeit von Vorsorgemaßnahmen, die den Ausbruch einer Katastrophe abwehren oder deren Ausmaß gering halten können. „Meine Tätigkeit als EU-Administrator in Mostar haben mir immer wieder vor Augen geführt, wie viel menschliches Leid und Zerstörung vermieden werden können, wenn sich vor dem Eintreten einer Katastrophe konstruktive, in diesem Fall friedliche Lösungen finden lassen. Das gilt nicht nur für politische Katastrophen wie in Bosnien.“ Auch bei Naturkatastrophen und technischen Katastrophen gebe es zahlreiche Vorsorgemöglichkeiten. Beispielsweise könne ein gut funktionierendes Frühwarnsystem oder die bessere Aufklärung der Bevölkerung für den Katastrophenfall das Ausmaß einer Katastrophe erheblich reduzieren.

Koschnick will sein neues Amt dazu nutzen, die von Wischniewski begonnenen Bemühungen um die Verbesserung der Katastrophenvorsorge in Deutschland fortzuführen und zu intensivieren.

„Ereignisse wie der Brand auf dem Düsseldorfer Flughafen dürfen sich in Zukunft nicht wiederholen,“ fordert Koschnick. Entscheidend sei in diesem Zusammenhang vor allem, daß das vorhandene und sehr leistungsfähige Potential im Katastrophenschutz entsprechend koordiniert und damit sinnvoll genutzt werde. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie diese Koordinierung der vorhandenen Dienste von Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und Hilfsorganisationen verbessert werden könne. „Allein die Wirksamkeit darf hierbei das maßgebliche Kriterium sein, alle anderen Interessen müssen dem Schutz und der Rettung der betroffenen Menschen untergeordnet werden“, sagt Koschnick.

Die Kooperation mit den Partnerländern des IDNDR-Komitees Nicaragua, Kirgistan, Usbekistan und den Maghreb-Staaten Marokko, Tunesien und Algerien wird laut Koschnick auch in Zukunft einen Schwerpunkt der Komiteearbeit darstellen. Diese Partnerschaften würden dem Gedanken der Internationalen Dekade zur Katastrophenvorbeugung in besonderem Maße gerecht.

Constantin von Brandenstein erneut Präsident der Malteser

Die Bundesversammlung des Malteser-Hilfsdienstes, das höchste beschlußfassende Gremium der Hilfsorganisation, hat am 21. September 1996 den bisherigen Präsidenten Dr. Constantin von Brandenstein-Zeppelin auf vier Jahre wiedergewählt. Der 43jährige Unternehmensberater aus Schlüchtern bei Fulda ist seit 1992 Präsident des Malteser-Hilfsdienstes und schon seit 1990 Diözesanleiter der Malteser in Fulda. Zu den Maltesern stieß er 1979 als Pfleger bei Behinderten-Wallfahrten.

Als Vizepräsident wiedergewählt wurde Dr. Uwe Bernzen, der dieses Amt seit 1990 versehen hat. Der 58jährige Direktor des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern ist auch Landesbeauftragter in seinem Bundesland. Ebenfalls als Vizepräsident wiedergewählt wurde Dr. Erich Prinz von Lobkowitz, 40jähriger Unternehmer aus Maxlrain bei München. Er ist seit 1994 Landesbeauftragter der bayerischen Malteser und Diözesanleiter in der Erzdiözese München und Freising und war Vizepräsident seit dem letzten Jahr. Neu gewählt als Vizepräsidentin und zugleich als Generaloberin der 120.000 Schwesternhelferinnen des Malteser-Hilfsdienstes wurde Elisabeth Freifrau Spies von Büllesheim, seit 1989 Hospizbeauftragte des Malteserordens in Deutschland und bisher tätig in der Leitung des Katharinen-Hospizes in Flensburg.

DFV-Vizepräsidenten: Abschied und Neuwahl

Zwei über Jahrzehnte verdiente Männer verabschiedeten sich bei der diesjährigen Delegiertenver-

sammlung in Bad Neuenahr-Ahrweiler aus dem Vorstand des Deutschen Feuerwehrverbandes:

DFV-Vizepräsident Karl Binai aus Kempten im Allgäu, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Bayern, war seit über 21 Jahren in Gremien des DFV tätig, seit 1984 als Vizepräsident. Von 1979 bis 1985 war er Bundesjugendleiter der Deutschen Jugendfeuerwehr.

Für die Bundesgruppe Berufsfeuerwehren in den Vorstand gewählt, war Leitender Branddirektor Rolf-Dieter Bräunig (Hannover) 15 Jahre lang als DFV-Vizepräsident tätig.

In Würdigung ihrer vielfältigen Verdienste um das deutsche Feuerwehrwesen und die integrierende Verbandsarbeit im DFV verlieh ihnen die Delegiertenversammlung die Ehrenmitgliedschaft im Verband.

Bei der Neuwahl votierten die Delegierten für den Leiter der Feuerwehr München, Oberbranddirektor Günther Hölzl (51), als Nachfolger von Rolf-Dieter Bräunig. Das Amt von Karl Binai übernimmt Kreisbrandinspektor Ralf Ackermann (39), der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Hessen.

Hohe Auszeichnung

Ina Freifrau von Elverfeldt, seit 1986 Generaloberin der Schwesternhelferinnen des Malteser-Hilfsdienstes, seit 1987 Diözesanleiterin des Malteser-Hilfsdienstes im Erzbistum Freiburg und seit 1992 Vizepräsidentin der 800.000 Mitglieder umfassenden Hilfsorganisation, wurde auf der Bundesversammlung des Malteser-Hilfsdienstes in Regensburg mit dem Verdienstkreuz mit Krone des vom Souveränen Malteser-Ritterordens verliehenen Ordens Pro Merito Melitense ausgezeichnet.

Die Delegierten der Bundesversammlung dankten der in Teningen lebenden Baronin Elverfeldt, die sich nicht mehr zur Wahl für das neue Präsidium stellte, mit langanhaltendem Beifall für ihr herausragendes Engagement und ihren Dienst für die rund 120.000 Schwesternhelferinnen der Malteser.

„Gemeinsam sind wir stark“

Erster landesweiter Leistungsvergleich von Sanitätsgruppen der privaten Hilfsorganisationen in Sachsen

„Der Tag hat für den Katastrophenschutz in Sachsen eine besondere Bedeutung“, sagt Ministerialdirigent Percy Rooks, Leiter der für den Katastrophen- und Zivilschutz zuständigen Abteilung 4 im Sächsischen Staatsministerium des Innern, anlässlich der Eröffnung des ersten landesweiten Leistungsvergleichs von Sanitätsgruppen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst in Dresden-Plauen.

Die Hilfsorganisationen seien überzeugt von dem Slogan: „Gemeinsam sind wir stark“. Ein Beispiel sei die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des ersten Leistungsvergleichs im Sanitätsdienst. Diese Gemeinsamkeit müsse man herausstellen, nicht nur für den heutigen Tag, sondern auch als Markenzeichen der Arbeit der privaten Hilfsorganisationen in Sachsen.

„Wir haben im Innenministerium großes Interesse daran, daß Ihre Arbeit gefördert wird und sie sich positiv entwickelt und verbessert“, so Rooks. „Mit diesem landesweiten Leistungsvergleich soll auch der Öffentlichkeit gezeigt werden, daß die Helferinnen und Helfer den Aufgaben im Katastrophenschutz gewachsen sind.“

Bei diesem Wettbewerb gäbe es keine Verlierer, denn alle Teilnehmer würden sich um etwas Gemeinsames bemühen, und dies sei schon ein Erfolg für sich. „Wichtig ist das Gemeinschaftserlebnis, das Miteinander, der Austausch von Erfahrungen und hoffentlich auch der Spaß am Wettkampf“, sagt Rooks. Die Veranstaltung solle zur Wiederholung ermutigen, um sich selber und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß die privaten Hilfsorganisationen das Rückgrat eines funktionierenden und verlässlichen Katastrophenschutzes in Sachsen sind.

Anschließend geht Rooks auf die im Verbund mit den Hilfsorganisationen Sachsens vom Bundesverband für den Selbstschutz überarbeitete Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“, in der sich alle Hilfsorganisationen darstellen, ein. Die Text- und Bilderschau werde heute an den Freistaat Sachsen übergeben und der Öffentlichkeit präsentiert. Schon in ihrer ursprünglichen Fassung habe die Ausstellung großes Interesse gefunden. „Zugleich ist sie auch, und das sage ich durchaus mit einem weinenden Auge, das auf uns entfallende Erbe des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der zum Ende dieses Jahres aufgelöst wird. Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbandes seitens der Staatsregierung für ihre Arbeit herzlich danken. Sie haben die Hilfsorganisationen in Sachsen und auch das Innenministerium immer gut beraten und uns auf mannigfaltige Weise und mit großem Engagement in unserer Aufgabenstellung unterstützt. Sie waren ein zuverlässiger Partner, und ich möchte hinzufügen, wir vermissen Sie bereits jetzt.“

Realistische Aufgabenstellung

Zwölf Not- und Unfallsituationen mit realistisch nachgestellten,

praxisorientierten Aufgaben, die insbesondere die Team- und Handlungsfähigkeit der Gruppe fordern und fördern sollen, erwarten die Helferinnen und Helfer. Folgende Stationen sind zu durchlaufen:

- Sportunfall
- Panik im Treppenhaus
- Unfall im Chemieunterricht
- Verkehrsunfall
- Alkohol- und Drogenmißbrauch
- Schlägerei
- Skateboard-Unfall
- Verbrennung
- Arbeitsunfall
- Schnittverletzung
- Unterarmbruch
- Vergiftung

An einer weiteren Station wird theoretisches Wissen in schriftlicher Form abgefragt.

Je Hilfsorganisation nehmen zwei bis drei Sanitätsgruppen am Wettbewerb teil. Zwölf Stationen sind im Gebäude eines Gymnasiums in der Kantstraße verteilt. Der „Verkehrsunfall“ ist auf einem Freiplatz im Bereich einer Straßenkreuzung nahe dem Plauener Rathaus angelegt. Hier finden sich stets zahlreiche Zuschauer ein, die das Geschehen interessiert beobachten. Ein Pkw und ein Moped sind zusammengestoßen. Mehrere Personen sind



Den Hilfsmaßnahmen geht eine kurze Einweisung in die „Unfallsituation“ voraus.

„verletzt“. Der Ablauf ist für alle Gruppen gleich. Sie werden kurz in die Aufgabe eingewiesen, dann heißt es eigenständig die Situation meistern. Die Arbeit wird von Schiedsrichtern beobachtet und bewertet. Insgesamt sind vier „Verletzte“ zu versorgen. Zuerst gilt es, sich einen Überblick zu verschaffen und dann die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten. Zwei „Verletzte“ sind aus dem Fahrzeug zu retten, zwei weitere Unfallbeteiligte liegen auf der Straße – eine anspruchsvolle Aufgabenstellung. Die Sanitätsgruppe des ASB Bautzen hat die Unfallstelle im Griff. Sie leistet fachkundige Erste Hilfe, die Betreuung der „Verletzten“ ist nicht zu bemängeln, und auch der Abtransport ins Krankenhaus wird bestens organisiert. Die hier erreichte Punktzahl wird sicher hoch sein und zu einem guten Gesamtergebnis der Gruppe beitragen.

Schon schlechtere Zeiten

„Es gibt natürlich Mängel. So wird in der Aufregung das eine oder andere auch mal vergessen. Dennoch, das Zusammenspiel und das Vorgehen der Gruppen ist gut, da gab es schon schlechtere Zeiten“, sagt Steffen Günther, Ausbildungsleiter der Johanniter-Unfall-Hilfe und Schiedsrichter an dieser Station. Positiv bemerkbar mache sich, daß die meisten Hilfsorganisationen ihr Rettungsdienstpersonal in den Katastrophenschutz einbringen. Es zeige sich, daß Sanitätsgruppen, in die Mitarbeiter aus dem Rettungsdienst eingebunden sind, besser abschneiden. Die tägliche Praxis im Rettungsdienst, die hier gemachten Erfahrungen, schlugen sich positiv bei der Bewältigung der Aufgaben im Katastrophenschutz nieder.

Auch auf den weiteren Stationen herrscht reges Treiben. Die Bandbreite der vorgegebenen „Verletzungsarten“ ist groß. Immer wieder müssen sich die Sanitätsgruppen anderen Aufgaben stellen. Mal ist ein „Unterarmbruch“ zu schienen, mal eine „Schnittverletzung“ zu versorgen oder eine „Verbrennung“ fachgerecht abzudecken. Das Wissen der Teilnehmer muß vielfältig sein, um im Kampf um Punkte und Plazierung zu bestehen.

Gegen Nachmittag haben alle Wettkampfgruppen die Stationen



Die Sanitätsgruppe bei der Arbeit. Konzentration ist angesagt, um Fehlerpunkte zu vermeiden.



Erstversorgung im Treppenhaus. Die „Verletzte“ wird intensiv befragt.

durchlaufen. Es beginnt die Zeit des Wartens. Die Schiedsrichterbogen werden ausgewertet, das braucht Zeit. Am Abend ist es dann soweit. Die Spannung ist groß. Die Nase vorn hat der DRK-Kreisverband Freital, gefolgt vom JUH-Kreisverband Sächsische Schweiz. Den dritten Platz holt sich der ASB Bautzen.

Kameradschaftliche Zusammenarbeit

„Das Markenzeichen der im Katastrophenschutz des Freistaates Sachsen mitwirkenden privaten Hilfsorganisationen ist eine kameradschaftliche Zusammenarbeit, die es möglich macht, eine Veranstaltung wie diese gemeinsam vorzubereiten und durchzuführen“, sagt Malte Bardt, Referatsleiter Katastrophen- und Zivilschutz im Sächsischen Innenmi-

nisterium, in einem Pressegespräch. „Daran liegt uns viel, und ich wäre den Organisationen sehr dankbar, wenn sie über alles Trennende hinweg an dieser Gemeinsamkeit auch in Zukunft weiter arbeiten würden.“

Vom Können der Helferinnen und Helfer hänge in einer Katastrophe Leben ab. Voraussetzung zur effizienten Hilfe sei eine gute Ausbildung. „Hier ist noch ein langer Weg zu gehen“, sagt Bardt. So habe man noch keine gemeinsame Ausbildungskonzeption. Eine Arbeitsgruppe werde aber bald Abhilfe schaffen. Auch eine Veranstaltung wie heute gäbe Hinweise auf die zu setzenden Maßstäbe. Der erste landesweite Leistungsvergleich sei ein ermutigender Anfang. Bardt regt an, künftig solche Veranstaltungen in der Innenstadt auf dem Dresdner Altmarkt durchzuführen, um die Arbeit



Aufmerksam verfolgt der Schiedsrichter die Hilfsmaßnahmen. Jeder Fehler bringt einen Punktabzug.

der Hilfsorganisationen mehr in die Augen der Öffentlichkeit zu bringen.

Auf den personellen und materiellen Stand des Katastrophenschutzes in Sachsen angesprochen sagt Referatsleiter Bardt: „Es hakt beim hauptamtlichen Personal des Technischen Hilfswerks. Das THW ist sowohl im Länderverband Sachsen/Thüringen als auch in den Geschäftsstellenbereichen stark unterbesetzt, das macht uns erhebliche Sorgen. Ich hoffe, daß der Bund hier bald Abhilfe schafft.“

Erhebliche Fortschritte

Der Aufstellungsstand der Katastrophenschutz-Einheiten sei in

Sachsen noch unterschiedlich, mache aber erhebliche Fortschritte. Gut ausgebildete Einheiten würden heute zunehmend in die tägliche Gefahrenabwehr eingebunden. Ein Problem liegt Bardt besonders am Herzen: „Es sind zu viele Männer in den Katastrophenschutz-Einheiten. Es ist nicht einzusehen, daß z. B. ein Betreuungszug nur aus Männern besteht.“ Man mache sich zu stark abhängig von Helfern, die nur durch ihre Freistellung vom Wehrdienst im Katastrophenschutz mitwirkten. Wünschenswert wäre es, mehr Frauen und auch andere ehrenamtliche Helfer in diese Aufgaben einzubinden. Natürlich sähe er die Probleme, die es schwierig machten.



Der Freistaat Sachsen übernimmt die Ausstellung „Wir helfen gemeinsam“. Von links: Malte Bardt, Referatsleiter Katastrophen-Zivilschutz, BVS-Mitarbeiter Peter Grab, Ministerialdirigent Percy Rooks und BVS-Mitarbeiter Gerd Pätzold.

Viele junge Menschen bangten um ihren Arbeitsplatz, auch hätten manche „die Nase voll“ von Aufgaben, zu denen man „freiwillig“ in irgend einer Form in der ehemaligen DDR aufgerufen war.

Möglichkeiten, die Werbetrommel zu rühren, würden von den Hilfsorganisationen intensiv genutzt. So beteiligten und präsentierten sie sich neben zentralen Veranstaltungen wie den „Tag der Sachsen“ auch an Veranstaltungen in den Landkreisen. Dies sei ein erfolgversprechender Weg, um die Situation zu verbessern.

Auch die Vertreter der Hilfsorganisationen heben in dem Pressegespräch die Gemeinsamkeit hervor. Man habe in Sachsen unterschiedliche Ausgangssituationen. Es gäbe neben den Organisationen, die



„Schaut her, ich bin ein ausgebildeter Rettungshund!“ Die DRK-Rettungshundstaffel Torgau demonstriert während des Wettbewerbs die Sucharbeit der Hunde.

(Fotos: Sers)

schon früher hier tätig waren, auch Organisationen, die erst seit wenigen Jahren in Sachsen aktiv seien und sich noch im Aufbau befänden. Aus diesem Grunde sei der Leistungs- und Ausbildungsstand sowie der Ausstattungsgrad noch unterschiedlich.

Durch die gute Zusammenarbeit im Landesbeirat für Katastrophenschutz habe man eine Gemeinsamkeit erreicht, die heute hier demonstriert würde. Auch im Einsatzfall müsse man Hand in Hand arbeiten. „Deshalb soll diese Veranstaltung die Demonstration des gemeinsamen Willens sein, im Ernstfall helfen zu können und zu wollen.“

-güse-

Nicht schauen, sondern helfen

Erschreckende Bilanz nach einem gestellten Verkehrsunfall –
Nur wenige leisteten Erste Hilfe

Von Torsten Moeser

Anlässlich des jährlichen bundesweiten „Tag der Ersten Hilfe“ gingen die DRK-Bereitschaft Kirchheim/Teck und die Malteser der Kreisgeschäftsstelle Kirchheim/Teck in diesem Jahr einen neuen Weg in ihrer Aufklärungsarbeit. Zusätzlich zu dem bewährten Informationsstand wurde ein Verkehrsunfall nachgestellt. Anhand des Unfallszenarios wollte man die Reaktion der Autofahrer beobachten. Um es gleich vorzunehmen, die Ergebnisse waren erschreckend. Gerade mal knapp zehn Prozent der Verkehrsteilnehmer leisteten angesichts der Unfallsituation Hilfe.

Es war eine fast schon gespenstische Stimmung, als die Helferinnen und Helfer des DRK und MHD mit den Vorbereitungen zum „Verkehrsunfall“ begannen: Regennasse

Straße, tiefgraue Bewölkung, und die letzten Nebelschwaden wollten sich nicht verziehen. Die „Unfallstelle“ lag an einer Kreuzung, an der am Samstag erfahrungsgemäß viel Verkehr herrscht, da die Strecke als Umgehung der Innenstadt genutzt wird.

Realistische Unfallszene

Angenommen wurde ein Unfall mit einem Pkw, der auf regennasser Fahrbahn ins Schleudern geriet, über die Kreuzung schoß und frontal an einen Baum fuhr. Die Insassen, zwei junge Menschen, waren nicht angeschnallt und hatten sich schwere Verletzungen zugezogen. Die Fahrerin war bewusstlos, blutüberströmt lag die junge Frau auf dem gebrochenen Lenkrad. Ihr Begleiter blutete aus einer Kopf-

platzwunde. Vor Schmerzen laut jammernd, saß er auf dem Beifahrersitz, konnte zwar noch die Türen öffnen, aber sich selbst nicht aus seiner mißlichen Lage befreien.

Nachdem die Unfallszene täuschend echt aufgebaut war, galt es, sich auf die „Lauer“ zu legen und abzuwarten, was passieren wird. In beiden Fahrtrichtungen standen in sicherem Abstand Fahrzeuge, deren Besatzungen notierten, wieviel Verkehrsteilnehmer an der Unfallstelle vorbeifuhren. Die umliegenden Leitstellen der Rettungsdienste und Feuerwehren waren ebenso wie die Polizei informiert und sollten alle eingehenden Notrufe aufzeichnen.

Es dauerte lange, bis das erste Fahrzeug an der Unfallstelle anhielt, um sich um die offenbar schwer ver-

Die „Unfallstelle“ war täuschend echt aufgebaut.



letzten Insassen zu kümmern. Innerhalb von fünf Minuten waren acht Pkw an der Unfallstelle vorbeigefahren, der eine schnell, der andere mit Schrittgeschwindigkeit. Alle hatten aber etwas gemeinsam: Sie schauten, doch geholfen hat niemand. Dann plötzlich einer der Wenigen, die bereit waren zu helfen. Beherzt stieg er aus seinem Auto, schaute nach dem schreienden Beifahrer und der bewußtlosen Fahrerin. Nun entwickelte sich eine Art Gruppendynamik, denn plötzlich hielten auch andere Verkehrsteilnehmer an, und versuchten zu helfen. Dabei waren die ach so verspotteten Handys sehr hilfreich, um den Notruf abzusetzen.

Hilfsmaßnahmen vergessen

Was aber bei den Helfern in Vergessenheit geraten war, waren die ersten notwendigen Maßnahmen, wie Absichern der Unfallstelle, Retten aus dem Gefahrenbereich und die Kontrolle der Vitalfunktionen der „Verletzten“. Zwar versuchten die Helfer, den Beifahrer zu beruhigen, doch keiner traute sich, die „Verletzten“ anzufassen.

Die hilfeleistenden Autofahrer wurden anschließend durch Angehörige beider Hilfsorganisationen informiert, daß es sich um eine nachgestellte Unfallszene handle. Ihr Vorgehen wurde zusammen besprochen, sie wurden gelobt und zur Stärkung erst einmal zu einem kleinen Imbiß eingeladen. Hier hatten sie dann auch die Möglichkeit, an einer Verlosung teilzunehmen, bei der eine Wochenendreise, ein Essen für zwei Personen und Konzertkarten zu gewinnen waren.

Das Szenario wiederholte sich: Viele vorbeifahrende Pkw, und wenige beherzte Helfer. Was bei den Helfern jedoch auffiel, waren die Unterschiede in der Versorgung der „Verletzten“. Berufskraftfahrer und Führerscheinneulinge konnten sich wohl wesentlich besser an die Themen der Ersten Hilfe- und Lebensrettenden Sofortmaßnahmen-Kurse erinnern, als andere Verkehrsteilnehmer. Dies war nicht nur an der Koordination der hilfsbereiten Autofahrer zu erkennen, sondern auch an einer besser strukturierten Hilfeleistung.

Der erste Verkehrsteilnehmer, bei dem es keine Beanstandung seiner Hilfe gab, war ein Mitglied der Kirchheimer Feuerwehr, der nach dem Erkennen der Situation aus seinem Auto sprang und sofort die Rettung und die korrekte Lagerung der „Verletzten“ übernahm, während hinzugekommene Verkehrsteilnehmer die Unfallstelle absicherten.

Unterschiedliche Reaktion

Die Reaktionen der Helfer waren unterschiedlich, als man ihnen sagte, daß es sich um einen nachgestellten Unfall handle. Sie reichten von Verständnis für die Notwendigkeit solcher Aktionen bis hin zur Kritik, daß man so nicht mit Mitbürgern umgehen könne. Im persönlichen Gespräch ließen sich die Wogen jedoch schnell wieder glätten.

Erschreckend jedoch und nicht wegzudiskutieren ist die Gesamtbilanz dieser Aktion:

Im Zeitraum von 9.00 bis 12.30 Uhr hatten 776 Pkw die „Unfallstelle“ passiert. 706 Verkehrsteilnehmer fuhren vorbei, ohne sich um die „Verletzten“ zu kümmern. Nur 70 Pkw hielten an der „Unfallstelle“, 95 Personen hatten dabei Erste Hilfe geleistet.

Ausgesprochen negativ stellte sich auch die Notrufbilanz dar: Beim Polizeirevier Kirchheim gingen insgesamt 16 Notrufe ein, von denen 14 qualitativ gut waren. Bei den Rettungsleitstellen Nürtingen und Ess-

lingen liefen je ein Notruf auf, ebenso bei der Feuerwehrleitstelle in Esslingen.

Noch viel Aufklärung nötig

Das Ergebnis dieses Tests bestätigt die Schätzungen der Bundes- und Landesverbände der Hilfsorganisationen, wonach lediglich 25 Prozent der Bevölkerung Hilfe leisten kann. Dies zeigt, daß auf dem Gebiet „Erste Hilfe“ noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist.

Auch deckt sich das Ergebnis mit einer Studie des ADAC aus dem Jahre 1992. Demnach fuhren bei einem ähnlichen Test vier von fünf Autofahrern an der Unfallstelle vorbei. Der ADAC-Verkehrspsychologe Seemann berichtete in einem Erfahrungsaustausch im Anschluß an den „Tag der Ersten Hilfe“ von atypischen und unkoordinierten Verhaltensabläufen derjenigen, die an der Unfallstelle Hilfe leisten wollten. Dies konnte auch bei dem Test in Kirchheim/Teck festgestellt werden. Viele Verkehrsteilnehmer hatten ihr Fahrzeug beispielsweise mit hoher Geschwindigkeit gewendet oder fuhren einige Meter rückwärts, ohne in den Rückspiegel zu schauen. Ebenso unvorsichtig verhielten sich viele Helfer beim Aussteigen. Ohne auf den fließenden Verkehr zu achten, rannten sie zur Unfallstelle. Hier gilt es, auch in der Ausbildung verstärkt darauf einzuwirken, daß die Helfer ruhig und besonnen vorgehen, um sich nicht selbst zu gefährden.

.....SOS.....

Kurs Menschen retten!



..... heißt es für unsere Rettungsmänner. Bei jedem Wetter, zu jeder Zeit. Die DGzRS wird nur von freiwilligen - steuerabzugsfähigen - Zuwendungen, ohne jegliche staatlich-öffentliche Zuschüsse, getragen. Auch durch Ihre Spende - beispielsweise ins Sammelschiffchen.

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS)
Postfach 10 63 40, 28063 Bremen **Wir danken für die**
Postbank NI. Hamburg (BLZ 200 100 20) 70 46-200 **gespendete Anzeige.**

Des einen Freude, des andern Sorge

Besucherandrang beim Münchner Oktoberfest bereitet Probleme – Umfassende Vorkehrungen für die Sicherheit

„O'zapft is ...“ Wenn dieser Ruf erschallt, weiß man nicht nur in München, daß das erste Faß Wies'n-Bier angezapft ist und damit das Oktoberfest begonnen hat. Dann stehen der im Herzen der Stadt gelegenen Theresienwiese bis zum ersten Oktober-Sonntag 16 Tage hektischer Betriebsamkeit bevor. Der Welt größtes Volksfest, nunmehr stolze 186 Jahre alt, lockt Jahr für Jahr Millionen Menschen nach München.

Auch beim diesjährigen, dem 163. Oktoberfest, war das nicht anders. Die Zahlen sprechen für sich: Rund sieben Millionen Besucher, 3 % mehr als im Vorjahr, wurden gezählt, 365 Marktstände, 220 Schausteller und 64 gastronomische Betriebe sorgten auf dem 42 Hektar großen Gelände für Kurzweil, Nervenkitzel, Schmankerl und – vor allem Bier. 51.000 Hektoliter, also 5,1 Millionen Maß, – 6 % mehr als 1995 – des eigens für das Jahresereignis gebrauten Gerstensaftes rannen durch die Kehlen.

Das Oktoberfest steht für die Begriffe Gaudi, Ausgelassenheit, Gemütlichkeit. In den riesigen Festhallen scheint der permanente Ausnahmezustand zu herrschen. Es wird geklatscht, gesungen, getrampelt, Tische werden zur Tanzfläche. Und immer wieder: „Oans, zwoa, drei, g'suffa!“ Draußen auf den breiten Straßen der Wies'n schieben sich die Menschen vorbei, freuen sich an Nervenkitzel und Klamauk. Und über allem liegt ein Duft, den es eben nur beim Oktoberfest gibt.

Risiken bleiben

Doch Jahrmarktstimmung, Blasmusik und Bierzeltseligkeit verstellen allzuleicht den Blick auf die Risiken, die das Zusammenkommen so vieler Menschen auf verhältnismäßig engem Raum und eine immer aufwendiger werdende Technik der Attraktionen, verbunden mit den

konsumierten Alkoholmengen, in sich bergen.

Rückblende: Das „Zivilschutz-Magazin“ berichtet im Oktober 1980: „Der bisher schwerste Bombenanschlag in der Bundesrepublik hat in der Nacht zum Samstag, 27. September 1980, auf dem Oktoberfest in München 13 Todesopfer und weit über 200 Verletzte gefordert. Die Bombe war am Ausgang des Oktoberfest-Platzes explodiert und hatte heimkehrende Besucher, darunter auch Kinder, getroffen. Wie die Deutsche Presseagentur berichtet, fand auch der mutmaßliche Bombenleger, ein 21jähriger Student, dabei den Tod.“

Zur Versorgung der Opfer des Anschlags konnte der Rettungsdienst damals binnen kürzester Zeit fünf Notarztwagen, zwei Großrettungswagen und 14 Rettungsfahrzeuge einsetzen.

Nicht erst seit dem tragischen Vorfall vor 16 Jahren wachen die Verantwortlichen mit Argusaugen

über die Sicherheitsvorkehrungen für alle denkbaren Notfälle. Ein beträchtlicher Teil der 12.000 Menschen, die während des Festes auf der Wies'n arbeiten, ist für die Sicherheit tätig. Das Sicherheitsnetz ist – teils für jeden sichtbar, teils verborgen – umfassend und dicht gespannt. Ins Auge fallen die aus mehreren Beamten bestehenden Polizeistreifen, teils durch Militärpolizei verstärkt, die für die Sicherheit auf den Straßen sorgen. In den Festhallen sind es die uniformierten Kräfte von Security-Firmen, die ständig präsent sind und die Fluchtwege freihalten.

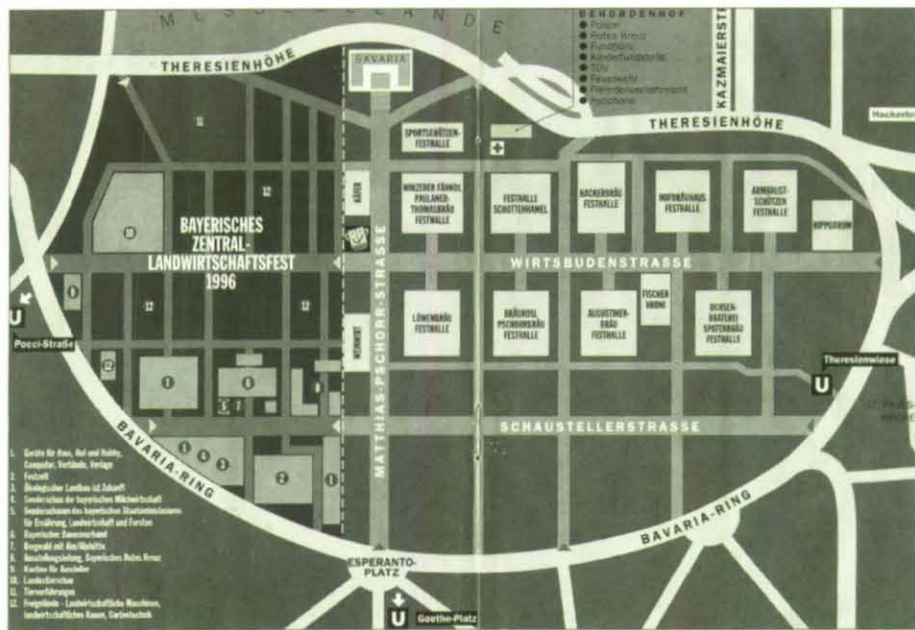
Doch der Ort, an dem alle Fäden in Sachen Sicherheit und Ordnung zusammenlaufen, der sogenannte Behördenhof, verbirgt sich hinter einem grauen Bretterzaun am Rande des Festgeländes. Von den Wies'n-Besuchern gar nicht wahrgenommen, findet sich hier eine Ansammlung von Büro-Containern. In den langen Reihen der Container sind

Im Behördenhof laufen alle Fäden in Sachen Sicherheit und Ordnung zusammen.



Im Schatten der Bavaria: Die beiden Fahrzeuge, TLF (rechts) und HLF, sind direkt neben den Containern der Feuerwehr postiert.





Auf dem 42 Hektar großen Gelände sind allein 14 Festhallen zu finden, am oberen Rand liegt der Behördenhof.

Polizei, Bayerisches Rotes Kreuz, Feuerwehr, Fundbüro, Kinderfundstelle, TÜV, Fremdenverkehrsamt sowie eine Bank untergebracht.

Beginn bereits Mitte Juli

Am Beispiel Feuerwehr und Rettungsdienst sollen hier sowohl die Notfall-Vorkkehrungen als auch deren praktische Umsetzung aufgezeigt werden.

Die mit dem Oktoberfest zusammenhängende Arbeit der Feuerwehr beginnt bereits Monate vorher. Denn dann befaßt sich die Abteilung Vorbeugender Brandschutz (VB) der Berufsfeuerwehr mit den Plänen für die Bauten auf der Wies'n.

Mitte Juli fahren die ersten Lkw mit Planen, Stützen, Fußbodenteilen und viel Zubehör auf der Theresienwiese vor. Bis zu 120 Arbeiter je Bau beginnen mit der Errichtung der Festhallen.

Zwei Wochen vor Beginn des Festes, in der Endphase des Aufbaus, ist die Abteilung VB der Feuerwehr auf dem Wies'n-Gelände präsent. Jetzt gilt es, die Einhaltung der Baupläne zu kontrollieren, die Anzahl der Feuerlöcher oder die Breite der Fluchtwege zu überprüfen.

Auch darüber hinaus sind die Männer vom VB aktiv: Bis Ende des Festes werden täglich zwei, an Wochenenden drei, Beamte von 7.30 bis 1.00 Uhr auf der Wies'n unterwegs sein, um die Einhaltung von Bestuhlungsplänen oder den Zustand der Fluchtwege zu überwa-

chen. Durch ihre detaillierten Kenntnisse kommen sie jeder manchmal vorkommenden „wundersamen Sitzplatzvermehrung“ auf die Spur.

Modernste Technik

Kurz vor Beginn des Festes bezieht die Wies'n-Feuerwehr ihre Container, und die Stationierung der Löschfahrzeuge erfolgt. Das Tanklöschfahrzeug (TLF 24/48) verfügt über 4.800 Liter Wasser sowie 500 Liter Schaummittel und hat eine Besatzung von 1:1. Das zweite Fahrzeug, ein Hilfeleistungslöschfahrzeug (HLF 16), verfügt über 1.200 Liter Wasser und 200 Liter Schaummittel. Das mit einer Stärke von 1:5 besetzte Fahrzeug ist durch eine umfangreiche Beladung für Brand- und Hilfeleistungseinsätze sowie einen 12,5-kVA-Generator vielseitig einsetzbar. Der Löschmittelvorrat der Fahrzeuge ist so bemessen, daß in jedem Fall genug Zeit verbleibt, über das engmaschige Hydrantennetz eine Wasserversorgung aufzubauen. Neben den beiden Löschfahrzeugen findet sich noch ein mit kompletter Nachrichtentechnik ausgerüsteter Abrollbehälter für die Leitung größerer Einsätze.

Insgesamt versehen auf der Wies'n-Feuerwehr-Station zwölf Beamte – Fahrzeugbesatzungen, Telegrafisten und Führungspersonal – in zwei Schichten ihren Dienst. Die Station ist von 10.00 bis 1.00 Uhr besetzt; die Öffnungszeit der Wies'n

ist von 11.00 bis 23.00 Uhr, zwei Nachtzelle haben bis 1.00 Uhr geöffnet.

Eigener Sonderleitplatz

Für die Verbindung zwischen der Station und der Leitstelle der Berufsfeuerwehr ist in der Leitstelle eigens für das Oktoberfest ein Sonderleitplatz eingerichtet, der auch für den Rettungsdienst im Bereich des Festes zuständig ist. Die von der Leitstelle kommenden Einsatzaufträge für die Feuerwehr gehen an die drei Leitplätze in der Station und werden von dort, quasi „vor Ort“, weiter abgewickelt.

Auch die 14 Festhallen, von 1.300 bis 10.000 Sitzplätze groß, haben direkte Verbindung: In jedem Hallenbüro gibt es ein „rotes Telefon“, mit dem ausschließlich Feuerwehr und Rettungsdienst angerufen werden können. Darüber hinaus gibt es kein Unternehmen auf der Wies'n, das nicht über Telefon, meist ein Handy, verfügt. Ergänzt wird die Alarmierungsmöglichkeit durch 15 über das Gelände verteilte, weithin sichtbar markierte Notruf-Sprechstellen, deren Meldungen der Sonderleitplatz in der Leitstelle entgegennimmt.

Im Alarmfall rücken die beiden Fahrzeuge der Wies'n-Station als 1. Abmarsch aus, gleichzeitig nehmen die Fahrzeuge dreier benachbarter Feuerwachen (FW 1, 2, 3) – jeweils Einsatzleitwagen (ELW), zwei Löschfahrzeuge (HLF 16), Drehleiter

(DLK 23-12) und Rettungswagen (RTW) – Aufstellung auf drei festgelegten Sammelplätzen am Rande des Geländes. Von dort können sie bei Bedarf direkt vom Einsatzleiter vor Ort angefordert werden.

Weitere Aufgaben

In diesem Jahr kamen auf die Feuerwehr noch zusätzliche Aufgaben zu: Zeitgleich zum Oktoberfest fand 1996 das alle drei Jahre stattfindende Bayerische Zentral-Landwirtschaftsfest statt. Die Wies'n-Station ist auch für die Sicherheit dieser unmittelbar an das Oktoberfest-Gelände anschließenden Veranstaltung verantwortlich.

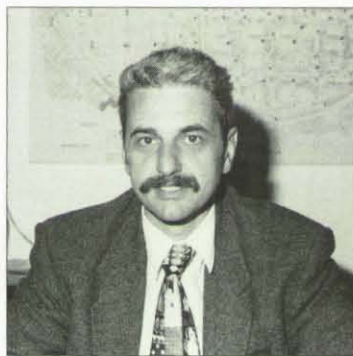
Obwohl das Landwirtschaftsfest hinsichtlich Überschaubarkeit und Ordnung nicht mit dem Oktoberfest zu vergleichen ist, sind doch in einer der Hallen wegen der dort gelagerten beträchtlichen Futter- und Strohbestände während der Öffnungszeiten stets zwei Feuerwehrbeamte präsent. Ein „rotes Telefon“ in besagter Halle und elf zusätzlich zum Oktoberfest installierte Notruf-Sprechstellen sorgen hier für weitere Sicherheit.

Ein ernstes Problem

Daß eine Alarmfahrt über das Gelände alle Normen sprengt, davon konnte sich der Verfasser ein Bild machen: Gegen 21.00 Uhr ist ein Rettungswagen (RTW) der Johanniter-Unfall-Hilfe auf dem Weg zum Ausgang. Trotz Einsatz von Sondersignal gelingt es dem Fahrer nicht, über Schrittgeschwindigkeit hinauszukommen. Immer wieder springen tanzende und feixende Menschen vor das Fahrzeug, andere nehmen die Signale überhaupt nicht wahr.

Ein Problem, das auch Brandoberrat Joseph Messerer, Leiter der Wies'n-Station, nicht unbekannt ist: „Für uns ist die Unberechenbarkeit mancher Besucher ein großes Handicap. Bei Einsatzfahrten halten wir zwar die Türen von innen verschlossen, doch es gibt Leute, die auf den Trittbrettern mitfahren oder sich an die Fahrzeugspiegel hängen.“

Wie schwerwiegend die Bedenken hinsichtlich der Beweglichkeit von Einsatzfahrzeugen sind, zeigt die Tatsache, daß sich selbst der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein dieses Themas annahm:



Brandoberrat Messerer ist für die Feuerwehr auf der Wies'n zuständig.

„Glücklicherweise ist auch auf der Wies'n '96 wieder alles gutgegangen. Davon können wir jedoch nicht immer ausgehen. Im Interesse von Leben und Gesundheit der Wies'n-Besucher muß noch bessere Vorsorge getroffen werden.“ Beckstein weiter: „Es ist nicht akzeptabel, daß sich Einsatzfahrzeuge – wenn überhaupt – nur im Schrittempo bewegen können.“

Der Minister kündigte an, gemeinsam mit der Stadt München nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Dort werden in der Presse bereits die verschiedensten Modelle diskutiert. Kreisverwaltungsreferent Dr. Hans-Peter Uhl, für die Ordnung auf der Wies'n zuständig: „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Volksfest-Fläche vergrößern oder den Menschenzustrom reduzieren.“

Brandoberrat Messerer zum Besucherandrang: „Die gefährliche Überfüllung an den Wochenenden macht uns große Sorge. Wenn, wie am mittleren Samstag geschehen, bei insgesamt 100.000 Sitzplätzen die Hallen dennoch vor dem Ansturm kapitulieren müssen, ist die Grenze erreicht. Dann sind nicht nur die Hallen zum Bersten gefüllt, sondern auch die Straßen. Selbst, wenn

die Leute einsichtig sind – wie sollen sie dann einem Einsatzfahrzeug Platz machen? Wenn schon ein Krankenwagen nur mit Mühe durchkommt – wie würde das bei einer Drehleiter oder einem Großrettungswagen im Linienbusformat aussehen? Ich hoffe sehr, daß eine Verlagerung des Besucherandrangs auf andere Tage gelingt.“

Sprach's und machte sich auf den Weg zur täglichen Lagebesprechung. Jeden Mittag während der Wies'n-Zeit setzen sich die Vertreter von Feuerwehr und Polizei, des Bayerischen Roten Kreuzes sowie von Fremdenverkehrsamt und Kreisverwaltungsreferat zusammen. In dieser „Sicherheitsrunde“ gilt es, aktuelle Erfahrungen auszutauschen.

BRK stets präsent

Wenige Schritte vom Domizil der Feuerwehr entfernt befindet sich in den Containern des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) die Rettungswache der Wies'n. Neben dieser Wache gibt es noch zwei kleinere Rettungsstationen, im Zentrum des Festgeländes sowie im Bereich des Landwirtschaftsfestes gelegen. Von den in der Wache eingerichteten drei Leitplätzen aus werden sämtliche einlaufenden Notrufe bearbeitet und – je nach Meldebild – an den Sonderleitplatz über Datenstandleitung weitergeleitet.

Fahrzeuge und Besatzungen für Kranken- und Rettungswagen-Transporte sowie Notarzt-Einsätze stellen neben dem BRK die Feuerwehr und die Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst sowie gewerbliche Unternehmen. Die Fahrzeuge sind auf insgesamt acht Sammelplätze rund um das Gelände verteilt und werden durch den Sonderleitplatz abgerufen. Auch an der



Von den drei Leitplätzen in der Rettungswache wird das Geschehen gesteuert.



Schneller als das Einsatzfahrzeug findet die Rolltrage (rechts) ihren Weg durchs Getümmel.

Wache selbst werden drei Fahrzeuge vorgehalten.

Schneller zu Fuß

Die Hauptlast der Einsätze liegt bei den Sanitätstrupps. Mit einer eigens für das Fest konstruierten Rolltrage ausgerüstet, stehen sieben Trupps zu je drei Helfern bereit. Mit Erste-Hilfe-Material und Funkgerät ausgestattet, sind sie schnell am Ort und können effizient Hilfe leisten. Beim Transport wird der Patient auf der Trage mit einer Plastikhaube vor Witterungseinflüssen und neugierigen Blicken geschützt.

Vor allem die Flexibilität dieser Fußstrupps ist für Volker Ruland, BRK-Einsatzleiter, entscheidend: „Mit der Rolltrage sind unsere Leute schneller als jedes Auto am Einsatzort. Und vor allem können sie in die riesigen Festhallen hineinfahren, den Patienten aufnehmen und – wenn nötig – an anderer Stelle wieder hinausfahren.“

Die Trupps, immer ist ein Rettungssanitäter oder -assistent dabei, entscheiden selbstständig, ob der Patient in der Wache behandelt werden soll oder ins Krankenhaus muß. Bei Abtransporten wird über Funk das nächstliegende Fahrzeug über den Sonderleitplatz abgerufen.



BRK-Einsatzleiter Volker Ruland.



Die „Hausapotheke“ ist reich bestückt. (Fotos: Claes)

In der Wache sind ständig vier Ärzte und rund 35 Helfer anwesend, an Wochenenden erhöht sich die Zahl auf sechs Ärzte und 70 Helfer. Vier Patienten können im ärztlichen Bereich der Wache gleichzeitig behandelt werden. Die Ausstattung der Behandlungsplätze hält einem Vergleich mit der Ambulanz eines Krankenhauses durchaus stand.

Das Sortiment der bis an die Decke reichenden „Hausapotheke“ zeugt von jahrelanger Wies'n-Erfahrung: Unmengen von Verbandmaterial – Kompressen, Mullbinden und Heftpflaster –, Desinfektionsmittel, Schmerztabletten, Mittel gegen Grippe oder Durchfall, Nasen- und Augentropfen, Präparate zur Kreislaufstabilisierung, Herztropfen und, und... Die BRK-Ärzte wissen, für welche Fälle man gewappnet sein muß.

Einsatzleiter Ruland: „Meist sind es Schnittwunden oder Prellungen, die hier behandelt werden müssen, auch Kreislaufstörungen kommen vor. Der Anteil der Patienten, die zuviel über den Durst getrunken haben, liegt bei etwa fünf Prozent.“ Und für diese Klientel gibt es im hin-

teren Teil der Wache einen „Ruhebereich“ mit zehn Liegemöglichkeiten. Hier lautet die meistgestellte Frage nach dem Aufwachen: „Wo bin ich hier?“

Bewährungsprobe bestanden

Der größten Bewährungsprobe hatte sich der Rettungsdienst in diesem Jahr beim Unglück der „Euro-Star“-Achterbahn zu stellen. Durch den Aufprall einer fahrenden auf eine stehende Gondel wurden 26 der 28 Passagiere verletzt. Fünf der Verletzten mußten ins Krankenhaus, die übrigen konnten ambulant behandelt werden.

Volker Ruland ist mit dem Ablauf des Einsatzes zufrieden: „Die Verletzten waren in drei Meter Höhe durch die Sicherheitsbügel eingeschlossen und mußten erst von der Feuerwehr befreit werden. Dadurch verblieb uns etwas Zeit, alle Rettungskräfte am Ort des Unfalls zusammenzuziehen. Danach lief alles reibungslos.“

Daß alles reibungslos verläuft, ist der Wunsch der Verantwortlichen auch für die kommenden Oktoberfeste. Auch dann wird wieder vorgesorgt, werden die Erfahrungen des diesjährigen Festes wie in den Vorjahren in die Überlegungen einfließen. Auch dann werden wieder Männer wie Joseph Messerer und Volker Ruland und die vielen ungenannten Helferinnen und Helfer hinter den Kulissen bereitstehen, um Schutz und Hilfe zu gewährleisten. Beruhigend, das zu wissen.

– cl –

Das Oktoberfest 1996 im Spiegel der Einsatzzahlen

Feuerwehr

- 1 Brandeinsatz
- 15 Technische Hilfeleistungen
- 1 blinder Alarm
- 19 böswillige Alarmer

Rettungsdienst

- 5041 Hilfeleistungen/
Versorgungen
- 1545 Rettungsdiensteinsätze
- 1126 Abtransporte
ins Krankenhaus

Transparenz von Leistungen und Kosten im Rettungsdienst

Von B. Koch, E. Büch, B. Kuschinsky

1. Grundlage: Gesamtkonzeption zur Strukturreform im Rettungsdienst

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich ein funktionsfähiger und national wie international anerkannter Rettungsdienst entwickelt, der für Notfallpatienten und nicht vitalgefährdete Kranke und Verletzte die unverzügliche medizinische Hilfe und den qualifizierten Krankentransport gewährleistet.

Dieses neben den ambulanten und klinischen Einrichtungen relativ separat und flächendeckend organisierte öffentlich-rechtliche System besteht z. Zt. aus ca. 350 Rettungsdienstbereichen, die von ca. 350 Rettungsleitstellen gelenkt werden, verfügt über eine adäquate Anzahl nach DIN ausgestatteter und ausgerüsteter Rettungsmittel (KTW, RTW, NEF), die mit qualifiziertem Personal besetzt sind; es wird durch ein flächendeckendes System von Luftrettungsmitteln sowie durch Berg- und Wasserrettungsdienste unterstützt und versorgt im Durchschnitt ca. 45 Notfallpatienten/1000 Einwohner und Jahr und führt für ca. 55 Patienten/1000 Einwohner und Jahr einen qualifizierten Krankentransport durch. Insgesamt werden pro Jahr ca. 8 Mio. rettungsdienstlicher Einsätze durchgeführt.

Die Tatsache jedoch, daß die finanziellen Ressourcen im Gesundheitswesen – und damit auch im Rettungsdienst – immer knapper werden, hat die politisch Verantwortlichen veranlaßt, insbesondere im Rahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes die Forderungen nach Kostendämpfung, Kostensenkung, Kostentransparenz, Beitragsstabilität, Privatisierung sowie Strategien zum Qualitätsmanagement auch im Rettungsdienst zum zentralen Thema zu machen.

Die insbesondere durch das Gesundheitsstrukturgesetz ausgelö-

ste kritische Bewertung des Rettungsdienstes zeigte eine Reihe systemischer Mängel auf, deren Beseitigung zur Kostensenkung somit zur Effizienzsteigerung und zur Erhöhung der Effektivität im Rettungsdienst führen können.

Aufgrund dieser Gegebenheiten wurden vielfältige und teils umfassende Diskussionen erforderlich, die in der Konsequenz zu Gutachten unterschiedlichster Sichtweisen und entsprechenden Empfehlungen sowie zu einer Vielzahl konzeptioneller Vorstellungen und Reformvorschlägen führten, die als gemeinsamen Nenner im Ergebnis eine Strukturreform im Rettungsdienst für unerläßlich halten.

Diese Reform soll sowohl zur höheren Effektivität als auch zur höheren Effizienz in der außerklinischen, präklinischen (Notfall-)Versorgung der Bevölkerung beitragen.

Das Institut für Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat deshalb u. a. in Zusammenarbeit mit der Fachabteilung des DRK-Generalsekretariates und den DRK-Landesverbänden eine Rahmenkonzeption zur Strukturreform im Rettungsdienst (2) entwickelt, um damit, unter Ausnutzung aller verfügbarer Ressourcen, über geeignete strategische Maßnahmen und Umsetzungsvorschläge zu einer langfristigen Sicherstellung der Qualität des Rettungsdienstes zu kommen, die dem jeweiligen Stand der medizinischen Wissenschaften entspricht und gleichzeitig ökonomisch tragbar ist.

Dazu wurden Kernthesen sowohl aus notfallmedizinischer, ökonomischer als auch juristischer Sicht formuliert.

Grundlage für die Kernthesen waren vielfältige Diskussionen, Gutachten, Positionspapiere, konzeptionelle Vorstellungen/Entwürfe und insbesondere Studien und Strategiekonzeptionen des Instituts für Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes (1, 3, 5).

2. Auszug grundlegender themenbezogener Kernthesen aus der Gesamtkonzeption zur Strukturreform im Rettungsdienst

Mit Bezug auf die Thematik „Transparenz von Leistungen und Kosten im Rettungsdienst“ erfahren folgende *Kernthesen der Gesamtkonzeption zur Strukturreform im Rettungsdienst* im Sinne von Indisponibilitäten für alle am Rettungsdienst Beteiligten – wie Aufgaben-, Kosten- und Leistungsträger – entscheidenden Grundsatzcharakter:

Kernthese 7:

Entscheidendes Differenzierungsmerkmal zwischen den beiden Aufgabenbereichen Notfallrettung (inkl. indisponibler Krankentransport (iKTP)) und (disponibler) Krankentransport (dKTP) ist der Grad der Indisponibilität des Einsatzgeschehens bzw. der medizinischen Betreuungsintensität. Demnach gilt gemäß dem Strukturmodell der medizinischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für den Rettungsdienst aus notfallmedizinischer Sicht für:

a) die Notfallrettung:

Der medizinische Notfall kann jederzeit und überall, d. b. stochastisch, auftreten.

Die Summe der Notfallereignisse ist jedoch in einer Population relativ konstant.

Die Notfallrettung ist:

- zeitkritisch*
- hilfsfristpflichtig*
- flächendeckend*
- nicht planbar*
- rund-um-die-Uhr vorzubalten*
- es besteht keine Wahlmöglichkeit (für den Patienten).*

b) der Krankentransport:

Er ist

- zeitunkritisch*

- nicht hilfsfristpflichtig
- zeitlich und örtlich selektiv vorhaltbar
- planbar
- es besteht eine eingeschränkte Wahlmöglichkeit (für den Patienten).

Kernthese 8:

Aus diesem Unterschied heraus sind für die Notfallrettung und den Krankentransport grundsätzlich unterscheidungspflichtige Rahmenbedingungen gültig, die den jeweiligen Aufgabenbereich sowohl hinsichtlich der

- Vorhaltungen
- Leistungen
- personellen
- sächlichen
- organisatorischen als auch
- infrastrukturellen Ausstattung charakterisieren.

Kernthese 37:

Zur Transparenz des rettungsdienstlichen Geschehens gilt es, die konsequente Einführung des

- Leistungs- und Kosten-Nachweises für den Rettungsdienst
- bundeseinheitlichen Notarztzeinsatzprotokolls und
- bundeseinheitlichen Rettungsdienstprotokolls

sowie deren kontinuierliche Auswertung nach einheitlichen Kriterien sicherzustellen.

3. Grundposition und Forderungen

Wie aus These 37 ersichtlich, ist eine der entscheidenden Grundpositionen und Forderungen der Gesamtkonzeption zur Strukturreform im Rettungsdienst (2), einen Leistungs- und Kosten-Nachweis für den Rettungsdienst einzuführen (1).

Um sowohl den Umfang als auch die Zusammensetzung der Leistungen und der Kosten des Rettungsdienstes erkennbar und damit einer Wirtschaftlichkeitskontrolle zugänglich zu machen, hat das Institut für Rettungsdienst auf Grund bestehender Unterlagen (4, 6, 7) und durch umfassende Abstimmungsprozesse u. a. mit Leistungserbringern wie Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, dem Deutschen Feuerwehrverband und anderen Einrichtungen ein Modell zur Erfassung von Leistungen und Kosten des

Rettungsdienstes entwickelt, das dazu beiträgt, den Qualitätsstandard sowie Effektivität und Effizienz im Rettungsdienst zu bestimmen.

4. Der „Leistungs- und Kosten-Nachweis“ für den Rettungsdienst (LKN-RD)

Ausgangspunkt der Konzeption des Leistungs- und Kosten-Nachweises (LKN-RD) bildet die Rettungswache. Dieser methodische Ansatz wurde gewählt, da die Rettungswache – quasi als kleinste funktionelle Einheit – Ausgangspunkt für die Leistungen und Kosten im Rettungsdienst ist, sie die kleinste Produktionseinheit bildet und die Leistungs- und Kosten-Nachweise mehrerer Rettungswachen zu einer größeren Einheit zusammengefaßt werden können.

Der Leistungs- und Kosten-Nachweis für den Rettungsdienst gliedert sich in die Abschnitte (1):

- Leistungen einer Rettungswache
- Kosten einer Rettungswache und
- statistische Angaben.

Darüber hinaus galt es zu beachten, die Leistungen und Kosten im Rettungsdienst terminologisch festzulegen und wie folgt zu definieren:

- Leistungen des Rettungsdienstes, durch die Kosten verursacht werden, sind einmal infrastrukturelle, organisatorische, sachliche und personelle Vorhalteleistungen, d. h. Stunden, in denen ein dienstbereites Rettungsmittel mit entsprechendem Einsatzpersonal bereitsteht, zum anderen Einsatzleistungen.

– Kosten sind in Geld bewertete Mengen an Produktionsfaktoren, die bei der Erstellung dieser Leistungen verbraucht werden (9, 10).

Was die Leistungen des Rettungsdienstes betrifft, zeigte sich, daß generell die Leistungen des Rettungsdienstes, durch die die Kosten verursacht werden, nicht in erste Linie Einsatzleistungen, sondern vor allem Vorhalteleistungen sind, ohne die eine sachgerechte Bearbeitung zeitkritischer Einsätze (Notfalleinsätze) nicht möglich wäre (8).

Die aus (notfall-)medizinischen Gründen erfolgte Differenzierung zwischen zeitkritischen und nicht zeitkritischen Einsätzen hat organisatorische und damit auch ökonomische Folgen. Daß zwischen den beiden Bereichen Unterschiede hin-

sichtlich des Personals – Rettungsassistenten oder Rettungssanitäter – und der Ausstattung mit Rettungsmitteln bestehen, ist offensichtlich.

Darüber hinaus unterscheiden sich die beiden Leistungen aber auch grundlegend in ökonomischer Hinsicht bezüglich des Produktionsprozesses: Während bei hilfsfristpflichtigen Einsätzen die Vorhaltung zum Produktionsprozeß gehört, kann sie bei disponiblen Einsätzen vernachlässigt werden.

Bei der Notfallrettung (zeitkritisch) muß immer ein Rettungsmittel einsatzbereit bereitstehen, um einen stochastisch auftretenden Notfall innerhalb der Hilfsfrist bedienen zu können. Die nach Wahrscheinlichkeitsrechnerischen Gesichtspunkten notwendige Vorhaltung ist Bestandteil der Notfallrettung. Sie kann in einsatzschwachen Gebieten mehrere Stunden pro Einsatz betragen und nicht „wegrationalisiert“ werden.

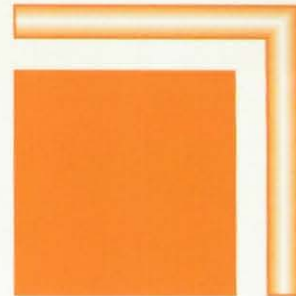
Während die Leistung des disponiblen Krankentransportes durch die Zahl der durchgeführten Einsätze gemessen werden kann, darf die Leistung der Notfallrettung nicht nur durch die Zahl der Einsätze gemessen werden, sondern zusätzlich und vor allem durch die Zahl der geleisteten Vorhaltestunden, d. h. die Stunden, die ein Rettungsmittel mit entsprechender, gesetzlich vorgeschriebener Besatzung für einen Einsatz bereitsteht.

Die Erfassung der Vorhaltestunden stellt daher auch den ersten Punkt bei dem Leistungs- und Kosten-Nachweis für den Rettungsdienst dar.

Der Leistungs- und Kosten-Nachweis trägt insbesondere zur geforderten Transparenz des rettungsdienstlichen Leistungsgeschehens bei, da er sowohl den Umfang als auch die Zusammensetzung der Leistungen und der Kosten des Rettungsdienstes erkennbar und damit einer Wirtschaftlichkeitskontrolle zugänglich macht.

Der Leistungs- und Kosten-Nachweis hilft entscheidend, die Frage zu beantworten, welche Kosten bei der Erstellung dieser Leistungen anfallen.

Der Leistungs- und Kosten-Nachweis soll – nach Möglichkeit – für jede Rettungswache erstellt werden. Die Kosten, die nicht direkt für die Rettungswache erfaßt werden, wie z.



B. Ausbildungskosten, Leitstellenkosten, müssen getrennt ermittelt und auf die Rettungswachen verteilt werden.

Mit Hilfe des Leistungs- und Kosten-Nachweises können also die Leistungen und Kosten des Rettungsdienstes aufgaben- und sachgerecht festgestellt werden.

Durch den Leistungs- und Kosten-Nachweis lassen sich für einen definierten Gültigkeitsbereich, z. B. einen Rettungsdienstbereich, so charakteristische Verhältnisse im intertemporären wie aber auch interinstitutionellen Vergleich darstellen.

Exemplarisch sei in diesem Zusammenhang auf die nachfolgend aufgeführten Abbildungen verwiesen, die erste vorläufige Ergebnisse wiedergeben.

Die Abbildungen 1 und 2 spiegeln das Verhältnis von Vorhaltestunden von Rettungswagen (RTW) einschließlich Notarztwagen (NAW) für die Notfallrettung pro Jahr zu der Zahl der Notfalleinsätze bei unterschiedlichen Einwohnerdichteklassen wider.

Abbildung 3 stellt die Kosten je Einsatz in Abhängigkeit zu den Vorhaltestunden je Einsatz und Abbildung 4 die Vorhaltestunden je Einsatz in Abhängigkeit zur Einwohnerdichte dar. Die beiden letzten Diagramme zeigen z. B. die große Abhängigkeit der Kosten des Rettungsdienstes von der Einwohnerdichte.

5. Schlußbetrachtung

Mit dem Leistungs- und Kosten-Nachweis für den Rettungsdienst ist ein Instrumentarium vorhanden, das es erlaubt, die Dienstleistung Rettungsdienst aus betriebswirtschaftlicher Sicht im Sinne einer Leistungs- und Kostentransparenz auszuweisen, wobei als wesentliche Kennzahlen die Kosten pro Vorhaltestunde und die Vorhaltestunden pro Einsatz herangezogen werden. Die Anwendung des Leistungs- und Kosten-Nachweises ist somit ein wesentlicher Schritt in Richtung der vom Gesundheitsstrukturgesetz geforderten Leistungs- und Kostentransparenz und wegen des Ausweisens der Vorhaltestunden ein Hilfsmittel zur Qualitätssicherung/Kontrolle bzw. eines umfassenden (dynamischen) Qualitätsmanagements. Dies gilt insbesondere dann, wenn dieser Leistungs- und Kosten-Nachweis in Kombination mit dem bundeseinheitlichen Notarztzeitsatzprotokoll und dem bundeseinheitlichen Rettungsdienstprotokoll eingesetzt wird. Durch eine solche Vorgehensweise könnten Aussagen über die Effizienz und die Effektivität im Rettungsdienst auch aus notfallmedizinischer Sicht gemacht werden.

Literaturverzeichnis

- (1) BÜCH,E./KOCH,B.: Leistungs- und Kostennachweis für den Rettungsdienst. In: Ständige Konferenz für den Rettungsdienst (Hrsg.): Der Rettungsdienst auf dem Prüfstand, Nottuln 1995
- (2) Strukturreform im Rettungsdienst. – Gesamtkonzeption – In: Leben Retten 4 (1995) 122-130
- (3) KOCH,B./KUSCHINSKY,B.: Die Hilfsfrist im Rettungsdienst in der präklinischen Notfallversorgung als Grundlage der rettungsdienstlichen Konzeption. In: Leben Retten 1(1993), 1-8
- (4) GROH,C./PUHAN,TH.: Wirtschaftlichkeitsprüfung des Rettungsdienstes im Freistaat Bayern, Abschlußbericht, Karlsruhe 1993
- (5) KOCH,B./KUSCHINSKY,B.: Strukturmodell der medizinischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für den Rettungsdienst. In: Ständige Konferenz für den Rettungsdienst: (Hrsg.) Der Rettungsdienst auf dem Prüfstand, Nottuln 1995
- (6) Handbuch Rettungsdienst Hessen, Band 3: Kosten- und Leistungsnachweis (KLN), o.O., o.J.
- (7) Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), Bericht Nr. 16/1991, Kostenrechnung, Wirtschaftlichkeitssteuerung und Entgeltkalkulation im Rettungsdienst
- (8) OETTLE,K.: Die Dienstbereitschaft in einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Sicht. In: Linhardt, H. et al. (Hrsg.), Dienstleistungen in Theorie und Praxis, Stuttgart 1970
- (9) OLFERT,K.: Kostenrechnung, 8. Auflage, Ludwigshafen, 1991
- (10) WÖHE,G.: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 17. Auflage, München 1990

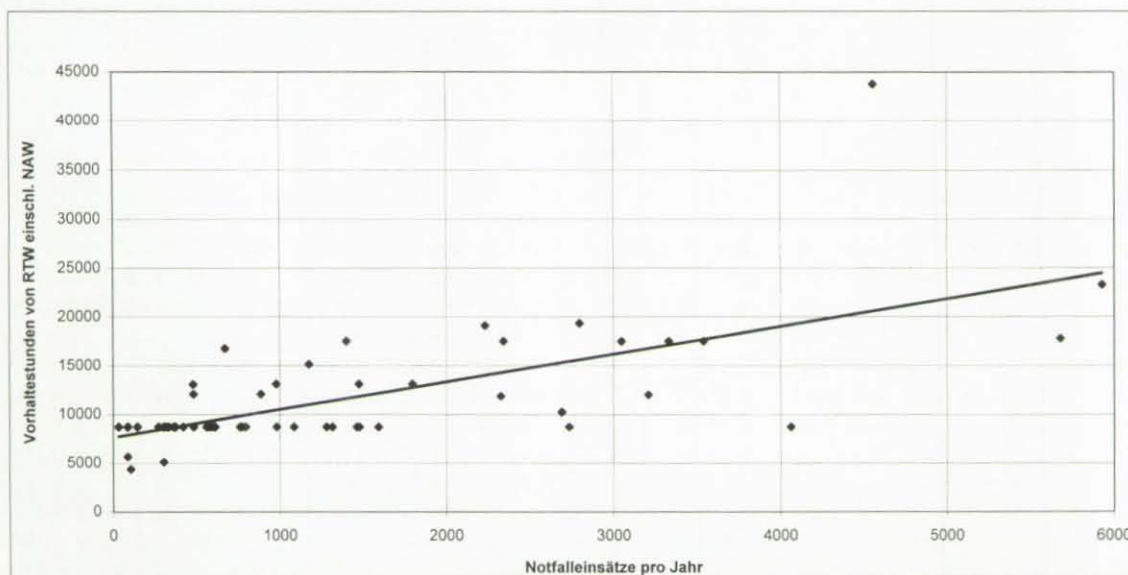


Abbildung 1: Abhängigkeit der Vorhalteleistungen für die Notfallrettung der Rettungswachen von der Zahl der Notfalleinsätze pro Jahr bei einer Einwohnerdichte von 240 Ew/km².



Aus der Praxis

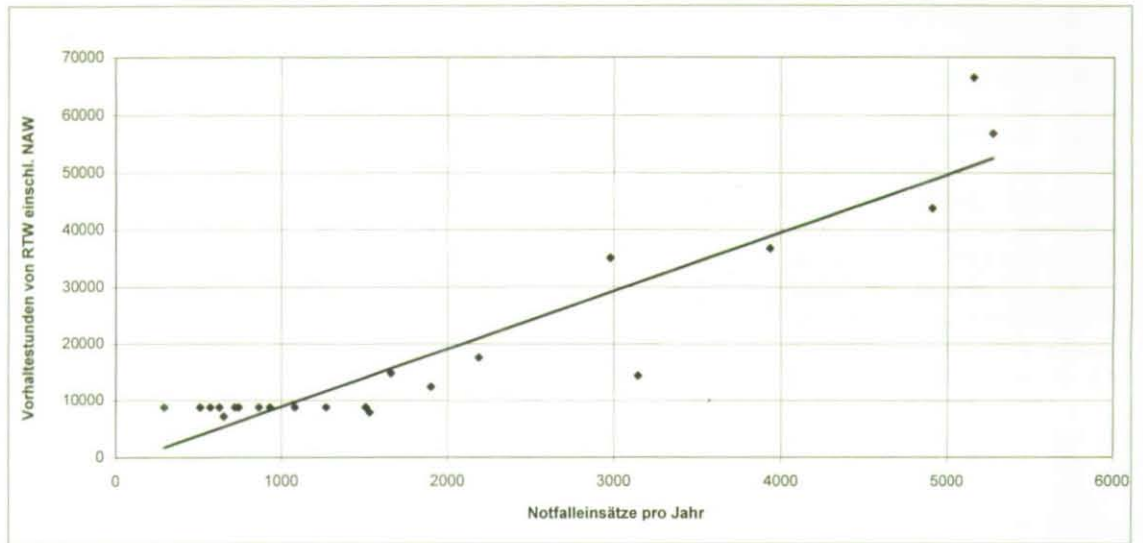


Abbildung 2: Abhängigkeit der Vorhalteleistungen für die Notfallrettung der Rettungswachen von der Zahl der Notfalleinsätze pro Jahr bei einer Einwohnerdichte von 32 Ew/km².

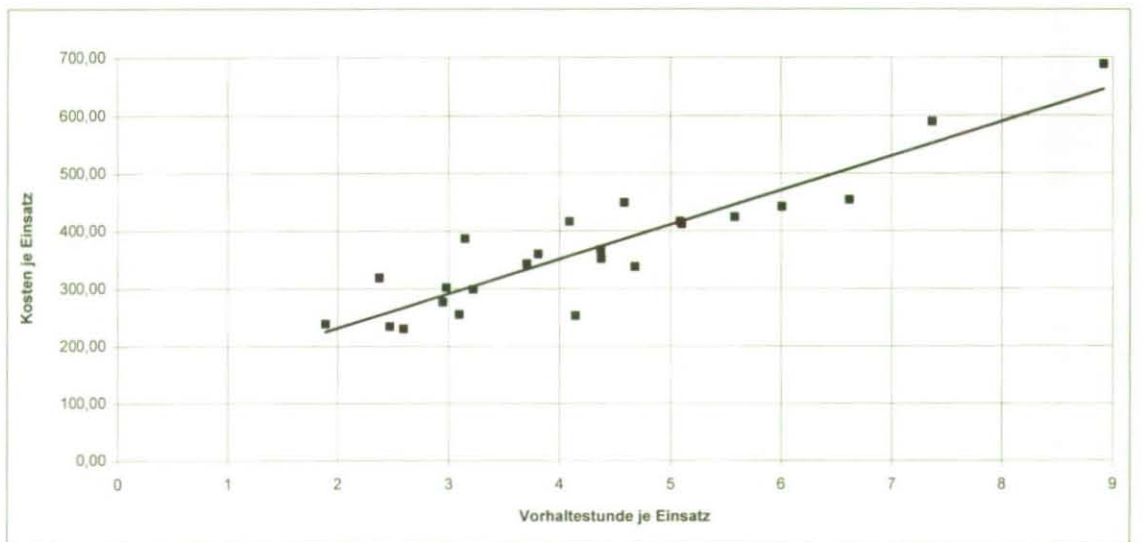


Abbildung 3: Kosten je Einsatz in Abhängigkeit von den Vorhaltestunden in 24 Rettungsdienstbereichen.

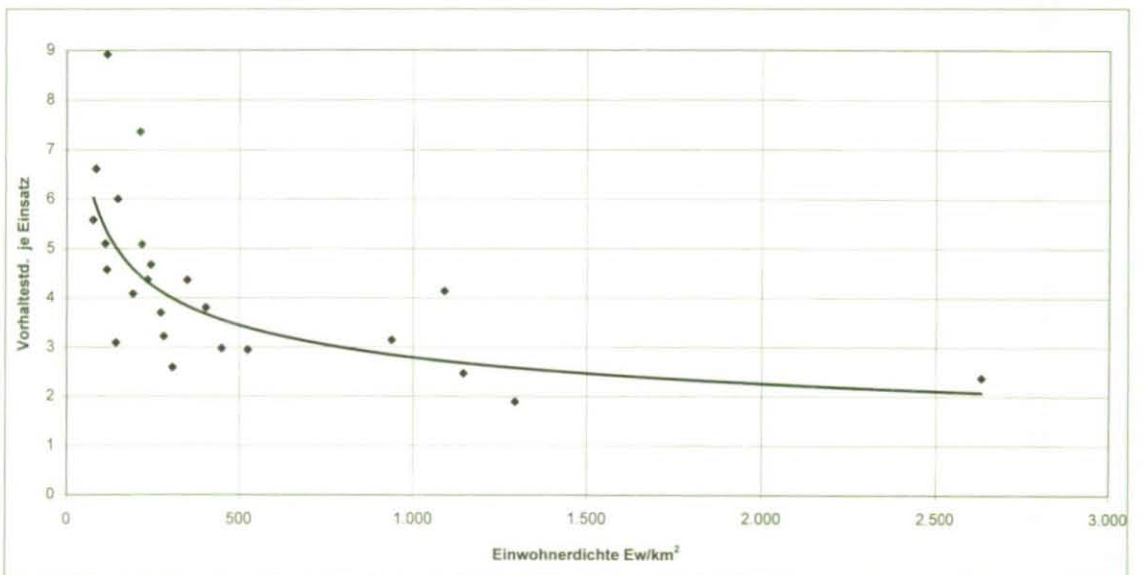


Abbildung 4: Vorhaltestunden je Einsatz in Abhängigkeit von der Einwohnerdichte in 24 Rettungsdienstbereichen.

Viel Technik auf kleinstem Raum

Gefahrgut-Übungsanlage ermöglicht praxisnahe Ausbildung

Durch die umfangreiche Ausstattung der Feuerwehren mit Gefahrgut-Gerätewagen, die z.B. in Nordrhein-Westfalen schwerpunktmäßig Ende der 80er bis Anfang der 90er Jahre erfolgte, sind vielen Wehren neue Einsatzgeräte an die Hand gegeben worden, um bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen Hilfe leisten zu können. Allerdings erfordern Gefahrguteinsätze von den Feuerwehren ein hohes Maß an theoretischer Schulung und praktischer Ausbildung. Doch gerade im Bereich der praxisbezogenen GSG-Übungen stehen kaum realitätsnahe Übungsobjekte zur Verfügung. Ein Vorreiter auf diesem Gebiet in Nordrhein-Westfalen war die Feuerwehr Viersen, die in Eigenleistung eine Gefahrgut-Übungsanlage auf einem Abrollbehälter erstellt hat. Diese Übungsanlage war Auslöser für den Bau einer ähnlichen Konstruktion beim Löschzug Bad Fredeburg der Freiwilligen Feuerwehr Schmallenberg.

Es wurde eine Übungsanlage konzipiert, die folgende Kriterien erfüllen sollte:

– Es mußte möglich sein, an der Anlage die Handhabung der Gerätschaften zu üben, die normmäßig auf einem GW-G 7,5 t verlastet sind, daß heißt z. B., die gesamte Palette der Abdicht-, Auffang- und Umfüllarmaturen mußte einsetzbar sein.

– Realeinsätze, die für die ländliche Schmallenberger Region vorstellbar sind, also eher kleine und mittlere Schadensereignisse, mußten an der Anlage in Teilbereichen oder in ihrer Gesamtheit simuliert werden können.

– Der Übungsablauf mußte so flexibel gestaltbar sein, daß sich für die Übungen immer wieder neue Einsatzsituationen ergeben, damit keine Eintönigkeit aufkommt und das Interesse an der Materie geweckt bleibt. Dies mußte durch variable Stoffkennzeichnungen und daraus resultierende unterschiedliche Einsatzstrategien machbar sein.

– Die Anlage mußte beweglich sein. Da im Stadtgebiet kein Wech-

Die Anlage ermöglicht ein Üben unter realitätsnahen Bedingungen.



selladersystem zur Verfügung stand, kam nur ein Anhänger in Frage.

Als geeignetes Objekt wurde ein Anhänger der ehemaligen NVA mit aufgesetztem Tank gefunden, er stellt die Basis der Anlage dar. Aufgrund begrenzter finanzieller Mittel wurden zum Bau Materialien wie Rohrleitungen, Schieber und Flansche verwendet, die günstig zu beschaffen waren. Dementsprechend hat sich die Anlage erst während der Bauzeit so entwickelt, wie sie sich letztlich darstellt, eine konkrete Vorplanung am Reißbrett gab es nicht. In den Bau wurden bis

zur Fertigstellung ca. 2200 Arbeitsstunden investiert. 35 verschiedene Firmen haben sich durch Sach- und Geldspenden an der Anlage beteiligt.

Die Anlage gliedert sich in die drei Übungsbereiche „Tankwagen“, „Stückguttransport“ und „Industrieanlage“, die von einer zentralen Steuereinheit im vorderen Teil versorgt werden. In der Steuereinheit können alle eingebauten Leckagen über Kugelhähne separat angesteuert werden. Die Versorgung mit Wasser als Übungsmedium kann direkt über einen C-Anschluß erfolgen oder man arbeitet vom Tank der



Im hinteren Bereich des Fahrzeugs ist das Stückgut verladen, an dem „Kanalabfluß“ unter der Ladefläche kann der Einsatz von Rohrdichtkissen geübt werden.



An der rechten Fahrzeugseite befindet sich der „Industrieanlagenbereich“. (Fotos: Erl)

Anlage aus. Die Füllstandsanzeige des Tanks (Steigrohr) befindet sich ebenfalls in der Steuereinheit. Durch einen Druckregler ist ein für jede Leckage individueller Druck einstellbar. Ohne Hydrantendruck oder Feuerlöschpumpe wird zur Druckerzeugung im System eine integrierte Hauswasserpumpe verwendet.

Weitere Bauteile sind eine professionelle Nebelmaschine, von der drei Nebelleitungen gespeist werden können, die ebenfalls separat absperrbar sind. In der vorgeschalteten zentralen Nebelkammer befindet sich ein zusätzlicher Lüfter, der in Kombination mit der regelbaren Nebelmaschine auf einen variablen Nebelaustritt an den einzelnen Leitungen einzustellen ist. Eine rote Kontrollleuchte ist mit einem außen an der Steuereinheit angebauten „Batterietrennschalter“ verbunden, um im Übungsbetrieb das Abschalten der gesamten Stromversorgung eines verunglückten Tankwagens simulieren zu können. Weiterhin ist der Steuerstand beleuchtet. Die Versorgung der Einzelleckagen an der Anlage erfolgt durch Rohrleitungen, die überwiegend im Tankinnern verlegt sind.

An der linken Fahrzeugseite befindet sich der Bereich „Tankwagen“ mit fünf Leckagen:

1. Universalleckage vorn: An einem offenen Rohrflansch kann hier das Ansetzen von Übergangsstücken und Abdichtsystemen und damit die Handhabung mit Werkzeugen unter Vollschutz trainiert werden.

2. Tankriß an schlecht zugänglicher Stelle: Durch den oberhalb

der Leckage angesetzten Domdeckel des Tanks ist es nicht ohne weiteres möglich, diesen Riß mit einem Dichtkissen abzudichten, es muß improvisiert werden.

3. Tankriß im hinteren Bereich: gut zugänglich, dieser Bereich kann zusätzlich vernebelt werden (Simulation aggressiver Medien).

4. Lochfraß im Tank: relativ leicht abzudichten mit Pfropfen oder Dichtkeil.

5. Unterhalb des Tanks befindet sich ein absperrbarer Tankwagenanschluß mit defektem Kugelhahn. Auch in abgesperrter Position tritt Flüssigkeit aus (Ansetzen von Auffangrinnen o. ä.).

Im Tankbereich sind zwei Warn tafeln und ein zusätzlicher Halter für Gefahrzettel vorhanden (Möglichkeit der Kennzeichnung eines Zweikammer-Tankfahrzeuges). Durch Einschließen beliebiger Zahlenkombinationen ist jede mögliche Gefahr und Stoffnummer in Originalgröße darzustellen. Alle gängigen Gefahrzettel sind als Einschubtafeln ebenfalls vorhanden.

Im hinteren Anhängerbereich befindet sich eine Ladefläche („Stückgutbereich“). Hier kann das Abladen unterschiedlich großer Behältnisse unter Vollschutz trainiert werden. Aus einem 1 cbm fassenden Industriecontainer kann zusätzlich umgepumpt werden. Eine Versorgungsleitung für Wasser zum Befüllen der Behälter und eine Nebelleitung zum Vernebeln der Ladefläche sind vorhanden. Unterhalb der Ladefläche ist ein simulierter Kanalabfluß angebaut für den Einsatz eine Rohrdichtkissen, ebenfalls separat ansteuerbar. An der

hinteren Ladebordwand ist eine Transportkennzeichnung mit Warn tafel und Gefahrzettel möglich.

An der rechten Fahrzeugseite befindet sich ein „Industrieanlagenbereich“ mit vier Leckagen:

1. Geknickte Rohrleitung mit schwierig abzudichtendem Riß: Improvisation ist gefragt.

2. Lochfraß an einem Schieber: kaum zugänglich, mit Dichthanf oder dünner Manschette abdichtbar.

3. Undichte Dichtung zwischen zwei Flanschen: Abdichtmöglichkeiten durch Anziehen der Verschraubungen oder Ausbau eines Rohrabschnittes und Ersatz der Dichtungen.

4. Undichter Flansch an schwer zugänglicher Stelle unterhalb begehrter Gitterroste: Anbringen eines Blindflansches.

Auch an dieser Fahrzeugseite ist eine Kennzeichnung mit Warn tafeln und Gefahrzetteln möglich. Zentral unter dem Haupttank befindet sich noch ein Nebelausgang, womit die Gesamtanlage eingenebelt werden kann.

Die z. T. schwierige Zugänglichkeit einzelner Leckagen und damit verbunden ein relativ anspruchsvoller Übungsablauf ergab sich zwangsläufig dadurch, daß bei Abnahme der Anlage durch den TÜV ein seitlicher Unterfahrerschutz gefordert wurde. Für den Übungsbetrieb verfügt der LZ Bad Fredeburg durch eine Spende über sechs Chemikalienschutzanzüge, wodurch die Einsatzanzüge des GW-G geschont werden können. Der Anhänger verfügt über eine Druckluft-Bremsanlage und ist mit jedem größeren Feuerwehrfahrzeug zu transportieren. Er ist als „Feuerwehrianhänger Gefahrgut-Übungsanlage“ für den Straßenverkehr amtlich zugelassen.

Die Vorstellung der Anlage auf einer Sitzung der Kreisbrandmeister des Regierungsbezirks Arnsberg fand positive Resonanz. Mittlerweile wurde die Anlage zu zahlreichen Übungen, auch bei Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren im Umland, eingesetzt. Sie ist weiterhin in die praktische Ausbildung beim GSG-1-Lehrgang des Hochsauerlandkreises eingebunden. Es kann also jetzt schon festgestellt werden, daß sich die mit dem Bau der Anlage verbundenen Investitionen voll gelohnt haben.

Ulrike Erl

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

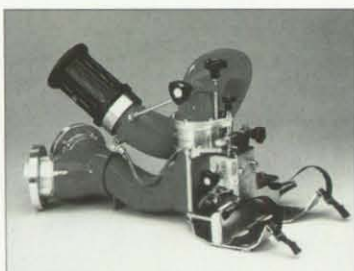
Oszillierend – standsicher – tragbar

Mit den neuen Feuerlöschmonitoren HL-M 10 und HL-M 20 präsentieren sich zwei standsichere und ohne Fremdenergie oszillierende Monitore für Wasser und Schaum.

Speziell für den schnellen Mobileinsatz wurden sie konzipiert: die beiden kompakten Leichtgewichte HL-M 10 (11,9 kg) und der HL-M 20 (13,3 kg). Das geringe Gewicht wird durch neuartige Düsen aus einem speziellen Kunststoffmaterial erreicht. Während der HL-M 10 einen Durchfluß von 1.000 Litern Wasser in der Minute ermöglicht, schafft der HL-M 20 sogar das doppelte.

Das herausragende Merkmal der beiden Monitore ist ihre Standsicherheit. Sie wird durch die Wasserzuleitung von vorn gewährleistet. Der anzuschließende Feuerwehrschauch wird in einem Bogen von etwa 1,5 Meter um den Monitor herumgeführt und dient gleichzeitig als Standbein. Eine ausgefeilte Rohrleitungstechnik hält zudem Turbulenzen gering und begrenzt den Druckverlust auf nahezu 0,1 bar bei einem Durchfluß von 1.000 Liter in der Minute.

Bei einem Druck von kaum mehr als 5 bar werden Wurfweiten von über 30 Meter erzielt. Die maximale Wurfweite des HL-M 10 liegt bei 50 Meter, der HL-M 20 erreicht sogar über 60 Meter. Beide Monitore ermöglichen während des laufenden Betriebes ein problemloses Verändern von Strahlbild, Oszillationswinkel und -geschwindigkeit von Hand.
(Total)



Variabel und mobil

Ein Kieler Unternehmen präsentiert die Neuentwicklung eines Trockners für Schutzanzüge, Stiefel, Handschuhe und Masken. Dieses variabel einsetzbare Gerät dient der Trocknung in folgenden Bestückungsvarianten:

- 4 Vollschutzanzüge,
- 3 Vollschutzanzüge, 4 Stiefel- bzw. Handschuhpaare oder 8 Masken,
- 2 Vollschutzanzüge, 8 Stiefel- bzw. Handschuhpaare oder 16 Masken.

Die Höhenverstellbarkeit des Gerätes von 1,92 auf 2,39 m ermöglicht, daß es problemlos durch normale Raumentüren verfahren werden kann. Ein großer Radstand und tiefer Schwerpunkt garantieren hohe Stand- und Kippsicherheit. Eine freie Anzugarmlage wird durch die höhenversetzte Hängung der Anzüge garantiert und zudem besteht Freihang der Anzugkopfteile über dem Fußboden. Das Luftverteilungssystem ist gestellintegriert. (Prey)

Ausbildung leicht gemacht

Tragbare Feuerlöcher sind heutzutage national sowie international Standard an Gefahrgut-Transportern. Um im Ernstfall eine Katastrophe zu verhindern, muß neben der vorgeschriebenen Ausstattung der

Fahrzeuge die richtige Anbringung der Feuerlöcher, die Wartung, das richtige Handling der Geräte sowie die optimale Ausbildung der Fahrer gewährleistet sein.

Ein Hersteller von Feuerlöschgeräten bietet ein speziell konzipiertes Set für die Gefahrgut-Fahrer Ausbildung an. Das Set enthält verschiedene Lehrtafeln über tragbare Feuerlöcher, wie z.B. Pulver-, Wasser-, Schaumlöcher sowie CO₂-Geräte, Overheadfolien, diverse Schulungsunterlagen und eine Videokassette mit 28 Minuten Laufzeit sowie einen neuen Brandschutz-Lehr- und -Informationsfilm. (Gloria)

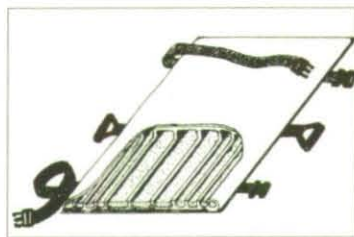
Durchlicht zur Brandmeldung

Mit einem neuen Durchlicht-Rauchmelder ist es gelungen, einen



punktförmigen Rauchmelder zu entwickeln, der die Eigenschaften von Streulicht- und Ionisations-Rauchmeldern verbindet. Damit wird die Brandfrüherkennung noch sicherer und zuverlässiger.

Die von einer Brandquelle ausgehenden Rauchpartikel gelangen in den optischen Strahlengang des Melders. Dort wird nach dem Prinzip der Durchlichtmessung die Lichtschwächung ermittelt. Zur Vermeidung von Fehlalarmen verfügt der neue Rauchmelder über eine der Meßzelle nachgeschaltete intelligente Signalverarbeitung. Dabei werden die gemessenen Signale durch einen Mikroprozessor mit digitalen Filtern und einer Auswertelogik in Alarm-Kenngrößen umgewandelt. (Securiton)



bisherigen Vakuumschienen und -matratzen besitzen die neuen Produkte eine Reihe von Vorteilen. Die mehrlagige Oberfläche aus Spezialkunststoff bleibt auch bei starker Beanspruchung reißfest und zeigt keine Undichtigkeiten. Ein Spezialventil sichert über mehr als 24 Stunden ein unverändertes Vakuum.

Die Vakuummatratze besteht aus insgesamt zwölf parallelen, mit Styroporkugeln gefüllten Kammern, welche zur Mitte der Matratze hin breiter werden. Der Vorteil dieses Mehrkammersystems liegt auf der Hand: leichtere Anformbarkeit der Matratze an den menschlichen Körper und höhere Stabilität im abgesaugten Zustand. Darüber hinaus muß die Matratze nicht mehr vorgeformt werden.

In die Matratze sind vier Halte- und Tragegriffe integriert, ebenso wie vier Nylongurte mit Schnellverschluß zur Fixierung des Patienten auf der Matratze. Damit kann der Patient ohne Trage, nur in der abgesaugten und stabilen Matratze, getragen werden. Lieferbar sind neben einer Vakuummatratze für Erwachsene (205x91x8 cm) auch eine Kindermatratze (118x79x8 cm) sowie Arm und Beinschienen. (HSR)

Der Melder ist VdS-zugelassen und erfüllt alle einschlägigen Normen und Vorschriften. Der Schlüssel entspricht den Forderungen des Normenausschusses Feuerwehrwesen. Der betätigte Druckknopf wird beim Öffnen oder Schließen der Tür automatisch entriegelt. (SeTec)



Feuerwehrauto als Briefkasten

Die original US-Mailbox in einer „Fire-Engine“-Ausführung ist jetzt über das Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, Bonn, zu beziehen. Die wetterfest, feuerrot lackierten Briefkästen der US-Postmeisterei sind mit Holzapplikationen versehen, die den typisch amerikanischen Funktionsbehälter zum Schmuckstück für den Vorgarten machen. Der 55 cm lange Feuerwehr-Briefkasten kann mit einem passenden Briefkastenständer ergänzt werden.



Neue Vakuumtechnik

Ein Hersteller aus Herne führt eine neuartige Vakuumtechnik in den Markt ein. Gegenüber den

Brandmelder im neuen „Outfit“

In flachem Design bei einem Gewicht von nur 200 g präsentiert sich der Fachwelt ein neuer Druckknopf-Brandmelder aus Kunststoff. Hohe Formstabilität, auch unter Extrembedingungen, totale Abdichtung durch eine separate Schloßkammer sowie ein Kunststoff-Wettedach für Außenmontage machen diesen nichtautomatischen Brandmelder zu einem verlässlichen Alarmgeber. Integrierbare Adreßbausteine ermöglichen den Einsatz in der Ringleitungstechnik.

Vielseitige Überwachung

Passport Personal Alarm ist ein handliches Meßgerät für die personenbezogene Arbeitsplatzüberwachung auf EX-, OX- und TOX-Gefahren. Es überwacht die Umgebungsluft auf Explosionsgefahren (EX) durch brennbare Gas- oder Dampf-Luft-Gemische im Bereich der unteren Explosionsgrenze, auf Sauerstoffmangel oder -überschuß (OX) im Bereich 0...25% O₂ und auf Konzentrationen (im ppm-Bereich) von bis zu drei toxischen Gasen (TOX), auf die das Gerät vorher eingestellt wurde, bis jetzt wahlweise CO, H₂S, SO₂, NO₂ oder Cl₂. Als 5-Komponenten-Gasmeßgerät gehört es in seinen Abmessungen zu den kleinsten Geräten seiner Art. (Auer)



Ausbildung auf neuer Ebene

Einweihung der neuen Übungshalle der Landesfeuerweherschule Baden-Württemberg – Erster Schritt zur praxisnahen Feuerwehrrübungsanlage

Als „eine Investition in die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger“ bezeichnete der baden-württembergische Finanzstaatssekretär Wolfgang Rückert die Baukosten in Höhe von 17,5 Millionen Mark für die neue Übungshalle der Landesfeuerweherschule in Bruchsal. Zahlreiche Gäste hatten sich zur Einweihung des gelungenen Neubaus eingefunden. An ihrer Spitze Baden-Württembergs Innenminister Dr. Thomas Schäuble. Um es gleich vorwegzunehmen, sie alle waren begeistert von der baulichen Gestaltung der Halle, mit deren Einweihung der erste Bauabschnitt einer europaweit wohl einzigartigen Feuerwehrrübungsanlage abgeschlossen ist.

Unten: Die neue Übungshalle mit Übungsbalkonen und vielen weiteren Schulungsmöglichkeiten.

Das Aufgabenfeld der Feuerwehr und somit auch das Ausbildungsspektrum der Landesfeuerweherschule habe sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Schwerpunkte der Feuerwehreinsätze lägen heute bei der Technischen Hilfeleistung und dem Umweltschutz, sagte Rückert in seiner Ansprache. Diesem Wandel der Aufgaben gelte es durch eine verstärkte, praxisnahe Ausbildung der Einsatzkräfte gerecht zu werden. Auch das gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung führe zu erhöhten Anforderungen an die Schulung der Feuerwehrangehörigen. Die nun nach nur 27 Monaten Bauzeit fertiggestellte Halle sei ein erster Schritt, dem Rechnung zu tragen.

Mit diesem Zentrum der neuen Feuerwehrrübungsanlage sei ein breites Spektrum von Schulungsmöglichkeiten gegeben. Noch in diesem Jahr werde mit dem Bau des

Brandübungshauses begonnen. Weitere spezielle Einrichtungen zur realitätsnahen Übung von Notfallsituationen sollen im Anschluß folgen. „Die aus der Feuerschutzsteuer finanzierte Gesamtanlage kostet rund 45 Millionen Mark und kann voraussichtlich zum Ende des Jahrzehnts fertiggestellt sein“, sagte Rückert.

Sichtbares Zeichen

„Die langen Wartezeiten bei der Feuerwehrausbildung gehören nun der Vergangenheit an“, freute sich Innenminister Schäuble in seiner Festansprache. Die neue Übungshalle sei ein sichtbares Zeichen dafür „welch großen Stellenwert wir einer guten Ausbildung der rund 123.000 Frauen und Männer in unseren Feuerwehren beimessen“. Allein im vergangenen Jahr hätten die Feuerwehren in Baden-Württem-



Aus- und Weiterbildung



Oben:
Der Innenraum
der Übungshalle
mit rund
1.600 Quadratmetern
Fläche.

Links:
Ein Blick
auf die
Übungsfassade
aus Beton mit
unterschiedlichen
Fenstergrößen.

Unten:
Einer der
beiden Lehrsäle.



berg bei mehr als 100.000 Einsätzen über 3.500 Menschen aus lebensbedrohlichen Situationen gerettet, rund 17.000 Brände gelöscht und in mehr als 52.000 Fällen Technische Hilfe geleistet. Dazu seien noch rund 28.000 sonstige Einsätze gekommen. An diesen Zahlen könne man sehr gut ablesen, welchen wichtigen Beitrag die Feuerwehren für die Sicherheit im Lande leisten. Den Feuerwehrangehörigen gelte für ihren Einsatz, ihren Mut und ihrem Gemeinsinn Dank und Respekt.

Mit der neuen Halle stehe der Landesfeuerwehrschule Bruchsal die bundesweit modernste praxisnahe Übungseinrichtung zur Verfügung. Damit könne man die Ausbildung auf eine ganz neue Ebene stellen. Nicht nur, weil nun eine ganzjährige witterungsunabhängige praktische Schulung möglich sei, sondern weil jetzt auch Gefahrensituationen originalgetreu nachgestellt werden könnten, die ein professionelles Training insbesondere auch für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige zuließen, sagte Schäuble.

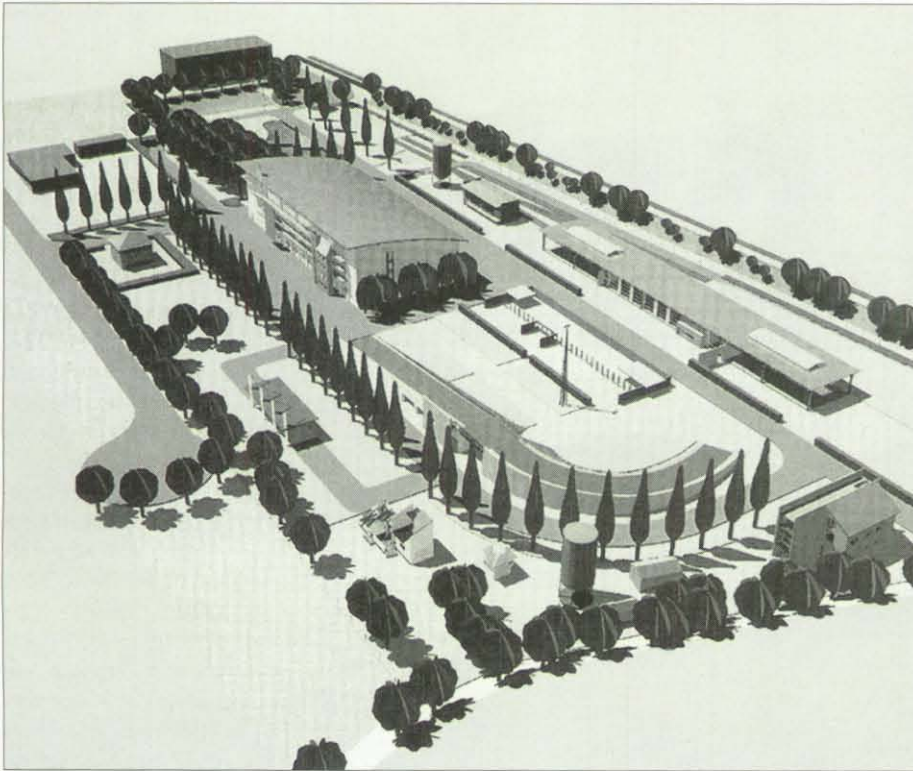
Üben auf neuem Gelände

Die Erhöhung der Ausbildungskapazität sowie das immer weiter gefächerte Schulungsprogramm der Landesfeuerwehrschule Bruchsal erforderten schon seit Ende der achtziger Jahre zusätzliche Übungseinrichtungen. Da das alte Schulgelände auf dem Geiersberg die hierfür erforderlichen Flächen nicht bot, entstand die neue Feuerwehrübungsanlage mit der nun als erstes fertiggestellten Halle als übergeordnetes und größtes Gebäude im Gewerbegebiet am Stadtrand von Bruchsal. Die bauliche Gestaltung der Übungshalle ist durch die Nutzung bestimmt. So können im stützenfreien Hauptraum mit einer Grundfläche von 1.600 Quadratmetern vier Gruppen gleichzeitig üben. Für jede Gruppe steht eine ausreichende Fläche zur Verfügung, so daß Übungen einsatztaktisch richtig und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend durchgeführt werden können.

Die Südfassade ermöglicht Einsatzübungen mit Drehleitern in 15 Metern Höhe inner- und außerhalb der Halle. Auf verschiedenen Höhen sind Übungsbalkone angebracht, die

Aus- und Weiterbildung

So stellt sich die Gesamtanlage nach der Fertigstellung dar.



sowohl für Leiterübungen als auch zur realitätsnahen Vornahme von Angriffsleitungen (Schläuche) verwendet werden. Das Treppenhaus der Halle dient auch als Übungsobjekt; hier sind Rauchabzugsvorrichtungen sowie ein Personenaufzug mit transparentem Fahrstuhl installiert.

Das Übungsangebot in der Halle wird ergänzt durch die nach-

gebildeten Kellerräume eines typischen Wohngebäudes. Ein Hausanschlußraum für Wasser, Gas und Strom, ein Heizöllagerraum und ein Heizraum stehen als weitere Objekte für vielfältige Einsatzübungen zur Verfügung.

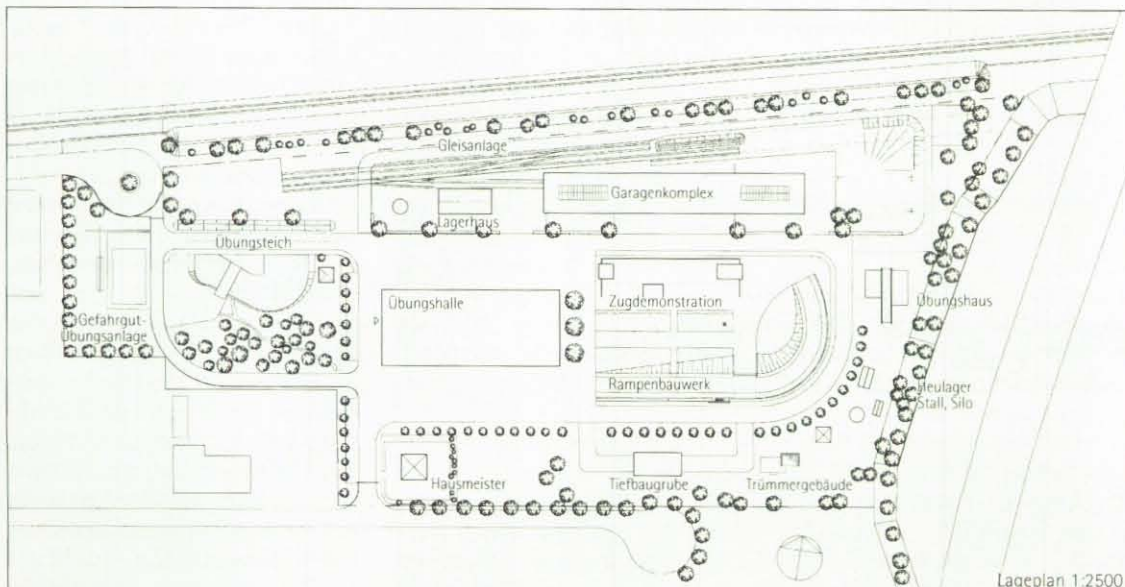
Wegen der größeren Entfernung (fünf Kilometer) zur Feuerwehrscheule in der Steinackerstraße waren ergänzend zu den Übungseinrichtungen in der Halle auch infrastrukturelle Einrichtungen nötig. Umkleide-, Wasch-, Lager- und

Büroräume, Werkstätten, Garagen sowie zwei Unterrichtsräume für 72 bzw. 32 Lehrgangsteilnehmer und eine Cafeteria runden das Raumangebot ab.

Umweltschonende Technik

Mit der Einweihung der Halle wurde der offizielle Startschuß gegeben für die Ausbildung auf dem neuen Übungsgelände. Wie bereits erwähnt, soll noch in diesem Jahr mit dem Bau des Brandübungs-

Unten: Der Lageplan des Übungsgeländes.





Finanzstaatssekretär Wolfgang Rückert (links) übergibt Innenminister Thomas Schäuble einen Hydrantenschlüssel als symbolischen Schlüssel für die neue Halle. (Fotos: Sers)

hauses begonnen werden. Grundlage der Planung ist die DIN 14095 „Feuerwehrübungshäuser“. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf eine umweltgerechte Branddarstellung gelegt. Man entschied sich für eine umweltschonende, gasbetriebene Technik, wie sie in den USA und in Kanada und auch bei der Berufsfeuerwehr Aachen bereits seit längerer Zeit eingesetzt wird. Die Brandstellen werden mit Flüssiggas beheizt, und der Rauch wird durch nichttoxische unbedenkliche Spezialfluide erzeugt. Es entsteht so eine umweltfreundliche Übungsanlage, in der sowohl die Technik als auch die Taktik der Brandbekämpfung von Grund auf erlernt werden können.

In den kommenden Jahren sollen dann die weiteren Anforderungen, die die Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg an die neue Übungsanlage stellt, erfüllt werden.

Hierzu zählen:

- Ein Bahnbereich mit einer über 200 Meter langen zweigleisigen Schienenstrecke, Bahnhof, Güterverladebereich, landwirtschaftliches Lagerhaus und einem unbeschränktem Bahnübergang. Die Einrichtungen gestatten verschiedenste Übungslagen wie Brände, Gefahrgutaustritt aus Bahnkesselwagen, Personen unter Schienenfahrzeugen oder Gefahrgutunfälle mit Stückgütern.
- Eine Übungsfläche „Metallbearbeitung“ für Übungen wie Technische Hilfeleistung nach Verkehrsun-

fällen, Trennen von Metallen mit Brennschneidergeräten oder Rettungsmaßnahmen bei Maschinenunfällen.

- Eine Übungsfläche „Holzbearbeitung“. Hier sollen vornehmlich das Abstützen und Sichern bei Hochbauunfällen erlernt werden.

- Ein Lagerhaus wie es in ländlichen Gegenden üblich ist. Brände und Verschmelungen werden durch Rauch und Nebel sowie optische und akustische Effekte dargestellt. In einem Silo kann das Retten von verschütteten Personen geübt werden.

- Eine Tankwagenübungsanlage mit präparierten Straßentankwagen. Hier können unterschiedliche Schadenlagen bei Tankunfällen mit Chemikalien oder brennbaren Flüssigkeiten praxisnah simuliert werden.

- Ein Teich für Übungseinsätze an und in Gewässern. Der Lehrgangsteilnehmer lernt hier z. B. das Einsetzen von Ölsperren sowie den richtigen Umgang mit Ölaufnahmegeschichten und Schlauchbooten, das Arbeiten mit Sandsäcken bei Überflutungen oder das Bergen von Fahrzeugen aus Gewässern. Auch die praktische Ausbildung von Feuerwehrtauchern erfolgt in diesem Teich.

- Eine Zugdemonstrationsanlage zum Anschlagen und Ziehen von Lasten mit Hilfe der Seilwinde am Rüstwagen und mit Mehrzweckzügen bis zu deren Belastungsgrenze.

- Ein Rampenbauwerk mit ansteigender zweispuriger Straße und Böschung für Zugübungen an einer schiefen Ebene und an verschiedenartig gestalteten Böschungen. In die Rampe sind eine zweigeschossige Tiefgarage, ein Kellerraum, ein Lagerraum, eine Fußgänger- und eine Straßenunterführung integriert. Hier werden Einsatzübungen bei Bränden in unterirdischen Räumen durchgeführt.

- Ein landwirtschaftlicher Bereich mit einem Stall und einem darüberliegenden Heulager für Übungen mit Heumeßsonden und Heuwehrgeschichten. Im Stall wie auch im Heulager kann ein Brand simuliert werden. Ein Silo dient einerseits als Objekt für Silobrände, andererseits können im Innern Unfälle infolge Sauerstoffmangels dargestellt werden. Die Rettung von Personen und Tieren wird an einer Grube erlernt.

- Ein Trümmergebäude als teilzerstörtes Gebäude, wie es nach Explosionen, Erdbeben oder Hochbauunfällen anzutreffen ist. Übungsziele sind hier das Orten und Retten von Personen sowie das Abstützen und Sichern von Bauteilen.

- Eine Tiefbaugrube für Einsätze bei Tiefbauunfällen. Die Grube hat eine Länge von zwölf Metern und ist in zwei Hälften unterteilt. In der einen Hälfte ist ein fester Verbau eingebracht; hier wird der Einsatz bei beschädigten Rohren oder Leitungen geübt. Die andere Hälfte der Grube ist so gestaltet, daß Verschüttungen mit geringem Aufwand hergestellt und beseitigt werden können.

Mit der Einweihung der Übungshalle begann für die Landesfeuerwehrschule Bruchsal ein neues Kapitel ihrer Geschichte. Schon in der Vergangenheit wurde die Ausbildungseinrichtung von den Feuerwehrangehörigen angenommen und geschätzt. Die neue Übungshalle und die in Kürze folgenden Außenübungsanlagen steigern die Attraktivität der Schule und das Ausbildungsniveau. Profitieren werden davon zum einen die Lehrgangsteilnehmer durch eine qualifizierte praxisnahe Schulung, die im Einsatz mehr Sicherheit gibt, zum anderen aber auch die Bevölkerung durch einen Zuwachs an kompetenter Hilfe in Not und Gefahr.

-güse-

Hoher Besuch bei der Feuerwehr

Bundespräsident Roman Herzog
und Ministerpräsident Kurt Beck
Gäste der DFV-Delegiertenversammlung

In der Folge der alljährlichen Delegiertenversammlungen des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) kommt der am ersten Oktober-Wochenende durchgeführten 44. Versammlung eine herausragende Bedeutung zu. Konnte doch in Bad Neuenahr-Ahrweiler mit Bundespräsident Roman Herzog und dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck außergewöhnlich hoher Besuch registriert werden. DFV-Präsident Gerald Schäuble zeigte sich denn auch sehr erfreut über das Erscheinen dieser höchsten Repräsentanten aus Bund und Land. Neben den beiden Ehrengästen konnte Schäuble eine Vielzahl von Gästen aus Politik, Verwaltung, Organisationen sowie von Industrie und Handel begrüßen.

„Hilfsbereitschaft und Solidarität“

In seinem Grußwort setzte sich Ministerpräsident Beck mit dem Selbsthilfegedanken auseinander. Die Bereitschaft zum Dienst am Nächsten sei für die Feuerwehrleute „nicht irgendeine wohlklingende Absichtserklärung“. Für sie bedeute die Idee konkretes Handeln und praktizierte Mitverantwortung: „Die Feuerwehren sind von tätiger Hilfsbereitschaft und menschlicher Solidarität geprägt.“

Die Jugendfeuerwehren, so Beck weiter, würden dafür sorgen, daß diese Idee auch Bestand habe. Erfreulich sei, daß die Zahl der Jugendlichen in der Feuerwehr stetig steige. Im Jahr 1986 habe es in Rheinland-Pfalz rund 5.000 Jugendliche in der Jugendfeuerwehr gegeben, während sich heute landesweit 12.000 Mädchen und Jungen in rund 800 Jugendfeuerwehren zusammengefunden haben. „Eine

großartige Bilanz“, meinte Beck. Damit werde auch das Vorurteil widerlegt, die Jugend zeige kein Engagement.

Der Ministerpräsident bekräftigte, daß sich die Landesregierung dafür einsetzen werde, daß Feuerwehrleute keinen finanziellen Schaden im Zusammenhang mit der Lohnfortzahlung erleiden. Er bezog sich dabei auf das neue Gesetz zur Lohnfortzahlung. Danach müssen Feuerwehrangehörige, wenn sie sich im Einsatz verletzen oder erkranken, um die volle Lohnfortzahlung bangen. „Ehrenamtlicher, freiwilliger Einsatz für das Allgemeinwohl darf nicht mit finanziellen Einbußen bestraft werden“, sagte Beck und faßte zusammen: „Der Staat hat allen Anlaß, mit dem ehrenamtlichen Engagement in den Feuerwehren pfleglich umzugehen. Das gilt auch in Zeiten, in denen gespart werden muß.“

„Eine tragende Säule im Katastrophenschutz“

Eingangs seiner Ausführungen umriß DFV-Präsident Schäuble die Aufgaben der Feuerwehr: „Die Freiwilligen Feuerwehren sind seit über 150 Jahren ein wichtiges Element unserer bürgerschaftlich orientierten Gesellschaft und ein unverzichtbarer Bestandteil eines Hilfeleistungssystems, das flächendeckend und rund um die Uhr jedem, der in Not und Gefahr geraten ist, beisteht, wenn es darum geht, Menschenleben zu retten, Sachwerte zu schützen, Umweltschäden einzugrenzen oder technische Hilfe zu leisten. Gleichzeitig sind die Feuerwehren eine tragende Säule im Katastrophenschutz.“

Mit Blick auf die Europäische Union bemängelte der DFV-Präsi-

dent, daß die Feuerwehren im föderalistischen Deutschland bei der Artikulierung ihrer Interessen oft das Nachsehen hätten, weil zentralistisch geführte Staatssysteme in Hinsicht auf die Feuerwehr mit direkten Kompetenzen bei Verhandlungen ausgestattet seien.

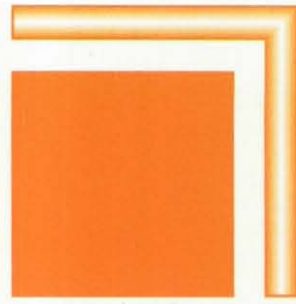
Als einen „für die Feuerwehren wesentlichen Bereich“ bezeichnete Schäuble den Zivil- und Katastrophenschutz. Er stellte fest, daß „nur die Feuerwehren in der Lage sind, einen flächendeckenden Katastrophenschutz sicherzustellen“. Damit solle nicht der wertvolle Beitrag und die Bedeutung der anderen Hilfsorganisationen verkannt oder geschmälert werden. „Aber naturgemäß sind die Feuerwehren eben doch immer am Schadensort und leiten, organisieren und tragen den Einsatz“, bemerkte er.

Schäuble mahnte an, daß dem DFV – ungeachtet des Abschlusses der Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes – hier die notwendige Mitsprachemöglichkeit eingeräumt werde, denn auch zukünftig gebe es noch vieles zu beraten. Nicht alle Bereiche, so Schäuble, seien aus der Sicht des DFV als dauerhaft tragfähige Lösungen, als abschließend geregelt, zu betrachten.

Daß der DFV weiterhin ein wacher Beobachter ist, zeigte die Feststellung: „Wir sind sehr gespannt, inwieweit die Länder nunmehr ihren verfassungsmäßigen Zuständigkeitsbereich, den friedensmäßigen Katastrophenschutz, gestalten und finanzieren, auf den der Bund mit seinen Maßnahmen für den Zivilschutz aufbaut.“

Die angespannte Finanzlage, so der DFV-Präsident, werfe mancherorts die Frage auf, ob soviel Feuerwehr – in jedem Dorf und jedem Stadtteil – überhaupt notwendig sei. Doch bei der Diskussion würden zwei wesentliche Faktoren nicht berücksichtigt: Zum einen würde eine Ausdünnung des Hilfeleistungspotentials in der Fläche längerer Warten auf Hilfe bedeuten. Als zweiten Faktor nannte Schäuble das bürgerschaftliche Engagement der Feuerwehr im Sinne des Zusammenlebens.

Der DFV-Präsident stellte fest, daß die Entwicklung unmittelbar zum Begriff „Wertewandel“, der zur Zeit in aller Munde sei, führen würde. Auch die Feuerwehr müsse auf Veränderungen eingehen, um ihren





Bundespräsident Herzog trägt sich in die Goldenen Bücher von Feuerwehrverband und Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler ein. Mit dabei (v. links): DFV-Präsident Schäuble, Ministerpräsident Beck und Bürgermeister Edmund Flohe. (Foto: vario-press)

Erhalt zu gewährleisten. Schäuble: „Dennoch bleiben Probleme, die wir nicht alleine lösen können und für die wir Unterstützung brauchen, wie die Abrufbarkeit des Ehrenamtliehen bei Alarmierung vom Arbeitsplatz, die zunehmend Schwierigkeiten bereitet, ja sogar den Arbeitsplatz gefährdet. Aus diesen Gründen wird zum großen Teil auch der Jahresurlaub geopfert, um an der notwendigen Aus- und Fortbildung teilnehmen zu können.“

Wie Ministerpräsident Beck ging auch Schäuble auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein. Er verwies dabei auf eine von den Delegierten zu diesem Thema gefaßte Resolution und bekräftigte: „Für uns ist diese Frage zum Prüfstein geworden, was diesem Staat die Ehrenamtlichkeit von Bürgern tatsächlich wert ist!“

Schäuble stellte auch Fragen: „Was könnte der Staat dazu beitragen, um die Ehrenamtlichkeit in der Feuerwehr zu stützen? Was kann der Staat für das Feuerwehrwesen im allgemeinen tun?“ Zunächst, so regte er an, sei es an der Zeit, der Gesellschaft den staatstragenden Gedanken der Ehrenamtlichkeit zu verdeutlichen. Kurz faßte er zusammen: „Wir brauchen neue Rahmenbedingungen im Hinblick auf die soziale und fiskalische Behandlung der Ehrenamtlichen.“

Schäuble forderte, die Mittel für die Jugendarbeit ungekürzt zu erhalten, da die Jugendfeuerwehr mit ihren 190.000 Mitgliedern ein bedeutender Faktor der Nachwuchssicherung sei.

Zum Abschluß seiner Ausführungen faßte der DFV-Präsident zusammen: „Die Feuerwehren haben eine positive Einstellung zur Gemeinschaft, und ich möchte betonen, daß wir nicht zu den Verdrossenen und Unzufriedenen im Staate gehören. Wir sind aus unserer langen Tradition heraus gewohnt, Veränderungen aufzunehmen und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln. Wir dienen gemäß unserem Wahlspruch ‚Einer für alle, alle für einen‘ gern, dienen mit Engagement und auch mit Freude der Gemeinschaft. Heute – morgen – und auch in Zukunft!“

„Sie setzen sich für eine gute Sache ein“

Bundespräsident Herzog ging in seiner Ansprache auf die Arbeit der Feuerwehr ein: „Die Feuerwehrmänner und -frauen, aber auch die Mädchen und Jungen in den Jugendfeuerwehren, haben jeden Dank verdient. Nicht nur, weil wir alle mit den Ergebnissen ihrer Arbeit sehr zufrieden sein können, sondern weil sie sich in besonders vorbildlicher Weise für das Gemeinwohl einsetzen.“

Unser Land hat flächendeckend hoch leistungsfähige Feuerwehren mit hervorragender Ausbildung und technisch hochwertiger Ausstattung. Ihre Einsätze im ABC- und Brandschutz, im Rettungsdienst, bei großen Unglücksfällen und bei Katastrophen beweisen immer wieder diese Leistungsfähigkeit.“

Dies sei, so der Bundespräsident, kein Zufallsprodukt. Je komplizier-

ter und verletzlicher unsere Gesellschaft werde, desto überzeugender hätten sich die Feuerwehren den veränderten Verhältnissen angepaßt.

Herzog stellte fest, daß die moderne Technik zwar vieles verändere, doch seien damit auch gestiegene Anforderungen an die Feuerwehrleute verbunden. Und dies gelte nicht nur für die hauptberuflichen, sondern selbstverständlich auch für die ehrenamtlichen Feuerwehrleute. Obwohl das so selbstverständlich keineswegs sei.

Der Bundespräsident weiter: „Ich möchte deshalb in aller Form den Feuerwehrleuten und ihren Familienangehörigen meinen Dank sagen. Sie setzen sich – dessen können Sie gewiß sein – für eine gute Sache ein. Ich hoffe sehr, daß Sie diesen Dank nicht als Festtagsrede eines Politikers bewerten. Es ist mir sehr ernst damit.“

Ohne die Leistungsfähigkeit der Feuerwehren, so Herzog, wären Gemeinden, Länder und Bund nicht in der Lage, ihren gesetzliche Auftrag gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen. Das sei unbestritten.

Zur Frage der flächendeckenden Gefahrenabwehr meinte der Bundespräsident: „Ich kann und will mir dazu eine allgemein gültige Antwort nicht anmaßen. Das müssen die Verantwortlichen vor Ort klären. Aber klar ist doch, daß man nicht an der Qualität des Brandschutzes sparen darf. Denn es geht nicht allein um immense Sachwerte, sondern vor allem um Menschen.“

Herzog mahnte: „Wir dürfen nicht zu einer Gesellschaft von Ego-manen verkommen!“ Dazu sei es wichtig, daß die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer hochmotiviert bleiben. Der Bundespräsident betonte ausdrücklich: „Sie haben mich an Ihrer Seite, wenn Sie fordern, daß ein für die Gemeinschaft lebenswichtiger ehrenamtlicher Dienst nicht mit finanziellen Unzumutbarkeiten verbunden sein darf. Ich sage das auch unter Hinweis auf das Eigeninteresse des Staates, denn dieser ist in Zukunft mehr denn je auf freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen.“

Herzog schloß seine Ausführungen: „Ich wünsche Ihnen alles Gute, Gesundheit und auch in Zukunft viel Erfolg bei Ihrer für unser Gemeinwesen so wichtigen Arbeit. Wir brauchen Sie!“

– cl –

Neue Schulungseinrichtung in Ahrweiler

Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz
nimmt zum 1. Januar die Arbeit auf

Seit mehreren Jahrzehnten steht der Name Bad Neuenahr-Ahrweiler als Synonym für weiterführende Ausbildung im Zivil- und Katastrophenschutz. Verschiedene Ausbildungseinrichtungen, wie beispielsweise die Katastrophenschutzschule des Bundes und die Bundesschule des BVS, haben, oder besser: hatten bisher hier ihren Sitz. Denn im Rahmen der Neuorientierung des Zivil- und Katastrophenschutzes wird ab Januar 1997 eine neue zentrale Ausbildungseinrichtung des Bundes, die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AknZ) im Bundesamt für Zivilschutz, in der Liegenschaft über dem Ahrtal ihren Sitz haben.

In ihr werden die bisherigen getrennten Einrichtungen

- Akademie für zivile Verteidigung (AkzV),
- Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) und
- Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz integrativ zusammengefaßt.

Neuordnung

Nach Auflösung des Warschauer Paktes und dem Wegfall der von diesem ausgehenden Bedrohung hat sich die äußere Sicherheit der Bundesrepublik grundlegend verbessert. Diese Tatsache erlaubt eine Neustrukturierung der bisherigen Vorkehrungen für den Verteidigungsfall.

Dies gilt auch für die zivile Verteidigung. Im Gegensatz zu früher braucht das System der zivilen Verteidigung nicht mehr auf ein Szenario ausgerichtet sein, das aus dem Stand heraus alle Kräfte mobilisiert. Auch die Vorbereitungen auf dem Gebiet des Zivilschutzes, einer Hauptaufgabe der zivilen Verteidigung, müssen daher der veränderten Lage angepaßt werden.

Für den Zivilschutz bedeutet dies, daß eine Reihe von Aufgaben ihre Bedeutung verloren hat und Sonderstrukturen aufgelöst werden kön-

nen. Da aber auf lange Sicht ein Verteidigungsfall nicht ausgeschlossen werden kann, muß der Zivilschutz auch künftig ein Instrumentarium zur Bewältigung eventueller Gefahren bereithalten.

Insbesondere bleiben planerische Vorbereitungsmaßnahmen und eine darauf ausgerichtete Ausbildung notwendig. Insofern sind alle Aufgabengebiete der zivilen Verteidigung der veränderten Sicherheitslage anzupassen. Vorkehrungen zur Konfliktverhütung und Maßnahmen des Krisenmanagements unterhalb des Spannungs- und Verteidigungsfalles genießen dabei vorrangige Bedeutung. Wie in der Vergangenheit, bleibt in der Zukunft das Katastrophenschutzpotential der Länder die Basis des Zivilschutzes. Der Bund ergänzt und verstärkt dieses Potential, verzichtet aber auf die Vorgabe einheitlicher Strukturen. Er akzeptiert die von den Ländern für den Katastrophenschutz geschaffenen Strukturen und beschränkt sich

An einem Südhang oberhalb der Ahr liegt die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz.



AKNZZ
GKtUeII

auf die zivilschutzrelevante Ergänzung durch die Beschaffung spezieller Ausstattung sowie die Finanzierung von Ausbildungsinhalten im Rahmen einer integrierten Katastrophenschutz Ausbildung. Durch die enge Verzahnung des Zivilschutzes mit dem friedensmäßigen Katastrophenschutz der Länder soll der Sicherheitsstandard für die Bürger erhalten bleiben.

Beim Bund, genauer gesagt beim Bundesamt für Zivilschutz (BZS), bleibt nach § 4 des Gesetzentwurfes zur Neuordnung des Zivilschutzes (ZSNeuOG) die Aufgabe, das mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßte Personal zu unterweisen und Führungskräfte des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben auszubilden sowie die Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten, zu informieren.

Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei die Neugestaltung der Ausbildung. Die Ausbildung ist das entscheidende Instrument, mit dessen Hilfe der Bund seine Vorstellungen über eine wirksame zivile Verteidigung umsetzen will.

Aufgaben der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ)

Die neue Akademie vermittelt mit dem gesamten Spektrum ihrer Aufgaben und Betätigungen künftig die erforderlichen Grundlagen seitens des Bundes für die notwendigen planerischen Vorkehrungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung auf allen Verwaltungsebenen sowie bei allen darin eingebundenen nicht-staatlichen Organisationen. Neben dem Lehrbetrieb berät die Akademie die verschiedenen Bundesressorts im Rahmen der Sicherstellungsgesetze. Nicht zuletzt gehören auch die Pflege internationaler Kontakte und die Planung und Anlage von Übungen zu den Aufgaben der AKNZ.

Im Rahmen der Gesamtverteidigung erfaßt sie sämtliche Felder der zivilen Verteidigung. Die Veranstaltungen sind an dem gesetzlichen Auftrag des BZS nach § 4 Zivilschutzneuordnungsgesetz ausgerichtet: Unterweisung des mit Fragen



Blick in einen der modernen Lehrsäle.

der zivilen Verteidigung befaßten Personals und Ausbildung von Führungskräften des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben.

Zielgruppen der neuen Akademie

Aus dem gesetzlichen Auftrag ergeben sich folgende Zielgruppen:

- Mitarbeiter von Bundes- und Landesbehörden der verschiedenen Behördenstufen einschließlich der Kommunen, die mit Fachaufgaben der zivilen Verteidigung befaßt sind. Dies umfaßt das gesamte Spektrum der zivilen Verteidigung, von Ernährungssicherstellung, Zivilschutz über zivil-militärische Zusammenarbeit bis hin zu gesetzlichen Zuständigkeiten der Gemeinden für die Planung des Selbstschutzes.
- Lehrkräfte der Organisationen: Aus- und Fortbildung von Lehrkräften der organisationseigenen Schulen für die integrierte Zivilschutzausbildung.
- Führungskräfte des Katastrophenschutzes der Länder und Kommunen, wie Einsatzleiter der Feuerwehr und Polizei oder sonstige von den Katastrophenschutzbehörden vorgehene Leiter für besonders außergewöhnliche Gefahrenlagen.
- Multiplikatoren und Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben.

Veranstaltungsspektrum

Die Veranstaltungen gliedern sich in drei Schwerpunkte:

1. Zivile Verteidigung

Dazu zählen Seminare über

- **Gesamtverteidigung**
 - Sicherheits- und verteidigungspolitische Grundlagen
 - Aufgaben, Arbeits- und Wirkungsweise der nationalen militärischen und zivilen Verteidigung
 - Möglichkeiten zur Lösung gemeinsamer Probleme im Aufgabenfeld der Gesamtverteidigung
- **Rechtsgrundlagen einschließlich Vorsorgegesetze**
 - Sicherheitspolitische Ausgangssituation
 - Grundsätze der Notfallplanung
 - Planung und Vorbereitung im Zivilschutz
- **Planung der Notfallvorsorge auf den Gebieten**
 - Ernährung
 - Verkehr
 - Wirtschaft
 - Arbeitskräftebedarf
 - Post und Telekommunikation
- **Zivil-militärische Zusammenarbeit**
 - Grundlagen der Gesamtverteidigung, Strukturen der Notfallvorsorge



Der Speisesaal der Akademie.

(Fotos: Sers)

- Zusammenarbeit der Polizei mit den Streitkräften
- Zusammenarbeit im Straßenverkehr, Gesundheits- und Sanitätswesen
- Schutz von Räumen und Objekten
- Probleme der materiellen Bedarfsdeckung

• **Krisen- und Alarmplanung, Krisenmanagement**

- Anlegen und Führen von Alarmunterlagen, Alarmkalender, Zuständigkeiten, Koordination

Die Veranstaltungen für den Bereich zivile Verteidigung wenden sich insbesondere an Führungskräfte aus der öffentlichen Verwaltung und der gewerblichen Wirtschaft, die in verantwortlicher Position für grundlegende Planung, insbesondere im Rahmen der Sicherstellung, zuständig sind.

2. Zivilschutz

Unter diesen Bereich fallen Veranstaltungen über

• **Selbstschutz**

- Zuständigkeiten der Länder, Kreise und Gemeinden
- Wahrnehmung von Aufgaben im Selbstschutz und Durchführung von planerischen Selbstschutzmaßnahmen für den Krisen- und Verteidigungsfall in den Gemeinden

- Planung und Organisation des Selbstschutzes in Arbeitsstätten
- Katastrophen- und Selbstschutz in Dienstleistungsunternehmen
- Anlegen und Durchführen von Übungen
- Ausbildung von Ausbildern der Hilfsorganisationen und sonstiger Einrichtungen, die Selbstschutzaufgaben wahrnehmen

• **Warndienst**

- Warnung der Bevölkerung als Aufgabe der Warnzentralen der Länder
- Anlegen und Durchführen von Übungen im Rahmen der Warnung der Bevölkerung
- Einheitliche Kriterien und Arbeitsverfahren zur Sicherstellung der Warnung der Bevölkerung im Verteidigungsfall

• **Aufenthaltsregelung**

- Bewältigung der mit großflächigen Evakuierungen sowie den daraus resultierenden Unterbringungs- und Betreuungsproblemen in Verbindung stehenden Aufgaben

• **Katastrophenschutz**

- Planungsverantwortung der zuständigen Behörden
- Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung
- Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Polizei und des Militärs
- Wahrnehmung der jeweiligen Funktion unter Randbedingungen des Verteidigungsfalles

- Führung und Leitung unter besonders hoher psychischer Belastung
- Beurteilung zivilschutzrelevanter ABC-Gefahren und Ableitung situationsgerechter Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung
- Fortbildung von Lehrkräften der Hilfsorganisationen sowie der Landesfeuerwehrschulen in der Vermittlung von Zivilschutzthemen
- Aufbereitung von Informationen für Medien und Öffentlichkeit

• **Baulicher Zivilschutz**

- Kenntnisse der Planung und Technik von Schutzräumen
- Kenntnisse über technische und verwaltungsmäßige Unterhaltung von Schutzräumen

• **Schutz der Gesundheit**

- Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 15 und 16 ZSNeuOG
- Gesundheitliche Vorsorgeplanung
- Organisatorische Aspekte für Gesundheitsämter
- Planungsverpflichtungen für Krankenhäuser
- Bearbeitung von medizinischen und technischen Problemen im Rahmen der Versorgung der Bevölkerung
- Ärzte im Zivilschutz
- Bearbeitung von besonderen veterinärmedizinischen Problemen im Verteidigungsfall
- Kenntnisse in Handhabung und Analytik von Lebensmittelproben bei chemischer Kontamination

• **Schutz von Kulturgut**

- Anwendung der Haager Konvention einschließlich der Durchführungsbestimmungen sowie weiterer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Kulturgüter
- innerbetriebliche Zuständigkeiten für den Schutz von Kulturgütern
- Maßnahmen des Kulturgutschutzes in Deutschland

3. Informationsveranstaltungen

mit folgenden Inhalten:

- **Allgemeine Fragen der Notfallvorsorge und zivilen Verteidigung**
- Grundzüge der Sicherheitspolitik
- Überblick über die vielschichtigen Aufgaben der zivilen Verteidigung im Rahmen der staatlichen Notfallvorsorge

• *Zivilschutz und humanitäres Völkerrecht*

- Kenntnisse über die Genfer Abkommen
- Ergänzung der friedensmäßigen Vorsorge- und Schutzmaßnahmen
- Einbettung des Zivilschutzes in das humanitäre Völkerrecht

• *Seminare für ausländische Fachleute*

- Informationen über die Struktur des Zivilschutzes einschließlich des erweiterten Katastrophenschutzes und des Selbstschutzes in der Bundesrepublik Deutschland
- Seminar für die Kommission der Europäischen Union
- Seminar im Rahmen der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung (IDNDR)
- Katastrophenvorbeugung und Katastrophenmanagement für die Deutsche Stiftung für die Internationale Entwicklung (DSE)

• *Selbstschutz*

- Sensibilisierung für Fragen des Selbstschutzes und Erkennen seiner Notwendigkeit als Ergänzung staatlicher Vorsorgemaßnahmen für Führungskräfte aus Behörden und Betrieben sowie Verbänden der gewerblichen Wirtschaft

• *Gesprächskreise und Workshops*

- für Lehrkräfte an Schulen der Feuerwehren und Hilfsorganisationen und für führende Vertreter aus Verwaltungen, Organisationen und Wirtschaft
- Informationen und Erfahrungsaustausch über aktuelle Themen des Zivilschutzes

• *Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Notfallvorsorge*

Organisation

Neben den fachlichen Inhalten bietet die Akademie für Notfallpla-

nung und Zivilschutz auch den nötigen Rahmen für zeitgemäße Ausbildung. Alle Lehrsäle und Übungsräume sind mit moderner und praxisgerechter Technik ausgestattet und ermöglichen eine intensive Schulung. Bei der Seminarkonzeption wird aber auch berücksichtigt, daß der Erfahrungsaustausch und das Kennenlernen außerhalb der Seminarstunden wesentliche Faktoren für das Erreichen des Schulungsziels sind.

Für weitere Fragen über Lehrgänge und Termine steht das Lehrgangsbüro der Akademie gerne zur Verfügung:

**Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz
im Bundesamt für Zivilschutz
Ramersbacher Straße 95
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Telefon 0 26 41 / 38 11
Telefax 0 26 41 / 38 12 18**

COUPON

**Schneller geht's per Fax!
0 26 41 / 38 12 18**

Ich interessiere mich für folgende
Veranstaltungen und bitte um nähere
Informationen (Themenplan, Termine,
Anmeldevordrucke):

Bitte ausschneiden und in einem frankierten Umschlag senden an:

**Akademie für Notfallplanung
und Zivilschutz
im Bundesamt für Zivilschutz
Ramersbacher Straße 95
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler**

Absender:

Ein Jubiläum mit viel Farbe

150 Jahre Feuerwehr Trier – Drei Tage Information und Unterhaltung

Trier ist nicht nur die älteste Stadt Deutschlands, auch das Alter seiner Feuerwehr kann sich sehen lassen: In diesem Jahr blickt die Feuerwehr Trier auf stolze 150 Jahre ihres Bestehens zurück. Und nicht nur das, gleichzeitig fallen in das Jahr 1996 die Jubiläen „90 Jahre Rettungsdienst“ und „20 Jahre Notarztwagen“. Als einzige Berufsfeuerwehr in Rheinland-Pfalz, die auch den Rettungsdienst wahrnimmt, hat man damit allen Grund, sich mit einem großen Jubiläumsprogramm dem Bürger zu präsentieren.

Unter dem Motto „Die Zeit (b)rennt“ präsentierten die Trierer Brandschützer – 92 Beamte, 292 Freiwillige und 163 Jugendliche – ein Wochenende lang im unmittelbaren an der Mosel gelegenen Messepark ein vielfältiges Programm, das den fachlichen Laien wie den Praktiker der Feuerwehr gleichermaßen ansprach.

In Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen, mehreren in- und ausländischen Feuerwehren, Werkfeuerwehren, Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr, französischer Armee, örtlichen Krankenhäusern und Fachfirmen wurde dem Besucher ein Ein-, Aus- und Rückblick in anderthalb Jahrhunderte Feuerwehr und Rettungswesen geboten.

Notfallmedizin im Blickpunkt

Speziell an das Rettungsdienstfachpersonal und andere interessierte Berufsgruppen wandte sich das „Weiße Forum“, das sich dem Themenbereich „Präklinische Aspekte der Notfallmedizin“ widmete. Zielsetzung des Forums war die themenübergreifende Präsentation anwendungsbezogener Ergebnisse der aktuellen Forschung im Bereich der Notfallmedizin.

Als Referenten konnten Wissenschaftler von internationalem Rang gewonnen werden, wie Prof. Dr. F.-W. Ahnefeld von der Universitätsklinik Ulm, der in seinem Vortrag die Zukunft des Rettungsdienstes aufzeigte. Mit der Vielzahl der

Die Präsentation moderner Technik ist stets Garant für reges Besucherinteresse.



Vorträge und Diskussionen stellte das Forum eine breitgefächerte Informations- und Transferbörse für die rund 100 Teilnehmer, allesamt Theoretiker und Praktiker der Notfallmedizin, dar.

Schützende Technik präsentiert

Weiterhin bei einer Farbgebung bleibend, verbarg sich hinter der Bezeichnung „Rote Plattform“ eine sich über alle drei Tage erstreckende Industrie-Fachschau, die einen Einblick in den aktuellen Stand der Sicherheitstechnik bot. Über 30 Fachfirmen stellten hier ihre neuesten Produkte aus den Bereichen Brandschutz, Rettungswesen, Katastrophen- und Umweltschutz vor.

Ergänzt wurden die Präsentationen der Firmen durch begleitende Tagungen, Fachgespräche und Vor-

führungen. Neben den Fachbesuchern richtete sich die Fachschau auch an den interessierten Bürger, der sich hier über die Vielfalt der schützenden Technik für Haus und Gewerbe informieren konnte.

Vielfältige Aktionen

Mit dem Workshop „Rot-Weiß“ bekam die Veranstaltung einen dritten Farbtupfer. Die Palette dieses ebenfalls an allen drei Tagen präsentierten Aktionsprogramms reichte von Erste-Hilfe-Kursen über Brandschutz-Seminare bis zu Einsatzübungen und Demonstrationen modernster Brandschutztechnik.

Insbesondere die Praxis, ob die Präsentation eines Großtanklöschfahrzeugs der Bundeswehr, das Ablöschen eines Pkws mit neuartiger Löschtechnik, Aktionen der



„Schätzchen“ aus fern und nah fanden den Weg nach Trier.

Höhenrettungsgruppe oder Flugvorführungen des Rettungshubschraubers, erwies sich als wahrer Publikumsmagnet.

„Auf die Feuerwehr ist Verlaß“

Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber, Schirmherr der Veranstaltung, überbrachte im Rahmen eines Festaktes am Samstag morgen Grüße und Glückwünsche der Landesregierung. Der Minister ging auch auf die Arbeit der Trierer Feuerwehr ein: „1995 gab es in Trier über 1.200 Einsätze der Feuerwehr im Bereich des Brandschutzes und der Technischen Hilfeleistung und über 12.000 Einsätze im Rahmen des Rettungsdienstes. Sie sind Beweis genug für die enorme Belastung und Inanspruchnahme der Helfer, sie sind aber auch Beweis dafür, daß sich Bürgerinnen und Bürger in Not- und sonstigen Gefahrenlagen auf ihre Feuerwehr verlassen können.“

Zum ehrenamtlichen Engagement stellte Minister Zuber fest: „Das bewährte Zusammenwirken von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräften ist das richtige System, um den gestellten Aufgaben voll und ganz gerecht werden zu können. Vor allem macht sich das freiwillige und ehrenamtliche Element bei der Feuerwehr bemerkbar. Es unterstützt und entlastet die Berufsfeuerwehr und ist Ausdruck praktizierter Mitverantwortung in unserer Gesellschaft. Freiwillige wissen, daß ehrenamtliches Mitarbeiten unerlässlich ist, um ein funktionierendes Gemeinwesen zu erhalten.“

Der Kletterturm
des
THW-Ortsverbands
Hermeskeil
ist stets
umlagert.

(Fotos: Claes)



Himmelsstürmer: Per Aufzug geht es bei der 50-Meter-Drehleiter in schwindelnde Höhe.

Abschließend gab der Minister Ausblick auf ein Projekt, das nicht nur für die Trierer Brandschützer von hohem Interesse ist: „Feuerwehr heute, das ist vor allem eine technische Institution, deren Einsatzbereitschaft auf gründlicher und vielseitiger Ausbildung ihrer Mitglieder beruht. Hierfür die Rahmenbedingungen zu sichern, ist nicht nur eine Aufgabe der kommunalpolitisch Verantwortlichen, sondern auch des Landes. Für die Landesregierung stand es daher von Anfang an nie außer Frage, daß unsere Feuerwehrangehörigen ein Anrecht auf eine zentrale Ausbildungsstätte haben, die räumlich und personell den hohen Anforderungen der Aus- und Fortbildung gerecht werden kann. Deshalb hatte das Projekt ‚Neue Landesfeuerwehrschule‘ für uns oberste Priorität. Ich freue mich, daß die Bemühungen nun

konkrete Ergebnisse zeigen und unseren Feuerwehrangehörigen in absehbarer Zeit in Koblenz-Asterstein eine moderne Ausbildungsstätte zur Verfügung stehen wird.“

Ein buntes Bild

Der Samstag nachmittag stand ganz im Zeichen des großen Festzuges. Wie ein blau-roter Lindwurm schlängelte sich der aus 70 Gruppen bestehende Zug von der Innenstadt, an der Porta Nigra vorbei durch die Fußgängerzone, hin zum Messegelände. Dem Zuschauer bot sich während des etwa anderthalbstündigen Vorbeimarsches ein Bilderbogen der Feuerwehr-Fahrzeugtechnik, von der per Muskelkraft bewegten Handdruckspritze über pferdebespannte oder motorisierte Dampfspritzen bis zum modernsten Tanklöschfahrzeug.

Immer wieder kam in den dichtgedrängten Zuschauerreihen Beifall auf angesichts eines der liebevoll hergerichteten Oldtimer, die in einer bundesweiten Sternfahrt den Weg nach Trier gefunden hatten. Längst vergessen geglaubte Namen wie Hanomag, Borgward, Büssing oder Krupp kamen vielen wieder ins Bewußtsein. Neben den Oldtimern sorgten Teilnehmergruppen der Hilfsorganisationen sowie eine Vielzahl von Musikkapellen dafür, daß sich dem Zuschauer trotz der vorherrschenden roten Farbe dennoch ein buntes Bild des Zuges bot.

Zufriedenstellende Bilanz

Der Sonntag schließlich, als letzter Tag der Jubiläumsfeier mit einem ökumenischen Festgottesdienst beginnend, klang mit einem Jugendfeuerwehr-Wettbewerb auf Bezirksebene aus. Danach hieß es, Bilanz zu ziehen.

Eine Bilanz, mit der die Feuerwehr Trier zufrieden sein kann. Ist es ihr doch gelungen, die Einrichtung Feuerwehr durch eine gekonnt gestaltete Präsentation nachhaltig im Bewußtsein des Bürgers zu verankern. 30.000 Besucher, die den Weg zur Feuerwehr fanden, sind Beleg dafür. Und wie staunte eine Zuschauerin beim Festzug: „Ich wußte gar nicht, was die Feuerwehr alles kann und daß es so viele Feuerwehrleute gibt.“ Jetzt weiß sie es.

- cl -



AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ



DEUTSCHE LEBENS-RETTUNGS-GESELLSCHAFT



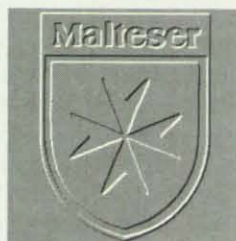
DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



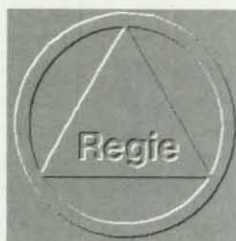
DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



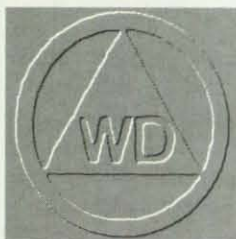
MALTESER-HILFSDIENST



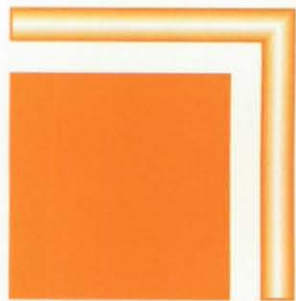
VERBAND DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK



WARNDIENST



Fachtagung setzte Akzente:

Die Bedeutung des Themas „Psychologie der Hilfeleistung“ im Arbeiter-Samariter-Bund

Aufgrund der föderalen Gliederung des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) haben sich in den vergangenen Jahren vielfältige Angebote zur Thematik psychologischer, ethischer und moralischer Fragen im Rettungsdienst und Katastrophenschutz vor allem auf örtlicher und regionaler Ebene entwickelt. Der Gesamtverband beschäftigt sich seit Beginn der 90er Jahre mit diesen Themen und mißt ihnen auch aufgrund einer wegweisenden Resolution der 14. Bundeskonferenz des ASB im Jahr 1994 eine übergeordnete Bedeutung bei.

Philosophie

Ausgangspunkt für alle Aktivitäten des ASB auf diesem Gebiet ist die Erkenntnis, daß Menschen in Not neben einer fundierten medizinischen Hilfe auch eine psychologische, psychosoziale und ethisch-moralische Unterstützung und Hilfeleistung benötigen. Diese ganzheitliche Betrachtung des Menschen hat sowohl zur Entwicklung von Hilfsangeboten für Patienten und Opfer von Notfallereignissen und deren Angehörige als auch zur Institutionalisierung von Betreuungsangeboten für die Mitarbeiter im Rettungsdienst und Katastrophenschutz geführt. Der Arbeiter-Samariter-Bund favorisiert im Zuge der Umstrukturierung von Rettungsdienst und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland die Etablierung eines integrierten Hilfeleistungssystems, das alle Sparten der Gefahrenabwehr und Gefahrenbekämpfung umfaßt. Aus diesem Grund werden derzeit Weiterbildungsangebote auf dem Gebiet der psychologischen Hilfeleistung erarbeitet, die neben dem Rettungs-

dienst auch die ehrenamtlichen Dienste, wie den Sanitätsdienst oder aber den Zivil- und Katastrophenschutz sowie die internationale Katastrophen- bzw. Auslandshilfe umfassen.

„Psychologie tut not“

Vorläufiger Höhepunkt auf Bundesebene war in diesem Zusammenhang eine zweitägige Fachtagung des ASB-Bundesverbandes, die am 5. Juli 1996 in Köln stattfand. Die Tagung stand unter dem Arbeitstitel „Psychologie im Hilfeleistungsunternehmen“ und hatte den selbstgewählten Anspruch, die Integration der verschiedenen Fachdienste im Bereich der psychologischen Aspekte herbeizuführen. Darüber hinaus sollten die Führungskräfte aller Dienste für dieses Thema übergreifend sensibilisiert werden.

Ein hochkarätiges Referententeam unter der wissenschaftlichen Leitung des ASB-Bundesarztes Dr. Friedhelm Bartels sorgte auf dieser Fachtagung für ein breites Spektrum.

Prof. Dr. Dr. Jürgen Bengel von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg führte fundiert und anschaulich mit seinem Grundsatzbeitrag zur „Psychologie der Hilfeleistung“ in das Thema ein. Diesem einleitenden Vortrag folgten mit vielen Praxisbeispielen versehene Referate zu den Bereichen der Nachsorge für Helfer und der psychischen Betreuung von Angehörigen von Notfallpatienten durch Dr. Hartmut Jatzko vom Klinikum der Stadt Kaiserslautern und Andreas Müller-Cyran, dem Leiter der Krisenintervention im Rettungsdienst in München.



Die medizinische Versorgung und Betreuung schwerverletzter Menschen bleibt auch bei den Einsatzkräften nicht ohne Folgen. (Foto: ASB)



Prof. Bengel,
Experte
in Fragen
der Psychologie
im Rettungsdienst,
bei seinem
Einleitungsreferat.

(Foto:
ASB/H. Kapschak)

Gesundheit, Motivation und Personalwirtschaft

Da seit geraumer Zeit aufgrund der o. g. personalwirtschaftlichen Aspekte gesundheitsfördernde oder gesundheitserhaltende Maßnahmen für das körperliche Wohlbefinden angeboten werden (z. B. Rückenschulen oder Ernährungskurse), müssen diese personalwirtschaftlichen Gesichtspunkte künftig auch flächendeckend für das psychische und seelische Wohlbefinden Anwendung finden.

Beide Bereiche, physischer und psychischer Gesundheitsschutz, sind für einen langanhaltenden hohen Motivationsgrad und eine hohe Leistungsbereitschaft der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter maßgeblich verantwortlich.

Ganzheitliche Hilfe

Für eine Hilfsorganisation, die sich der humanitären Hilfe im In- und Ausland verschrieben hat, ist eine mehrdimensionale Betrachtung ihres Hilfeleistungsangebotes angebracht. Neben der klassischen Ersten Hilfe und der notfallmedizinisch geprägten rettungsdienstlichen Hilfeleistung nimmt auch die psychische Erste Hilfe bei Notfallpatienten oder aber bei deren Angehörigen einen wachsenden Stellenwert ein. Schulungen der Rettungsdienstmitarbeiter sind hier ebenso wichtig, wie der Aufbau spezieller Krisen-Interventions-Teams (KIT), die sich auf die Hilfe für Angehörige von Notfall- und Katastrophenopfern konzentrieren.

Ziel des ASB ist es in diesem Zusammenhang, die Mitarbeiter im Rettungsdienst und Katastrophenschutz so aus- und fortzubilden, daß ein ganzheitliches Hilfeleistungsspektrum angeboten werden kann, das die psychologischen und auch ethischen Elemente grundsätzlich beinhaltet.

Die Fachtagung des ASB hat hier innerverbandlich deutliche Signale gesetzt.

Wolfram Geier

Den Bereich der Auslandshilfe beleuchteten unter diesen Aspekten Diplom-Psychologe Ludwig Uhlmann vom Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr und Prof. Dr. Wolfram Schüffel vom Klinikum der Philipps-Universität Marburg am Beispiel der jüngsten Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie des großen Hilfeinsatzes für die Kurden im Nordirak bzw. der Türkei. Hier standen nicht zuletzt auch Fragen der Trauerarbeit bei extremen Belastungen und der Umgang damit zur Diskussion. Den für die Arbeitgeber relevanten Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht behandelte Wolfram Geier, Referatsleiter in der ASB-Bundesgeschäftsstelle, in seinem Vortrag. Prof. Dr. Frank Lasogga von der Dortmunder Universität rundete den Themenkomplex mit seinen Thesen und Regeln zur „psychischen Ersten Hilfe“ gekonnt ab.

In der anschließenden Podiumsdiskussion fanden alle Beteiligten sehr schnell einen Konsens, der in der Feststellung „Psychologie tut not“ einen deutlichen Ausdruck fand.

Gesundheitsschutz der Mitarbeiter

Ausgehend von den Diskussionen der letzten Jahre und den Ergebnissen der Fachtagung bekennt sich der Arbeiter-Samariter-Bund aus mehreren Gründen zur aktiven und umfassenden Behandlung dieser Thematik. Ein Grund ist die Fürsorgepflicht

für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter, die sich bislang überwiegend auf die physische Gesundheit konzentriert hat. In den letzten Jahren hat sich jedoch erfreulicherweise die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Notwendigkeit zum Schutz der psychischen Gesundheit aufgrund der tätigkeitsbezogenen Spezifik dieser Mitarbeiter genauso vorhanden ist. Es bleibt zu vermuten, daß in der Vergangenheit die allseits bekannten Defizite zu teils schweren individuellen Krisen und Problemen bei Mitarbeitern geführt haben. Das Stichwort vom Burn-Out-Syndrom soll hier exemplarisch genannt sein, um die Bedeutung dieser Themen auch aus personalwirtschaftlichen Überlegungen heraus zu unterstreichen.

Während Streßerkennungs- und -bekämpfungseminare im ASB vorwiegend präventiven Charakter haben, um Burn-Out-Syndromen vorzubeugen, sollen Gesprächskreise unter Anlehnung an die CRSD-Methode (Critical Incident Stress Debriefing) künftig vor allem nach besonders schweren und belastenden Einsätzen für eine psychologische Nachsorge der Einsatzkräfte angeboten werden. Wie wichtig diese Gesprächskreise sind, bzw. welche Langzeitfolgen gravierende Ereignisse auf die Einsatzkräfte haben können, hat vor allem die Katastrophe auf der US-Air-Base Ramstein 1987 deutlich gezeigt, wie auch im Beitrag von Dr. Hartmut Jatzko anlässlich der Fachtagung nochmals besonders deutlich wurde.



Viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowie hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz trafen sich in den vergangenen Wochen vor dem Hintergrund der Auflösung des Verbandes zum 31. Dezember 1996 zu einer letzten Besprechung in ihren Dienststellen. Dabei wurde auf die langen Jahre des gemeinsamen Engagement für

den Selbstschutzgedanken zurückgeblieben, und man ließ gute wie schlechte Zeiten Revue passieren. Die Zusammenkünfte gaben auch Gelegenheit zur Ehrung langjähriger ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, die teilweise bis zu 40 Jahren dem Verband treu geblieben sind. Im folgenden einige Beiträge über Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Mit der Auflösung des BVS endet auch die langjährige Berichterstattung im „Bevölkerungsschutz-Magazin“ über die Aktivitäten des Verbandes sowie über die für den BVS so wichtig und erfolgreich gewesene Mitarbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Die Redaktion dankt allen Haupt- und Ehrenamtlichen für die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit.

Wesel. In Wesel unterhielt der BVS über 20 Jahre lang eine Dienststelle für den linken Niederrhein. Mehr als 50 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer waren neben den acht hauptamtlichen Beschäftigten in Wesel tätig. Seit 1980 wurden von ihnen rund 112.000 Bürger in 6.324 Veranstaltungen informiert und ausgebildet. Diese Leistung konnte nur durch das Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbracht werden. Im Rahmen der Umstrukturierung des BVS wurde die Dienststelle Wesel Ende 1993 aufgelöst. Für die Helfer wurde danach eine Betreuungsstelle eingerichtet.

Landesstellenleiter Peter Eykmann verabschiedete bei der letzten Dienstbesprechung in Wesel Helferinnen und Helfer sowie hauptamtliche Mitarbeiter. Einige engagierten sich mehr als 30 Jahre lang für den Selbstschutzgedanken. Horst Schröder (Wesel) wurde für 35jährige Tätigkeit geehrt. Für 30 Jahre Mitarbeit erhielten Peter Korff (Duisburg) und Dietrich Liesen (Voerde) Urkunden ausgehändigt.

Besondere Anerkennung für sein überdurchschnittliches Engagement

für den Selbstschutz erhielt Heinz Feldkamp (Kleve), der mit 76 Jahren weit über das Normalmaß hinaus aktiv war.

Herausgehoben wurden die Verdienste des ehrenamtlichen Beauftragten für den Kreis Wesel, Horst Kolter. In der schwierigen Abbauphase hat Kolter stets sichergestellt, daß der Verband seinen gesetzlichen Auftrag erfüllen konnte. So war er u. a. als Landeshelfervertreter tätig und setzte sich nachhaltig für die Belange der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ein.

262.000 Bürger informiert und ausgebildet. Hauptansprechpartner waren Schulen, Behörden und Betriebe.

Die erbrachte Leistung war maßgeblich durch das ehrenamtliche Engagement der Helfer entstanden. Dieses wurde auch von Landesstellenleiter Peter Eykmann gewürdigt, der zur letzten Dienstbesprechung nach Arnsberg gekommen war. Sein besonderer Dank galt den Helfern Manfred Junker (Siegen) und Werner Neumann (Unna) für über 30jährige ehrenamtliche Tätigkeit

*

*

Arnsberg. Abschied nahmen 21 Helferinnen und Helfer und sechs noch verbliebene hauptamtliche Mitarbeiter während der letzten Dienstbesprechung der BVS-Dienststelle Arnsberg. Zum 31. Oktober schloß die Dienststelle ihre Pforten für immer.

In Arnsberg war der BVS über 30 Jahre präsent. Seit 1980 wurden von den rund 40 Helferinnen und Helfern und acht hauptamtlichen Mitarbeitern im südwestfälischen Raum in über 16.000 Veranstaltungen rund

Düsseldorf. „Selbstschutz muß heute vorbereitet und geübt werden, um im Ernstfall kompetent zur Verfügung zu stehen!“ Diese These prägte rund 40 Jahre lang den Arbeitsalltag der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie hauptamtlichen Mitarbeiter des BVS im Regierungsbezirk Düsseldorf. Rund 300.000 Bürger wurden seit 1980 in fast 19.000 Veranstaltungen informiert und ausgebildet.

Landesstellenleiter Peter Eykmann dankte anlässlich der letzten



Wesel: Ein Foto zum Abschied (von links): Heinz Feldkamp, Alexander Krapf, Horst Schröder, Peter Eykmann, Horst Kolter, Peter Korff, Dietrich Liesen.



Letztes gemeinsames Foto der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Arnsberg.

Bundesverband für den Selbstschutz

Für die Düsseldorfer Helfer gab es ein letztes Dankeschön (von links): Günter Winkler, Lydia Venten, Alexander Krapf (vorne) sowie Horst Kolter, Manfred Brommer und Peter Eykmann (hinten).



Dienstbesprechung in Düsseldorf auch den hauptamtlichen Mitarbeitern, die trotz der beschlossenen Auflösung des Verbandes und der Unsicherheit über ihre berufliche Zukunft, ihren Dienst engagiert versehen hätten. Dem Landesstellenleiter fiel es schwer, die fast 40jährige Geschichte der Düsseldorfer Dienststelle mit der Ehrung von Josef Schmiade für 35 Jahre und Manfred Brommer für 20 Jahre ehrenamtliche Mitarbeit zu beschließen.

*

Düren. Es führt kein Weg mehr daran vorbei: Zum Jahresende wird auch die BVS-Dienststelle Düren geschlossen. Im Zuge der Auflösung des Verbandes hatte die Dienststelle auch die Aufgaben der schon geschlossenen Dienststellen Aachen, Köln und Bonn übernommen.

In Düren waren neben acht hauptamtlichen Mitarbeitern zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer beschäftigt. Ihnen galt der besondere Dank von Landesstellenleiter Peter Eykmann, der zu einer letzten Dienstbesprechung eingeladen hatte. Mit einer Ehrenurkunde wurden Helfer ausgezeichnet, die sich seit vielen Jahren für den Selbstschutz engagierten. Josef-

Marion Muschalik (Köln) wurde für 35 Jahre und Peter Lindlar (Troisdorf) für 30jährige Verbandszugehörigkeit geehrt.

*

Geretsried. „Weißt Du noch?“ war das Motto einer Veranstaltung in Geretsried, an der annähernd 80 ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz aus dem Bereich der Landesstelle Bayern teilnahmen.

Schon der Ort der Zusammenkunft, die frühere BVS-Schule, war Anlaß genug, an vergangene Ausbildungsveranstaltungen, an Prüfungsängste und dauerhafte Kameradschaften zu erinnern. Für die Teilnehmer gab es vielfältige Gründe, um in Erinnerungen zu schwelgen. Die frühere Zusammenarbeit, die Familie, gemeinsame Unternehmungen, die kollektive Sorge um den Arbeitsplatz und die Erfahrungen mit einem neuen Arbeitgeber, dies alles bot reichlichen Gesprächsstoff. Selbst über die Anfangsjahre der Landesstelle Bayern konnte eine Teilnehmerin des Treffens berichten.

Das erste Dienstgebäude der Landesstelle war eine Baracke in der

Münchener Ludwigstraße. Anfang der fünfziger Jahre war ein solches Provisorium in Deutschland nichts Ungewöhnliches. Erster Landesstellenleiter wurde Oberst a. D. Theodor Sissimato. Sein Weggang zur Bundeswehr beendete seine zweijährige Aufbauzeit im März 1956.

Helmut Schneider, der sechste und derzeitige Landesstellenleiter, zeigte in einer kurzen Rückblende die einzelnen Stationen des BLSV und BVS in Bayern auf. Unter anderem erinnerte Schneider an seine Amtsvorgänger.

Nach Sissimato führte Dr. Georg Walberer die Landesstelle. In dessen Amtszeit von 1957 bis 1970 fiel das gesamte Spektrum des Auf und Nieder in der Nachkriegsentwicklung des Selbstschutzes: Die Bildung der Selbstschutzzüge, die Einführung der Selbstschutzpflicht und die Verpflichtung zum Schutzraumbau in der Bundesrepublik sowie die anschließende Suspendierung der hierfür erforderlichen Gesetze mit der Rückgängigmachung der bereits getroffenen Maßnahmen.

Aus Mainz wechselte als Landesstellenleiter Egon Freiherr von Leoprechting für fünf Jahre an die Isar. Dessen Nachfolger Konrad Hinderberger leitete die Landesstelle bis 1979. Diesem folgte bis 1990, aus Nordrhein-Westfalen kommend, Günther Kopsieker.

Sechsmal mußten in der Landesstelle die Umzugskisten gepackt werden, wobei nicht zutrifft, daß jeder der sechs Landesstellenleiter ein neues Dienstgebäude beziehen wollte. Von der Baracke bis zur derzeitigen Landesstelle an der Hedwig-Dransfeld-Allee zieht sich die Spur des BVS quer durch München.

Umziehen war scheinbar eine Spezialität des BVS, zumindest in Bayern. Mit Ausnahme der Dienststelle Nürnberg, die 42 Jahre und drei Monate in den selben Räumen untergebracht war, wechselten alle anderen Dienststellen mehrmals die Adresse.

Jeder der Anwesenden hätte von den damaligen Orts- und Kreisstellen und von den späteren Dienststellen einen Rückblick über Personen, Standorte und besondere Ereignisse geben können. Der Hauptgrund des Treffens war aber das Wiedersehen, der Anfang für weitere Treffen und die Frage: „Weißt Du noch?“

Landesstellenleiter Peter Eykmann dankt langjährigen Mitarbeitern für ihren Einsatz: (von links): Volker Cabel, Woldemar Freimuth, Rainer Schwierczinski, Ulrich Humberg, Peter Lindlar, Peter Eykmann, Rolf Ingrisch, Elvira Croè, Josef-Marion Muschalik, Horst Kolter. (Foto: Mock)





Zivilcourage bewiesen

Drei Lebensretter und der DLRG-Bezirk Wismar für Einsatz ausgezeichnet

Stolz präsentieren die Preisträger ihre Auszeichnung.



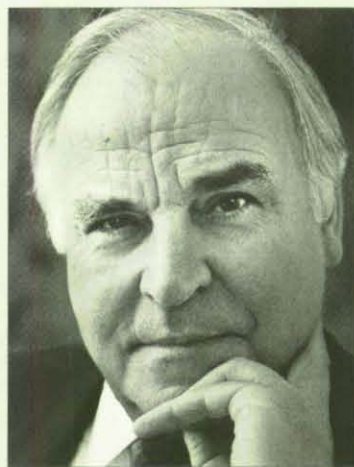
Bereits zum achten Male zeichneten die Beiersdorf AG und die DLRG Menschen aus, die andere vor dem Tod durch Ertrinken gerettet haben. Dr. Michael Groß, Pate des Nivea-Delphin, Thomas B. Quaas, Bereichsleiter des Hamburger Unternehmens, und DLRG-Präsident Prof. Kurt Wilke ehrten im Rahmen einer Feierstunde im vollbesetzten Hamburger Hafencub die Preisträger.

Kerstin Schröder (18) aus Rabel und Thorsten Schartau (18) aus Wagersrott erhielten die Bronzeplastik eines Delphins in der Kategorie DLRG-Mitglieder. Die beiden jungen Menschen retteten an einem Tag im Juli 1995 elf Menschen vor dem Ertrinken. An diesem Tag herrschte starker Wind in Böen bis Stärke acht. Da der Einsatz des Motorrettungsbootes wegen des hohen Wellenganges nicht möglich war, mußten alle Einsätze schwimmend, gesichert durch eine Rettungsleine erfolgen. In zwei Fällen bestand akute Lebensgefahr.

Den Ehrenpreis erhielt Ludwig Götzberger. Der 35jährige Zollbeamte aus Sonthofen rettete am 28. Mai 1995 einen 13 Jahre alten Jungen vor dem Ertrinken in der Ostrach.

Die Jury vergab den Förderpreis an den DLRG-Bezirk Wismar. Damit würdigte sie die Aufbauleistung der erst 1990 gegründeten Gliederung, die sich in nur fünf Jahren zum größten Verein der Hansestadt entwickelte. Herausragende Verdienste habe sich der Bezirk um die Planung und Organisation des Wasserrettungsdienstes erworben. Im vergangenen Jahr konnten zwei neue Wachstationen und zwei Rettungsboote in Betrieb genommen werden.

In seiner Ansprache sagte DLRG-Präsident Prof. Wilke: „Es ist wichtig für unsere Gesellschaft, Frauen und Männer zu ehren, die Zivilcourage bewiesen haben. Sie sind im positiven Sinne Vorbilder, die unser Gemeinwesen braucht und von denen es lebt.“ Durch das Programm führten Michael Groß und die siebenfache Weltmeisterin im Rettungsschwimmen, Bettina Lange, die auch die Laudatio auf die Preisträger hielt.



Der Kanzler dankt der DLRG

In einem Antwortbrief an DLRG-Präsident Prof. Kurt Wilke schreibt Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 17. Juni 1996:

„Bitte übermitteln Sie allen Mitgliedern der DLRG, vor allem den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, meinen herzlichsten Dank für ihren Einsatz an den Gewässern unseres Landes.“

CTIF-Bundesausscheidungen in Böblingen

DFV vergab 17 Fahrkarten zur Feuerwehr-Olympiade



Jubel und Enttäuschung lagen dicht beieinander, aber der DFV hatte nur 17 Fahrkarten zur CTIF-Feuerwehr-Olympiade 1997 in Herning (Dänemark) zu vergeben. 133 Wettkampfgruppen aus allen Bundesländern kämpften um die begehrten Tickets bis zur körperlichen Erschöpfung – aber es waren sportlich-faire Wettkämpfe.

Die Freiwillige Feuerwehr Böblingen war Organisator der Bundesausscheidungen, an der so viel Gruppen wie bisher noch nie teilgenommen hatten. Ein perfektes Organisationsteam und über 100 Wettkampfrichter sorgten dafür, daß die Veranstaltung buchstäblich nach der Stoppuhr ablief. Und für die vielen hundert Zuschauer auf den Tribünen gab es bilderbuchreife Höhepunkte im Wettkampfablauf, insbesondere bei den Feuerwehr-Sportwettkämpfen.

Diese Sportwettkämpfe wurden erstmals parallel zu den traditionellen Feuerwehrwettkämpfen ausgetragen. Sie waren Höhepunkte in den Leistungswettbewerben der Feuerwehren der ehemaligen DDR. Diese Tradition wollte und will der DFV pflegen. Allerdings beteiligen sich daran, wie Böblingen zeigte, erst zwei westdeutsche Feuerwehren: Hannover und Beselich-Obertiefenbach. Neu war in Böblingen auch, daß die Teildisziplin „Löschgriff naß“ für Frauengruppen im Feuerwehrsportwettkampf ausgetragen wurde. Auch damit hat der DFV eine lange Tradition aus den neuen Bundesländern aufgegriffen. Allerdings wurde in dieser Disziplin nur ein Bundessieger ermittelt.

Und dies sind die Wettkampfmannschaften der deutschen Feuerwehren, die sich für die internationalen Ausscheidungen in Herning qualifiziert haben:

Feuerwehrwettkämpfe

Klasse A

1. Bundenthal I/Kreis Pirmasens (Rheinland-Pfalz) 400,20 Gesamtpunkte
2. Langenbach I/Westerwaldkreis (Rheinland-Pfalz) 398,20 Gesamtpunkte
3. Böblingen/Kreis Böblingen (Baden-Württemberg) 396,00 Gesamtpunkte
4. Densberg/Schwalm-Eder-Kreis (Hessen) 394,30 Gesamtpunkte
5. Langenbach II/Westerwaldkreis (Rheinland-Pfalz) 393,90 Gesamtpunkte
6. Nidderau-Eichen/Main-Kinzig-Kreis (Hessen) 393,50 Gesamtpunkte
7. Hasselroth-Gondsroth/Main-Kinzig-Kreis (Hessen) 392,20 Gesamtpunkte

Klasse B

1. Asendorf/Kreis Diepholz (Niedersachsen) 402,30 Gesamtpunkte
2. Olpe II/Kreis Olpe (Nordrhein-Westfalen) 397,30 Gesamtpunkte
3. Lardenbach II/Kreis Gießen (Hessen) 395,70 Gesamtpunkte

Klasse C

1. Asendorf/Kreis Diepholz (Niedersachsen) 371,50 Gesamtpunkte
2. Bienenbüttel/Kreis Uelzen (Niedersachsen) 370,70 Gesamtpunkte

Feuerwehrsportwettkämpfe

Freiwillige Feuerwehr

1. Feuerwehrauswahl Lausitz (Brandenburg)
2. Feuerwehrauswahl Nord-Thüringen (Thüringen)

Berufsfeuerwehr

1. BF Halle (Sachsen-Anhalt)

Internationaler Jugendfeuerwehrwettbewerb des CTIF

1. Steinau-Marjoß/Main-Kinzig-Kreis (Hessen) 1043 Punkte
2. Dassendorf/Kreis Herzogtum Lauenburg (Schleswig-Holstein) 1043 Punkte

Richtlinien für Medaille beschlossen

In den drei Stufen Bronze, Silber und Gold steht künftig die „Medaille für internationale Zusammenarbeit“ des DFV zur Verfügung. Die Delegiertenversammlung beschloß die entsprechenden Richtlinien für die Beantragung (beim Präsidenten) und Verleihung der Auszeichnung. Sie ist vorgesehen für ausländische Personen, die sich um die internationale Zusammenarbeit mit den deutschen Feuerwehren und ihren Verbänden Verdienste erworben haben. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Beantragung der Medaille über die Landesfeuerwehrverbände erfolgen muß und Auslieferung wie Überreichung analog den Richtlinien für das Feuerwehr-Ehrenkreuz erfolgen.



Resolution zum Thema Lohnfortzahlung

Die 44. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes verabschiedete folgende Resolution:

„Die Delegierten der deutschen Feuerwehren sehen durch die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren gefährdet.

Bei einem im Feuerwehrdienst erlittenen Unfall kann der Lohnausfall durch Verletzungsgeld und ggf. Mehrleistung der Unfallversicherungsträger abgedeckt werden – wenn auch nur mit einer zeitlichen Verzögerung. Bei einer auf den Feuerwehrdienst zurückzuführenden Erkrankung muß jedoch in Zukunft mit einer 20%igen Lohnkürzung gerechnet werden, falls nicht der Bundestag sein Gesetz ändert oder entsprechende Ländergesetze diese Lücke ausfüllen.

Unabhängig von der Tatsache, daß nach unserer Auffassung die ehrenamtliche Tätigkeit in den Freiwilligen Feuerwehren durch das neue Gesetz in beispielloser Art und Weise herabgesetzt wird, haben wir die ernste Sorge, daß dadurch die – ohnedies verschiedentlich schon prekäre – Situation der schnellen Verfügbarkeit des Einsatzpersonals gerade während der Arbeitszeit noch weiter verschärft wird. Denn wer sich ehrenamtlich-unentgeltlich für in Not geratene Mitmenschen einsetzt und zudem damit einen elementaren gesetzlichen (hoheitlichen) Auftrag der Kommunen für die Daseinsvorsorge wahrnimmt, möchte dafür im Zweifel nicht auch noch finanziell bestraft werden.“

DFV arbeitet mit RISC zusammen

Vermittelt durch den Deutschen Feuerwehrverband bietet das RISC Feuerwehrtrainingscenter Rotterdam einen speziellen, praxisbezogenen Trainingskurs für Berufs- und Freiwillige Feuerwehren an. Durch eine eng kalkulierte Preisstellung soll hierbei einem breiten Teilnehmerkreis die Möglichkeit gegeben werden, diesen Kurs, der sich über zwei Tage erstreckt, zu absolvieren. Der Sonderpreis, über den DFV vermittelt, beträgt DM 475,- zzgl. MwSt. pro Person einschl. einer Übernachtung in Zwei- oder Mehrbettzimmern. Der Kurspreis setzt eine Teilnehmerzahl von mind. 20, max. 24 Personen pro Kurs voraus.

Eingeschlossen ist die Benutzung der RISC-Einsatzkleidung, Atemschutz, Brennstoffe und Löschmittel, zwei Mittag- und ein Abendessen sowie das Teilnehmerzertifikat.

Kurstermine und Anmeldungen über den Deutschen Feuerwehrverband.

Unfalldaten-speicher UDS

Neue Wege beschreitet der Deutsche Feuerwehrverband mit seinen Kontakten zu kompetenten Industriefirmen. Ziel ist es dabei, den Feuerwehren und Feuerwehrleuten technische und wirtschaftlich sinnvolle Empfehlungen an die Hand zu geben. So hat sich beispielsweise in vielen Fahrzeugen, wie etwa in Einsatzfahrzeugen der Berliner Polizei der Unfalldatenspeicher (UDS) der Firma VDO Kienzle bewährt. Nicht nur lassen sich mit dem UDS zweifelhafte Schuldfragen eindeutig klären und damit viel Zeit, Verfahrenskosten und Ärger einsparen. Erstaunlicherweise ist es dazu auch zu einem beträchtlichen Rückgang an Unfällen und sonstigen Schäden an den Fahrzeugen gekommen, so daß Behördenleiter und Stadtkämmerern hiermit ein gutes Instrument zur Eindämmung der Fuhrparkkosten an die Hand gegeben wird. Aber auch in der Privatnutzung erfüllt der

UDS seinen Zweck. Bei Auffahrunfällen und bei mit ABS ausgestatteten Fahrzeugen gibt es kaum äußere Indizien oder Bremsspuren. Aufzeichnungen mit der Genauigkeit von Sekundenbruchteilen halten einzelne Fahrzeugfunktionen fest und ermöglichen so eine wirklichkeitsgetreue Unfallanalyse.

Der DFV prüft zur Zeit fachlich dieses Gerät. Interessenten, d. h. Leiter von Fuhrparks wie auch Privatpersonen, werden gebeten, sich an die DFV-Bundesgeschäftsstelle zu wenden.

Fachausschuß hat sich konstituiert

Mit der Umorganisation im Ausschusswesen ist es dem Deutschen Feuerwehrverband gelungen, nicht nur die Zahl seiner Arbeitsgremien von bisher 20 auf 14 zu reduzieren, es bahnt sich auch auf vielen Gebieten eine verbandsübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Organisationen an.

Mit der konstituierenden Sitzung des Fachausschusses Gesundheitswesen/Rettungsdienst ist ein Gremium geschaffen worden, das es in seiner personellen Zusammensetzung ermöglicht, zentral auch für andere Organisationen Facharbeit und Koordinationsaufgaben zu leisten. Es ist damit eine beispielhafte Entwicklung eingeleitet worden, die es den vier Organisationen Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren (AGBF), DFV, Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (vfdb) und Werkfeuerwehrverband Deutschland (WFV) erlaubt, in einem Gremium Fachkompetenz zu konzentrieren und abgestimmte Ergebnisse zu erarbeiten. Es wird das Ziel verfolgt, Parallelarbeit und unterschiedliche Meinungen zu vermeiden und der Öffentlichkeit, den Regierungen und anderen Organisationen einen kompetenten Ansprechpartner anzubieten.

Der neue Fachausschuß Gesundheitswesen/Rettungsdienst des Deutschen Feuerwehrverbandes steht unter der bewährten Leitung des Bundesfeuerwehrarztes Prof. Dr. Sefrin, Würzburg.



Aussagekräftige Daten als Voraussetzung für wirksame Reaktion

Angesichts zunehmender Komplexität von Katastrophen und steigender Kosten für Prävention haben internationale und nationale Hilfsorganisationen, Regierungen und Geber erkannt, wie wichtig systematische Daten für die Katastrophenevaluierung und das Katastrophenmanagement sind. Trotz der offensichtlichen Zeitknappheit bei Hilfsmaßnahmen und der Mittelbeschaffung reicht die Erhebung von Daten durch die einzelnen Organisationen auf einer ad-hoc-Basis während einer Krise für eine wirksame Reaktion auf Katastrophen, gutes Management und strategische Planungen erkennbar nicht aus.

Dieses Kapitel des Weltkatastrophenberichts 1996 enthält Daten aus verschiedenen Quellen. Die Parameter, die den Aussagegrad der Informationen in den Tabellen bestimmen, werden nachstehend erläutert.

Das Zentrum für Forschungen zur Epidemiologie von Katastrophen (Centre for Research on the Epidemiology of Disasters - CRED) am Institut für öffentliche Gesundheit der Katholischen Universität Leuven in Belgien hat ein Datenbanksystem für globales Katastrophenmanagement entwickelt, das sich auf die dort vorhandenen Ressourcen (Katastrophendokumentation, Informationsnetzwerk und Computersystem) stützt. Die im Bericht veröffentlichten Tabellen dieses Datenbankteils basieren auf EM-DAT, einer Datenbank zu Katastrophenereignissen, die vom CRED entwickelt und von der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, der Weltgesundheitsorganisation, der Abteilung humanitäre Angelegenheiten der Vereinten Nationen (United Nati-

ons Department for Humanitarian Affairs - UNDHA), dem Amt der Europäischen Gemeinschaft für Humanitäre Hilfe (European Community Humanitarian Office - ECHO) und der Internationalen Dekade für die Reduzierung von Naturkatastrophen finanziell unterstützt wird.

Die Einrichtung von EM-DAT ist jetzt abgeschlossen. Die Datenbank umfaßt 10.500 Datensätze zu Katastrophenereignissen ab dem Jahr 1900 und Menüs für Aktualisierung, Bearbeitung und Abfrage. Die Einträge sind auf eine breite Palette von Anwendungen ausgelegt. Sie werden fortlaufend auf Redundanzen, Unstimmigkeiten und Lücken überprüft.

Die Kriterien für die Aufnahme eines Ereignisses sind zehn Tote und/oder 100 Betroffene und/oder ein Hilfeappell. Bei einander widersprechenden Informationen haben die Regierungen der betroffenen Länder, gefolgt von UNDHA und dem Amerikanischen Amt für Katastrophenhilfe im Ausland (US Office for Foreign Disaster Assistance) Vorrang. Übereinstimmende Informationen von zwei dieser Quellen haben Vorrang vor denjenigen aus der dritten Quelle. Diese Regelung ist nicht gleichbedeutend mit einem Urteil über Qualität oder Wert der Daten. Sie berücksichtigt lediglich den Umstand, daß die meisten Quellen Eigeninteressen haben und daß Zahlen von gesellschaftlichen und politischen Erwägungen beeinflusst sein können.

Trotz Anstrengungen zur Verifizierung, Gegenprüfung und Überprüfung von Daten hängt ihre Aussagekraft von der Qualität des Meldesystems ab. Wenn vor Ort tätige Organisationen sich an ein standardisiertes Meldesystem halten würden, wäre die Erhebung wichtiger Daten aus zahlreichen verschiedenen Quellen wesentlich einfacher

und billiger. Die in den nachstehenden Tabellen präsentierten Daten wurden vom CRED aufgezeichnet. Für Zahlen kann keine Verantwortung übernommen werden; es kann jedoch stets die Quelle angegeben werden.

Daten können zweideutig sein. Das angegebene Datum für den Ausbruch einer Hungersnot beispielsweise ist sowohl notwendig als auch unsinnig – letzteres, weil Hungersnöte nicht an einem einzelnen Tag ausbrechen. In solchen Fällen wurde das Datum verwendet, an dem die zuständige Stelle offiziell einen Notstand ausrief.

Zahlen in der Rubrik „Getötet“ sollten alle offiziell für tot erklärten Personen sowie alle Vermissten und mutmaßlich ums Leben gekommenen Personen umfassen. Häufig werden unmittelbar nach Katastrophen die Vermissten nicht einbezogen, sondern erst nach einer gewissen Zeit hinzugezählt. Ohne internationale Übereinkünfte variieren die Definitionen von Quelle zu Quelle. Aus diesem Grund wird jeder Eintrag zur Klärung überprüft.

Zu den „Verletzten“ zählen Personen, die als unmittelbare Folge von Katastrophen Körperverletzungen, Traumata oder sonstige Krankheiten erleiden, die medizinische Behandlung erfordern. Erste Hilfe und andere Betreuung durch Freiwillige oder medizinisches Personal ist vielfach die häufigste Form der Behandlung am Ort der Katastrophe. Bis jetzt ist noch nicht klargestellt, ob Personen, die diese Leistungen erhalten, zu den „Verletzten“ gezählt werden sollen.

In der Rubrik „Obdachlos“ werden alle Personen aufgeführt, die Soforthilfe bei der Unterbringung benötigen. Diskrepanzen können entstehen, wenn Quellen sich entweder auf Einzelpersonen oder auf Familien beziehen. Die durch-



schnittliche Familiengröße in Katastrophengebieten wird verwendet, um einheitliche Aussagen in bezug auf Einzelpersonen zu erhalten.

Die Definition der Rubrik „Betroffene“ ist außerordentlich schwierig. Die Zahlen müssen auf Schätzungen beruhen, da es sehr viele unterschiedliche Maßstäbe gibt, insbesondere für große Hungersnöte sowie bei den komplexen Katastrophen in der früheren Sowjetunion und in Osteuropa.

Unterschiede bei den Einheiten, in denen gemeldet wird, können zu Problemen führen, beispielsweise bei der Angabe von Schäden in US-Dollar oder örtlicher Währung. Einerseits ist es einfacher, Währungen so zu belassen, wie sie gemeldet werden, und sie nur umzurechnen, wenn ein Ereignis von Interesse ist, andererseits verlangsamt dies die Vergleichs- und Berechnungsmöglichkeiten, die Benutzer von Daten häufig benötigen.

Ferner werden bei der Berechnung von durch Katastrophen verursachten Schäden Inflation und Währungsschwankungen nicht berücksichtigt. Die derzeitigen Schätzungen von Katastrophenschäden sind nicht sonderlich präzise. Die unterschiedlichen Meldesysteme erschweren Schätzungen, ebenso wie mangelnde Standardisierung bei dem, was bei Schätzungen berücksichtigt werden sollte: Eine Schätzung enthält beispielsweise nur die Schäden an Vieh, Ernte und Infrastruktur, bei einer anderen werden auch die finanziellen Folgen des Verlustes von Menschenleben eingerechnet. Nicht immer ist klar, ob Schätzungen sich auf die Kosten der Wiederbeschaffung oder auf die ursprünglichen Anschaffungskosten beziehen. Zahlen von Versicherungen basieren zwar auf einem einheitlichen Verfahren, berücksichtigen jedoch nur die Werte, die versichert wurden. In den meisten Entwicklungsländern ist dies ein Bruchteil der Verluste. Um Programme für Katastrophenvorbeugung und -vorbereitung zu rechtfertigen, bedarf es dringendst eines standardisierten Verfahrens zur Einschätzung der wirtschaftlichen Schäden von Katastrophen.

Zudem ist die Erhebung von Informationen über Katastrophenfolgen mit den gleichen Problemen

konfrontiert, die sich bei jeder Datenerhebung ergeben. Um die Aussagekraft der Daten zu verbessern, muß ein Standardprotokoll für Meldeverfahren eingeführt und von den Hauptakteuren in der Katastrophenhilfe eingehalten werden. Ohne eine solche Vereinbarung werden Daten immer widersprüchlich und unvollständig bleiben.

Kategorien und Definitionen

Naturkatastrophen werden in die folgenden Kategorien unterteilt: Dürre und Hunger, Erdbeben, Überschwemmungen, Stürme (Wirbelstürme, Hurricans, Orkane, Taifune), Erdbeben, Vulkanausbrüche sowie Andere (Epidemien, Hitzewellen, Kältewellen, Lawinen, Nahrungsmittelknappheit, Springfluten).

Andere Katastrophen werden wie folgt unterteilt: Unglücke (Transportunglücke, Einstürze), Störfälle (Chemikalien-, Atom- und Grubenexplosionen, Chemikalien-, Luft- und Ölverschmutzungen) und Feuer (Wald- und Buschfeuer sowie von Menschen verursachte Brandkatastrophen).

Die Welt wird in folgende Regionen unterteilt:

Afrika: Afrika südlich der Sahara und Nordafrika, Amerika: Nord-, Mittel- und Südamerika sowie die Karibik, Asien: West-, Ost-, Süd- und

Südostasien, schließlich Europa: West-, Süd-, Nord- und Osteuropa (einschließlich der Russischen Föderation und der Republiken der früheren Sowjetunion).

Vier unterschiedliche Quellen melden regelmäßig Katastrophendaten an das CRED, und das Register wird täglich aktualisiert. Diese Quellen sind: die UNHCR-Lageberichte, die Lageberichte der Internationalen Föderation, Lloyd's Casualty Week (ein von Lloyd's of London herausgegebenes Bulletin mit Informationen über Wetterereignisse, Erdbeben, Vulkanausbrüche und verschiedene Arten von Unglücken und Unfällen auf der ganzen Welt; die wichtigsten Informationsquellen für das Bulletin sind der Nachrichtendienst Reuters und die Agenten von Lloyd's in den einzelnen Ländern) und einige Seiten im World Wide Web des Internet, die täglich aktualisierte Nachrichten über Katastrophen in bestimmten Regionen enthalten (beispielsweise die Homepage der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation).

Für jedes neue Ereignis werden das Datum, die Art der Katastrophe und das Land eingegeben. Daten zu den Opfern und den wirtschaftlichen Folgen werden beim CRED im ersten Jahr nach einer Katastrophe alle drei Monate aktualisiert, danach jedes weitere Jahr.

(wird fortgesetzt)

DRK-Ärztin berichtet über ihren Einsatz im Taliban-Gebiet

Nach einem dreivierteljährigen Einsatz kehrte Mitte Oktober Dr. Heide Schwandt-Boden aus Afghanistan zurück. In Kandahar, der Provinzhauptstadt im Südwesten von Afghanistan, half sie beim Aufbau des einzigen Krankenhauses weit und breit.

Der Einsatz der deutschen Ärztin aus Oberdollendorf bei Bonn war riskant. Ursprünglich wollten die Taliban dem Rotkreuz-Team die Arbeit nur unter einer Bedingung erlauben, nämlich ohne Frauen. Das Internationale Rote Kreuz blieb aber entschlossen. Entweder werde das ganze Team – Männer und Frauen – akzeptiert oder es reist ab. Das hat gewirkt. Anscheinend wirkte vor allem, daß das Rote Kreuz sich bis dato tadellos verhalten hat und vor allem unparteiisch geblieben war. So kann das Internationale Rote Kreuz seine Arbeit für die Menschen weiter fortsetzen. Frau Dr. Schwandt-Boden hat ihren Einsatz beendet, steht aber dem DRK für weitere Aufgaben zur Verfügung – und das bereits seit 19 Jahren.

Einsatzbesprechung nach „kritischen Einsatzereignissen“



Zahlreiche Einsätze mit hohem Medieninteresse haben eine Diskussion um die Belastung von Rettungsdienstpersonal entfacht. Im Rahmen eines Mediatorenmodells bilden die Malteser Teams für das Critical Incident Stress Management (CISM) aus. Der folgende Beitrag, der in weiten Teilen einen Beitrag von Dr. Thomas Appel-Schumacher wiedergibt, veranschaulicht, was sich hinter diesem Begriff verbirgt.

Die Einsatzkräfte des Rettungsdienstes, der Polizei und der Feuerwehr sind einem Höchstmaß an Streß ausgesetzt. Die Persönlichkeitsstruktur dieser Einsatzkräfte erlaubt ihnen, in Krisensituationen angemessen zu reagieren. Im allgemeinen könnte man diese Gruppe als „Risikobereitschaftsgruppe“ bezeichnen. Menschen, die Belastungen bewußt auf sich nehmen und Krisensituationen kontrollieren können. Andererseits – eben wegen ihrer ungewöhnlichen Persönlichkeitsstruktur – verweigern sie, Hilfe für sich selbst in Anspruch zu nehmen. Viele Helfer glauben, ebenso wie große Teile der Öffentlichkeit,

daß das Rettungsdienstpersonal seinen beruflichen Streß leicht bewältigen kann, weil es eben „ein Teil ihrer Arbeit“ ist. Diese Annahme ist falsch. Es ist eben nicht leicht und keineswegs selbstverständlich, mit diesem Maß an Streß über einen langen Zeitraum zurechtzukommen, ihn zu ertragen und zu bewältigen. Das gilt auch für die erfahrensten Einsatzkräfte.

„Kritische Einsatzereignisse“

Unter „kritischen Einsatzereignissen“ versteht man Einsätze, die eine große emotionale Wirkung auf die Helfer ausüben. Normalerweise kann ein solches Ereignis vom Rettungsdienstpersonal aus eigener Kraft bewältigt werden (Mitchell, 1983). In Situationen, in denen die Helfer überfordert sind, müssen besonders geschulte Betreuungskräfte vor Ort oder nach Einsatzende gezielte Gesprächsmöglichkeiten anbieten.

Vorfälle mit großer emotionaler Wirkung sind Todesfälle von Kolle-

gen während des Einsatzes, schwerwiegende Verletzungen bei Einsatzkräften, Einsätze mit vielen Verletzten, der Selbstmord eines Kollegen, Verletzung oder Tod von Freunden oder Verwandten des Helfers, traumatische Todesfälle bei Kindern oder Katastrophen mit exzessivem Medieninteresse. Werden die Helfer mit solchen Ereignissen konfrontiert, sind sie psychisch und physisch betroffen.

Ziele des Critical Incident Stress Management

Die beruflich bedingte Belastung bis hin zum sogenannten „Ausgebrannt-sein“ (Burn-out) erfordern Taten zu deren Vermeidung. Das „Critical Incident Stress Management“ umfaßt zahlreiche Schritte und Maßnahmen, die negative Auswirkungen, die die Einsatzkräfte als Streß erleben (Mitchell & Everly, 1993), zu lindern:

1. Hilfe für die Einsatzkräfte, die „kritischen Ereignissen“ ausgesetzt waren (= Krisenintervention).

Unfälle mit Verletzten stellen immer eine emotionale Belastung für die Helfer dar.





2. Vorbereitung der Einsatzkräfte auf ein solches „kritisches Ereignis“ (= Prophylaxe)

Critical Incident Stress Debriefing

Ein Verfahren, das Einsatzkräften hilft, das Erlebte und die damit verbundenen Folgen zu verarbeiten, nennt man Critical Incident Stress Debriefing (CISD), anschließend kurz „Debriefing“ (Einsatznachbesprechung) genannt. Zum besseren Verständnis solcher Einsatznachbesprechungen nach „stresverursachenden kritischen Einsatzereignissen“ dient nebenstehende Übersicht.

Ein „Debriefing“ ist eine Gesprächsrunde auf freiwilliger Basis mit Helfern, die ein kritisches Ereignis erlebt haben und es verarbeiten wollen. Die Teilnehmer werden ermutigt, über ihre persönlichen Erfahrungen während des Einsatzes zu berichten. Dabei unterstützen sie das Team, das dieses „Debriefing“ leitet, und erfahrungsgemäß auch die anderen Teilnehmer. Das Debriefing ist ein strukturiertes und organisiertes Gespräch, das definierte Phasen durchläuft. Der Inhalt

Das Mitchell-Modell

Beim Mitchell-Modell handelt es sich um eine spezielle Einsatzbesprechung für den Rettungsdienst, die Polizei und die Feuerwehr nach „kritischen Einsatzereignissen“. Diese besondere Form des Critical Incident Stress Debriefing (CISD), kurz Debriefing genannt, unterscheidet sich bezüglich der Gesprächsstruktur, der Bedürfnisse der Teilnehmer und der Zusammensetzung des Teams von traditionellen Debriefing-Methoden.

Das Critical Incident Stress Debriefing wurde von Jeffrey T. Mitchell und George S. Everly jun. 1993 ausführlich beschrieben. Das Debriefing-Verfahren kann mit Gruppen von vier bis circa 30 Personen durchgeführt werden.

Critical Incident Stress Debriefing

ist:

Diskussion
Ablauf
Unterstützung
Strukturierter Tagungsablauf
Unterweisung

ist nicht:

Therapie
Psychotherapie
Beratung
Psychologische Behandlung

der Diskussion hängt natürlich von den Teilnehmern ab. Das Debriefing hat auch einen „ausbildenden“ Charakter. Die Einsatzkräfte erhalten ein tieferes Verständnis dafür, was ihnen widerfahren ist. Sie sind künftig besser in der Lage, vergleichbare Stressreaktionen selbst zu bewältigen.

Debriefing ist keine medizinische Therapie, keine Psychotherapie oder Beratung und erst recht kein psychologischer Behandlungsvorgang. Ein Debriefing dauert gewöhnlich zwischen zwei und drei Stunden, abhängig von der Art des „belastenden Ereignisses“ und der Gruppengröße. Das eigentliche Gespräch findet 24 bis 72 Stunden nach dem Ereignis statt.

Das Debriefing soll die Stressreaktionen der Teilnehmer mildern. Es versteht sich als präventive Maßnahme, um eine traumatisch bedingte Desorientierung (posttraumatisches Stresssyndrom) mit einem möglichen Fehlverhalten wie Depression, Gewalttätigkeit im familiären Bereich, Medikamenten- oder Drogenmißbrauch und Selbstmord vermeiden zu helfen.

Das Debriefing-Team

Um gute Ergebnisse zu erzielen, ist ein harmonisch zusammenarbeitendes und gut ausgebildetes Team notwendig. Das Debriefing-Team besteht aus vier Personen. Es ist interdisziplinär und setzt sich aus einem qualifizierten Psychotherapeuten als Gruppenleiter, einem weiteren Leiter, der Psychotherapeut, Seelsorger oder ein geeigneter Rettungsdienstmitarbeiter ist, und einem älteren und einem jüngeren Kollegen aus dem Dienstbereich zusammen. Voraussetzung für eine Mitarbeit ist je nach Einsatzart eine

langjährige Erfahrung im Rettungsdienst, bei der Feuerwehr oder bei der Polizei. Alle Gruppenmitglieder müssen eine spezielle Ausbildung und Erfahrung im Debriefing-Training haben.

Bedingungen für das Debriefing

Während des Debriefings sollen keine Vorgesetzten anwesend sein, damit die Teilnehmer vollkommen offen sprechen können. Jede Art der Dokumentation ist verboten. Das Debriefing-Team und die Teilnehmer verpflichten sich, über den Gesprächsinhalt absolutes Stillschweigen zu bewahren. Gespräche über organisatorische und taktische Probleme sowie über die Qualität der Einsatzführung sind nicht Gegenstand des Debriefings. Das Debriefing darf nicht durch Telefon, Meldeempfänger oder Dritte gestört werden.

Die Debriefing-Methode

In den USA zählt sie zu den anerkanntesten Methoden der Stressbewältigung: das Critical Incident Stress Debriefing. Kritische Einsatzereignisse werden besprochen, um sie sowohl kognitiv als auch emotional faßbar zu machen. Einmal erlernt, soll das Verfahren auch in zukünftigen kritischen Situationen helfen, mit ihnen bewußt umzugehen, sie zu bewältigen.

(wird fortgesetzt)

*Dr. Thomas Appel-Schumacher
Direktor
des Family Support Center
United States Air Force, Ramstein*

*Roman Lovenfosse
Referat Rettungsdienst
im Generalsekretariat MHD*

Oberspreewald-Lausitz: Fünf Jahre Regieeinheiten



Am 7. September 1996 begingen die Regieeinheiten des Katastrophenschutzes des Landkreises Oberspreewald-Lausitz ihr fünfjähriges Bestehen. ARKAT-Bundesvorsitzender Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, der Landrat des Oberspreewald-Lausitz-Kreises, Holger Bartsch, 1. Beigeordneter Bernd Leubner sowie Vertreter von Bundeswehr, Feuerwehr, Polizei, THW und Hilfsorganisationen überzeugten sich im Rahmen der Veranstaltung vom erreichten Ausbildungsstand und Einsatzwert der Einheiten.

Nach der Begrüßung der Gäste durch den Landesvorsitzenden der ARKAT Brandenburg, Reinhard Wolf, in der Katastrophenschutztechnischen Zentrale Altdöbern zeigte Landrat Bartsch in seiner Ansprache einige Meilensteine in der Entwicklung des Standortes auf.

So war nach Abstimmung mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg 1991 mit der Umbildung der verbliebenen Zivilschutzeinheiten begonnen worden. In Regie des Landkreises wurde eine Fernmelde-, Dekontaminations-, Instandsetzungs- und eine Verpflegungsgruppe neu aufgestellt. Noch vorhandene Einsatzfahrzeuge und Technik der ehemaligen Zivilverteidigung der DDR befanden sich in einem sehr guten technischen Zustand, so daß diese übernommen und den einzelnen Einsatzgruppen zugeordnet werden konnten. Das Land Brandenburg stellte finanzielle Mittel bereit, um alle Fahrzeuge in den Katastrophenschutz des Landkreises integrieren zu können.

Im September 1991 verpflichteten sich dann die ersten freiwilligen Katastrophenschutz Helfer für eine Mitarbeit in den Einheiten des Katastrophenschutzes des Landkreises. Derzeit wirken in den Regieeinheiten des Landkreises 46 Führungskräfte und Helfer, davon 34 gemäß § 13a Abs. 2 Wehrpflichtgesetz verpflichtete Freiwillige mit.

Mit der Verpflichtung von Helfern nach § 8 Abs. 2 KatSG zum Dienst im

Katastrophenschutz entstand eine neue Herausforderung für den Landkreis. Die Jugendlichen im Alter von 20 Jahren waren für diesen bürgerschaftlichen Dienst zu motivieren und die Ausbildung zu organisieren.

Mit dem in den letzten fünf Jahren geschaffenen Fundament, vor allem im Bereich der Logistik, des Fernmeldedienstes und im ABC-Dienst, hat sich eine Katastrophenschutzeinheit gebildet, die ihre Aufgaben jederzeit erfüllen kann.

So hat sich der Landkreis aufgrund der im letzten Jahr entstandenen Hochwasserlagen im Bereich der Schwarzen Elster entschlossen, für die Einheiten der Katastrophenschutzbereiche ein neues Fahrzeug für Transporte von Material und zur Heranführung der Einsatzkräfte bereitzustellen. Anlässlich der Veranstaltung zum fünfjährigen Bestehen der kommunalen Regieeinheit erfolgte die Übergabe des neuen Fahrzeugs durch den Landrat an die Regieeinheit.

Auf der Grundlage des am 26. September 1996 durch den Landtag des Landes Brandenburg beschlossenen Katastrophenschutzgesetzes kann nun der weitere Aufbau des Katastrophenschutzes in Brandenburg fortgesetzt werden.

ARKAT-Bundesvorsitzender Kühn hob in seiner Ansprache hervor, daß das Land Brandenburg mit zahlreichen innovativen Ansätzen und einem integrativen Konzept Maßstäbe für die mittelfristige Entwicklung des Landeskatastrophenschutzes gesetzt habe. Während andere Bundesländer die Kostentragungspflicht für den Katastrophenschutz zunehmend auf die Kommunalhaushalte der Kreisebene verlagert hätten, liege Brandenburg 1994 mit einer Förderung von 1,18 Mio. DM je 1 Mio. Einwohner im Vergleich zu allen anderen Bundesländern vorn.

Die Regieeinheiten als Einheiten und Einrichtungen der für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden stünden im Rahmen der Neu-

ordnung des Zivilschutzes nicht mehr zur Disposition, sagte Kühn.

Der Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung des Zivilschutzes, der am 27. Juni 1996 vom Deutschen Bundestag in 1. Lesung beraten wurde, verpflichtete die Einheiten und Einrichtungen der Kreise und kreisfreien Städte (Regieeinheiten) zur Mitwirkung bei der Erfüllung der Aufgaben nach diesem Gesetz.

Es sei erfreulich, daß der Bund für diese Einheiten und Einrichtungen auch kein Subsidiaritätsprinzip mehr vorsehe, wie es nach dem bisherigen Katastrophenschutzgesetz bestanden habe. Regieeinheiten seien deshalb künftig auch nicht mehr eine „nachrangige“ Organisationsform. Die Katastrophenschutzbehörden könnten daher für Fachaufgaben, die sie in eigener Trägerschaft wahrnehmen wollen, jederzeit eigene Einheiten aufstellen.

Die ARKAT-Brandenburg, die eine der wesentlichen Keimzellen in Altdöbern habe, wirke unter Federführung des Deutschen Feuerwehrverbandes an der Neukonzeption des Aufgabenbereiches ABC-Schutz mit.

Nach Auffassung der ARKAT biete die nunmehr von allen Beteiligten auch in diesem Bereich angestrebte modulare Aufbauorganisation für den Katastrophenschutz gute Möglichkeiten für eine aufgabenspezifische Integration auch von Komponenten unterschiedlicher Trägerschaft. Insofern würde Kühn es sehr begrüßen, wenn sich unter Federführung des Deutschen Feuerwehrverbandes für den gesamten ABC-Bereich in allen seinen Funktionen, Zuständigkeiten und Aufgabefeldern ein durchgängiges modulares Konzept auf der Grundlage sich ergänzender Trägerschaftsformen erreichen ließe.

Gerade ABC-Module müßten meist in Verbindung mit anderen Aufgabenträgern im Katastrophenschutz eingesetzt werden können. ABC-Aufgaben seien deshalb Querschnittsaufgaben, die in einer allei-



nigen Zuständigkeit oder Träger-schaft wohl kaum erfüllt werden könnten.

Kühn empfahl dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz, die hier verfügbaren Fachkompetenzen und engagierten Regiehelfer sowohl im ABC-Schutz als auch in der organisationsübergreifenden Führung, Kommunikation und Logistik zu nutzen und weiter entwickeln zu helfen.

Das Erweitern der modularen Funktionalität im Katastrophenschutz und die Konzentration der bisherigen Fachaufgaben auf personell erheblich reduzierte Einsatzkomponenten verlange, daß diese technisch, organisatorisch und logistisch aufeinander abgestimmt in eine einheitliche organisations- und fachübergreifende Systematik eingebunden blieben.

Der künftige Verzicht des Bundes auf eine bundeseinheitliche Struktur hinsichtlich Führung, Kommunikation und Logistik werde von allen Hilfeleistungsorganisationen und einschlägigen Fachverbänden beklagt, führte der Bundesvorsitzende aus.

Die Hilfsorganisationen und Verbände im Zivil- und Katastrophenschutz hätten in einer gemeinsam erarbeiteten Stellungnahme in diesem und weiteren Punkten in Form von Vorschlägen, Anregungen und Fragen konkreten Änderungsbedarf reklamiert.

Insbesondere die ersatzlose Streichung des bisherigen § 7 b werde von der ARKAT abgelehnt, weil damit zugleich auch der Anspruch auf Anhörung, den § 7 b Abs. 2 KatSG bisher enthielte, ebenfalls entfallen würde.

Es spreche jedenfalls nicht für die Qualität der Gesetzgebung, wenn wichtige Positionsbestimmungen des 1990 erst vom Parlament verabschiedeten KatSG jetzt einfach über Bord geworfen würden. Seinerzeit habe der Bund die Regelungen zur Mitwirkung der humanitären Organisationen an vorderster Stelle genannt. Hierin hieß es u. a.: „Die Mitwirkung der humanitären Organisationen im erweiterten Katastrophenschutz wird umfassend gesetzlich geregelt. Die Organisationen erhalten ein Anhörungsrecht bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen, die die Organisationen unmittelbar betreffen. Es wird ein Beirat gebildet, der den BMI in Fragen des

erweiterten Katastrophenschutzes beraten sollte.“

Das Katastrophenschutzgesetz 1990 habe die Hilfeleistungsorganisationen damit nicht nur als Zulieferer von Helfern im Katastrophenfall, sondern als Partner in die Vorbereitung von gesetzlichen Regelungen einbezogen. Demgegenüber wären die jetzt vorgeschlagenen Regelungen ein Rückschritt. Die institutionelle Mitwirkung der Organisationen und der ARKAT als Dachverband der Helferinnen und Helfer in den Einheiten der Katastrophenschutzbehörden (Regieeinheiten und -einrichtungen) auf Bundesebene sei für diese von grundlegender Bedeutung und Prüfstein für die Zustimmung zu diesem Gesetz.

Auch der Bundesrat und weitere an der Gestaltung der Aufgabe Katastrophenschutz beteiligte Gesellschaften und Verbände hätten inzwischen ihre Sorge und Zweifel an den Neu- bzw. Nichtregelungen des Bundes artikuliert. So habe das Fehlen eines klaren gemeinsamen Konzeptes von Bund und Ländern in vielen Bereichen inzwischen bereits deutliche Schutzdefizite ergeben.

Selbst ein ausreichender Selbstschutz, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Katastrophenschutz-helfer, sei in einigen Bereichen nicht mehr gegeben und belaste die Personalgewinnung eines auf die Ehrenamtlichkeit verfaßten Schutzsystems in zunehmendem Maße.

Gravierende Lücken in der Notfallvorsorge, z. B. auch in der Arzneimittel- und Sanitätsmaterialbevorratung, wie sie am 31.8.1996 anlässlich der 8. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin in Berlin festgestellt worden seien, gäben Anlaß zu größter Sorge um den künftigen Schutz für unsere Bevölkerung.

Situationen der äußeren Bedrohung, für die der Bund gemäß Art. 73 Abs. 1 GG allein die Verantwortung trage, seien inzwischen ja nicht mehr auf nur militärische Konfrontationen beschränkt. Vielmehr könnten zunehmende Gefährdungen z. B. durch terroristische Anschläge und Großschadensereignisse in Industrie und Verkehr sowie Naturkatastrophen, die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland selbst dann jederzeit unerwartet treffen, wenn diese Schadensereignisse

nicht einmal in Deutschland, sondern im benachbarten Ausland entstanden seien.

Es sei deshalb auch verfassungsrechtlich bedenklich, wenn die Bundesregierung in dem neuen Gesetz ihre Koordinationspflicht und die Verantwortung für einen angemessenen und bundesweit einheitlichen Schutz, auf den jeder Bundesbürger einen Rechtsanspruch hat, fast vollständig auf Länder und Kommunen delegiere.

Inzwischen habe auch eine vom Zwischen IDNDR-Komitee für Katastrophenvorbeugung e. V. in Auftrag gegebenen Studie über „Defizite der Katastrophenvorsorge in Industriegesellschaften am Beispiel Deutschlands – Untersuchungen und Empfehlungen zu methodischen und inhaltlichen Grundsatzfragen“ ergeben, daß in der Katastrophenvorsorge in Deutschland erhebliche Mängel bestünden:

- Beklagt würde hierin u.a.
- eine unzureichende Erfassung der sich aus der wachsenden Komplexität der Industriegesellschaft ergebenden Bedrohungen und mangelnde Anpassung der Katastrophenvorsorge an diese Risiken,
- das Fehlen eines integrativen Konzeptes, das die verschiedenen Vorsorgekomponenten wie z. B. Katastrophenschutz, Versicherungswesen und Selbstschutz der Bevölkerung in komplementärer Weise aufeinander abstimmt,
- eine mangelnde regionale Kooperation auf Bundes-, Länder- und Kreisebene,
- eine unzureichende Bewußtseinsbildung für die Notwendigkeit einer Katastrophenvorsorge, sowie
- eine unzureichende Erfassung der für ein effizientes Katastrophenmanagement erforderlichen Daten.

**Einheitsführertagung der
Regieeinheiten in
Nordrhein-Westfalen 1997**

Kontaktadresse:
Thomas Spilker
Kohlbergstraße 15
45326 Essen
Telefon 02 01 / 8 32 50 11
Telefax 02 01 / 8 32 50 12



Schleswig-Holstein



Jahresübung des THW

Neustadt i.H. Zu einer verlagerten Standortausbildung führen 23 THW-Helfer und drei Junghelfer an einem Freitag Richtung Büchen (Kreis Herzogtum Lauenburg) ab. Auf dem Gelände des Bundesgrenzschutzes begannen sie mit dem Zeltaufbau. Und schon erwartete die Gruppe der Grundausbildung die erste Aufgabe, denn der Lagerplatz mußte ausgeleuchtet werden. Diese Aufgabe bewältigten die Helfer ohne große Schwierigkeiten.

Mit dem Samstag war nun ein arbeitsreicher Tag für die Helfer angebrochen. Am Vormittag sollte das Retten eines „Verletzten“ aus vier Meter Höhe geübt werden. Mit Trage, mehreren Leitern, Binde- und Halteleinen gelang es, den „verletzten“ Junghelfer gut gesichert zum Erdboden zu transportieren.

Damit war ein Teil der Ausbildung erfolgreich abgeschlossen, doch es stand noch einiges mehr auf dem Dienstplan. Bei der nächsten Übungseinheit wurde der Umgang mit dem Rollgloss gelehrt. Anschließend befaßten sich die Helfer noch mit dem Bau eines Leiterkrans und der Technik des Greifzuges.

Die zweite Tageshälfte stand ganz im Zeichen der Ölwehr. Dabei kam der MOB-Matic-Ölwringer im Seitenarm des Elbe-Lübeck-Kanals zum Einsatz. Mit dem THW-Boot wurden

Ölsperren ausgelegt. Bei der angeblichen Ölverschmutzung kam das Öl durch einen kleinen Bach in den Seitenarm. Dieser Bach wurde gestaut, damit das Öl nicht weiter das größere Gewässer verschmutzen konnte. Auch dieser Teil der Übung wurde mit Erfolg abgeschlossen. So konnte Ortsbeauftragter R. Arnold mit der Leistung seiner Helfer zufrieden sein.

Das Wochenende wurde abschließend sehr positiv bewertet, denn die Helfer haben so viel Erfahrungen sammeln können. A. D.

Bremen



„Großer Bahnhof“ in Bremen

Bremen/Hannover. Nach 31 Jahren beim THW wurde der Landesbeauftragte für Bremen, Ing. Günther Hildebrandt, in den Ruhestand verabschiedet. Die Unterkunft Bremen-Ost (ehemals Bremen-Schwachhausen) bildete den Rahmen für die Verabschiedung und die Amtseinführung von Dipl.-Ing. Eckhard Leiser. Bei gleicher Gelegenheit sollte auch die Länderverbandsgründung Bremen-Niedersachsen vollzogen werden.

Prominentester von rund 100 Gästen aus Politik, Verwaltung, Behörden, Firmen und Verbänden, die Dipl.-Ing. Thomas Janke, ehemaliger Stellv. Landesbeauftragter für Bremen, begrüßen durfte, war

Innensenator Ralf Borttscheller. Dieser hielt nach der Verabschiedung von Günther Hildebrandt und der Amtseinführung von Eckhard Leiser durch THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel die Festansprache. Hierbei bezeichnete er die Fusion von Bremen und Niedersachsen zu einem Länderverband als richtungsweisenden und vernünftigen, der veränderten sicherheitspolitischen Lage angepaßten Schritt.

Auch Leitender Ministerialrat Manfred Gallwitz vom Niedersächsischen Innenministerium sah die Fusion als Beginn einer neuen Gemeinsamkeit und als „Chance der Bereicherung“. Regierungsdirektor Bernd Zander, der die Grüße von Bundesinnenminister Manfred Kanther überbrachte, unterstrich die Notwendigkeit, staatliche Strukturen zu verschlanken, legte aber ein ausdrückliches Bekenntnis zum ehrenamtlichen Engagement ab, das auch „zukünftig zu stärken und zu stützen“ sei.

Nach den Grußworten weiterer Gäste von Bundeswehr und THW blieb es Günther Hildebrandt vorbehalten, Worte des Dankes an seine ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter zu richten. Seine Bereitschaft, zu diesem Zeitpunkt in den Ruhestand zu treten, hatte die Fusion ermöglicht.

Der neue Landesbeauftragte Leiser versprach, die Fusion behutsam und partnerschaftlich zu betreiben. Vor allem werde man durch das wechselseitig verfügbare Potential an Einheiten und Geräten schlagkräftiger, zumal die Natur und die Bedrohungslage sich ohnehin nicht an Landesgrenzen halte. Der neue Länderverband Bremen-Niedersachsen werde schon bald gelebter Alltag sein. R. B.

Bayern



Regionale Grundausbildung

Ingolstadt. Als voller Erfolg erwies sich die in diesem Jahr zum ersten Mal durchgeführte Grundausbildung auf regionaler Ebene. 36 Helferanwälter aus vier Ortsverbänden stellten sich in Eichstätt den Prüfern. Innerhalb von vier Monaten



Bei der verlagerten Standortausbildung heißt es, praktische Erfahrungen sammeln.



waren die jungen Helferwärter aus den Ortsverbänden Eichstätt, Ingolstadt, Neuburg und Pfaffenhofen auf die Abschlußprüfung vorbereitet worden.

Alle zwei Wochen stand ein anderes Ausbildungsthema auf dem Stundenplan. Die Ausbildungstreffen fanden reihum in den Unterkünften der beteiligten Ortsverbände statt. Die Ausbilder vor Ort waren für die Organisation und Durchführung der Ausbildungsveranstaltung verantwortlich. Es war ein umfangreiches Programm, das die Ausbilder Lehn (Neuburg), Kirschner (Eichstätt), Eisele und Kaiser (beide Pfaffenhofen) und Mnich (Ingolstadt) mit ihren Schützlingen zu absolvieren hatten.

Mit der Organisation und Durchführung der Abschlußprüfung wurde der OV Eichstätt betraut. Die Prüfer, die aus verschiedenen Ortsverbänden im GFB Ingolstadt stammten, hatten zusammen mit acht Helfern aus Eichstätt auf dem Gelände der Eichstätter Unterkunft sechs Prüfungsstationen aufgebaut.

In kleinen Gruppen von maximal drei Helfern galt es zunächst, einen Fragebogen zu beantworten. Danach wurde die Prüfung an den einzelnen Stationen durchgeführt. Unter den

kritischen Augen der Prüfer hieß es nun, Sandsäcke zu füllen und einen Schutzdamm zu errichten, mit Hilfe der Hydropresse mußte eine schwere Last angehoben und unterlegt werden, am Übungsturm mußte der richtige Umgang mit Leitern unter Beweis gestellt werden. Auch Kartenkunde und der Umgang mit Stichen und Bunden wurde ebenso wie die Holzbearbeitung geprüft.

Am Schluß waren 36 Helferwärter zu Helfern des Technischen Hilfswerk geworden. Die Ergebnisse der Prüfung waren äußerst zufriedenstellend. Sichtlich erleichtert zeigten sich auch die Ausbilder.

Da das Modell Erfolg gezeigt hat, überlegt man im Geschäftsbereich Ingolstadt bereits, wie die nächste Grundausbildung aussehen könnte. Die Abschlußprüfung hat gezeigt, daß es sich lohnt, neue Schritte zu wagen. A. F.

Viel Arbeit für Eichstätter THW

Eichstätt. Daß man im Sommer auch ohne Sonne ins Schwitzen geraten kann, stellten die THW-Helfer in Eichstätt im vergangenen Sommer fest. Über mangelnde Arbeit konnte sich der Ortsverband unter

der Leitung von Ortsbeauftragten Johann Strobl und Zugführer Willi Kammerbauer nicht beklagen. Zahlreiche „Sonderdienste“ ergänzten das normale Ausbildungsprogramm.

Zum Dienstag zählt mittlerweile schon der Autobahndienst, den die Helfer des OV Eichstätt auch in diesem Jahr wieder ableiteten. An insgesamt neun Wochenenden waren sie mit ihren Fahrzeugen auf den Autobahnen im Einsatz. Ihre Aufgaben reichten dabei von der Stauabsicherung bis hin zur technischen Hilfeleistung an liegengelassenen Fahrzeugen.

Ebenfalls aus dem Rahmen des „normalen“ Ausbildungsalltags fiel die verlagerte Standortausbildung. In diesem Jahr fand die zwei Tage dauernde Übung am Wasserübungsplatz der Bundeswehr an der Donau in Ingolstadt statt. Mit insgesamt sechs Fahrzeugen hatte sich die etwa 50köpfige Helferschar auf den Weg nach Ingolstadt gemacht. Hier begannen die einzelnen Gruppen mit eigenständigen Übungen im Gelände. Da zu den Aufgaben des THW auch der Bau von Behelfsbrücken zählt, fertigten die Helfer einen Tonnensteg an. Für die Jugendgruppe galt es, einen „Verletzten“ in schwer zugänglichem Gelände zu suchen.

Nur wenige Tage später wurden die Helfer des THW erneut gefordert. Im Rahmen der „Radltour“ des Bayerischen Rundfunks übernahmen sie verschiedene Aufgaben. Noch lange bevor die ersten Radfahrer Eichstätt erreichten, lieferte ein THW-Konvoi von sechs Fahrzeugen deren Gepäck und über 1000 Matratzen an. Die Helfer luden das Gepäck ab und übernahmen die Herrichtung des Nachlagers für die „Radltour“-Teilnehmer.

Auch am Residenzplatz waren THW-Helfer in Aktion. Es wurden Absperrungen aufgebaut und eine Lichtgiraffe zur Ausleuchtung des Platzes in Position gebracht. Bis weit nach Mitternacht blieben die Helfer im Einsatz.

Insgesamt waren an den beiden Tagen etwa 50 THW-Helfer im Einsatz, die Hilfe leisteten und neben den Organisatoren, der Polizei, den Sanitätshelfern und vielen anderen für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung sorgten.

A. F.

Bei Arbeiten mit dem Trennschleifer steht die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften im Vordergrund.



Die Herstellung von Holzverbindungen erfordert Genauigkeit.

(Fotos: Franzetti)



Der Warndienst unterstützt Kooperationsbemühungen der NATO



Die Sicherheitslage in Mitteleuropa hat sich in den letzten Jahren wesentlich verändert. Das Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes wird daraus für seinen Bereich die Konsequenzen ziehen. Es soll klare zeitgemäße Verhältnisse schaffen. Das Zivilschutzrecht, welches bisher in drei Gesetzen geregelt war, soll in einem Gesetz zusammengefaßt werden. Noch befindet sich das Gesetz im Gesetzgebungsverfahren. Der Entwurf liegt dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages zur Beratung vor.

Unter den Organisationen zur Gefahrenerfassung und Warnung der Bevölkerung innerhalb der NATO wurde zwischenzeitlich die Zusammenarbeit erweitert und wesentlich intensiviert. Im Rahmen des NATO-Programms Partnerschaft für den Frieden nehmen seit 1995 zunehmend osteuropäische Staaten an Übungen und Besprechungen auch des bundeseigenen Warndienstes teil. Mit ungarischen Strahlenschutzfachleuten und Warndienstexperten sowie Führungskräften des Zivilschutzes führten deutsche Sachverständige vom 26. bis 28. September 1996 in Budapest erstmals eine Einweisung in Fragen der NATO-seitigen Zusammenarbeit bei Warndienstübungen durch.

Weitere Unterstützung wird für osteuropäische Fachleute in einem dänisch-deutschen Ausbildungsvorhaben mit dem Namen Baltic Endeavour im Zusammenhang mit der nationalen Warndienstübung NATEX '96 vom Warnamt I in Hohenwestedt sowie durch das dänische Regional-Kommando in Kolding angeboten. Die Teilnehmer werden aktiv in das Übung-Szenario eingebunden.

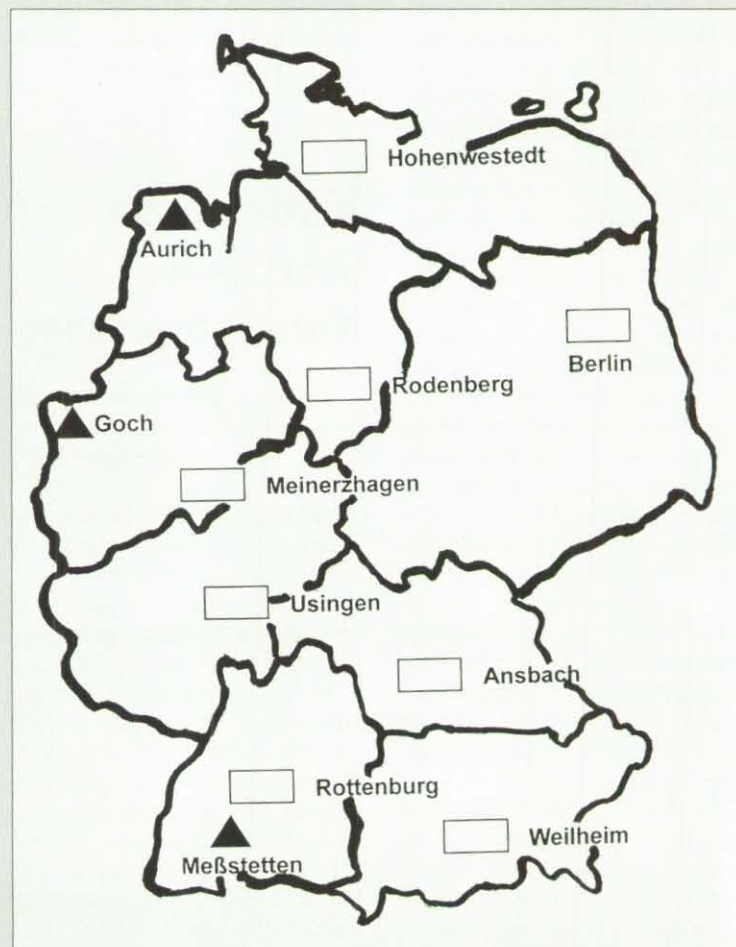
Zuvor werden sie in Verfahren des internationalen Informationsaustausches eingewiesen, wie sie NATO-weit zum Schutz der Bürger angewendet werden, wenn der

Bevölkerung durch den Einsatz militärischer Waffen Gefahren drohen würden.

Die Bearbeitung von radiologischen Gefahrenlagen einschließlich der praktischen Durchführung der jeweils erforderlichen Fernmeldebetriebsarten sind bei NATEX '96 vorrangige Übungsziele der künftig aufzulösenden und in Meßknoten des Bundesamtes für Strahlenschutz umzuwandelnden bisherigen Warnämter des bundeseigenen Warndienstes. Die Warndienstverbindungsstellen in Aurich, Kalkar und Meßstetten überwachen während der

Übung den Luftraum. Um Flugzeuge und Flugkörper zu erfassen, nutzen sie das engmaschige Luftraumüberwachungssystem der NATO-Luftverteidigung. Dabei handelt es sich um ein Datenverbundsystem, das aus bodengestützten, mobilen und fliegenden Radarsensoren besteht. Es erfaßt großräumig alle Flugbewegungen im Luftraum. Beteiligt sind hauptamtliche Warndienstexperten und freiwillige Helfer.

Der Warndienst unterstützt so die internationale Zusammenarbeit auf NATO-Ebene auch zum Schutze der Bürger unseres Landes.



Lage der Warnämter (□) und der WD-Verbindungsstellen (▲).

„Lebenswichtigen Verkehr“ in Krisen sichern

Dem Zweck, die Bevölkerung auch bei „einer Naturkatastrophe, bei einem besonders schweren Unglücksfall oder einer wirtschaftlichen Krisenlage“ mit „lebenswichtigen Verkehrsleistungen“ zu versorgen, soll ein Verkehrsvorsorgegesetz dienen. Der Verkehrsausschuß unterstützte am 19. Juni die Gesetzesinitiative der Bundesregierung mit den Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. in geänderter Fassung.

So wurde beispielsweise die zitierte Formulierung festgelegt, um präziser als zuvor die Zielsetzung des Gesetzes zu beschreiben. Der Verkehrsausschuß schloß sich mit seinen Änderungsvorschlägen weitgehend Empfehlungen des mitberatenden Innen- und des Rechtsausschusses an.

Das Verkehrsvorsorgegesetz regelt die Einsatzunterstützung der Streitkräfte mit Verkehrsleistungen für den Fall, daß der Bedarf auf andere Weise nicht, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand gedeckt werden kann. Seine Normen sollen gleichzeitig für internationale Verpflichtungen gelten.

Proteste der Opposition gegen das Gesetz wies die Koalition mit dem Hinweis zurück, es handle sich bei der Vorlage keineswegs um ein „Novum“. Das Verkehrsvorsorgegesetz folge vielmehr dem Muster ähnlicher Regelungen im Energie-, Ernährungs-, Post- und Telekommunikationsbereich. Rechtlich werde lediglich eine Lücke geschlossen. Die F.D.P.-Fraktion betonte in diesem Zusammenhang, der Vorwurf der Minderheit, das Gesetz schneide unzulässig tief ins Rechtsgefüge ein, verliere schon dadurch an Überzeugungskraft, daß die Verkehrsverbände dem Regelungskatalog zugestimmt hätten.

Mit dem Gesetzentwurf sollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Unternehmen aus allen Bereichen des Verkehrs in einer Krisenlage zu Transportleistungen verpflichtet werden können. Das Verkehrssicherstellungsgesetz aus den 60er Jahren ist

nach Angaben der Bundesregierung lediglich auf den Verteidigungsfall ausgerichtet. Andere Notsituationen blieben unregelt.

Die Regierung hält die rechtliche Absicherung von Zwangsmaßnahmen für nötig, weil sie bezweifelt, daß im Krisenfall größere Transportkapazitäten an einem bestimmten Ort im erforderlichen Umfang vom Markt zur Verfügung gestellt werden könnten. Per Gesetz soll deshalb geregelt werden, welche Ermächtigungen die Bundesregierung in solchen Lagen per Rechtsverordnung erlassen kann, um etwa Verkehrsleistungen anzufordern oder Meldepflichten festzulegen.

Bündnis 90/Die Grünen lehnen solche Eingriffe in die Eigentumsrechte ab. Sie kritisierten im Verkehrsausschuß, der Begriff des Krisenfalls sei „nebulös“ definiert. Einen Beleg, daß ein derart einschneidendes Gesetz tatsächlich nötig ist, sei die Bundesregierung schuldig geblieben. Auf besondere Kritik stieß bei der Oppositionsfraktion zudem, daß das Parlament bei der Entscheidung, wann es sich um eine besondere Krisenlage handelt, nicht beteiligt werden müsse.

Vereinbarung über zivile Notstandsplanung

Anlässlich des Moskaubesuchs von NATO-Generalsekretär Javier Solana wurde zwischen der NATO und dem russischen Ministerium für Zivilverteidigung, Notfälle und die Beseitigung von Schäden aufgrund von Naturkatastrophen eine Vereinbarung über zivile Notstandsplanung und Katastrophenschutz unterzeichnet.

In dieser Vereinbarung wird die Verpflichtung der Russischen Föderation festgehalten, mit den NATO-Mitgliedsstaaten eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes aufzubauen. Zudem hebt die Vereinbarung hervor, daß sich sowohl die NATO als auch die Russische Föderation im Fall einer Naturkatastrophe oder einer von Menschen verursachten Katastrophe (einschließlich grenzüberschreiten-

der Folgen eines technischen Störfalls) nachdrücklich für den Schutz der Bevölkerung einsetzen.

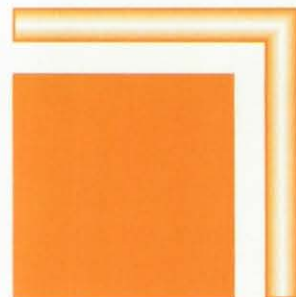
Darüber hinaus ist vorgesehen, daß die enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Russischen Föderation mit dem Ziel, die internationalen Mechanismen der Katastrophenhilfe zu verbessern, fortgeführt wird. In diesem Zusammenhang kamen das zuständige russische Ministerium und die NATO überein, ihre Bemühungen zur Unterstützung der Resolution 46/182 der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu verstärken und insbesondere weiterhin das Projekt „Einsatz von Mitteln der militärischen und zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe“ der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für humanitäre Angelegenheiten aktiv zu unterstützen. In diesem Bereich setzen die NATO und das zuständige russische Ministerium ihre aktive militärische und zivile Zusammenarbeit im Rahmen verschiedener Katastrophenhilfeübungen fort, die im Zusammenhang mit der Partnerschaft für den Frieden und unter der Ägide der Vereinten Nationen durchgeführt werden.

Auf der Grundlage der Arbeit des NATO-Ausschusses für Zivilschutz und der NATO-Richtlinien für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe in Friedenszeiten sowie unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Aktivitäten der Russischen Föderation haben die NATO und das zuständige russische Ministerium vereinbart,

- die Unterstützung für die praktische Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfe auf den Gebieten Katastrophenschutz, Warn- und Meßsysteme sowie Bekämpfung der Folgen zu beschleunigen, wobei der Schwerpunkt auf der vorbeugenden Planung liegen soll;

- wie im Arbeitsprogramm der PfP und im Individuellen Partnerschaftsprogramm der Russischen Föderation vorgesehen, weiterhin Seminare, Arbeitstagen und Übungen zu unterstützen und an ihnen teilzunehmen, um die Fähigkeit zu Einsätzen auf den Gebieten Such- und Rettungsmaßnahmen sowie humanitäre Operationen auszubauen;

- bei der Erarbeitung von Regelungen zur Beschleunigung und Erleichterung der internationalen



Katastrophenhilfe zusammenarbeiten.

Schließlich wurde vereinbart, 1997 in der Russischen Föderation eine Tagung des NATO-Oberausschusses für zivile Notstandsplanung (SCEPC - Senior Civil Emergency Planning Committee) mit allen Kooperationspartnern zu veranstalten, um so auch in Zukunft das beiderseitige Bekenntnis zur Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Notstandsplanung, einschließlich des Katastrophenschutzes sowie der Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen, zu fördern und die Bedeutung dieses Themas zu unterstreichen. Auf dieser Tagung des SCEPC, der ersten, die in einem Partnerstaat stattfindet, werden sich die nationalen Leiter der Einrichtungen für die zivile Notstandsplanung in den NATO-Staaten und ihren Partnerländern auf praktische, konkrete Maßnahmen für die weitere Zusammenarbeit konzentrieren.

(NATO-Brief)

Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes übergab am 13. September 1996 der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Helmut Schuch, 16 nicht mehr benötigte Einsatzfahrzeuge des erweiterten Katastrophenschutzes sowie diverse Ausstattungsteile an den Botschafter der Mongolei, Luvsanjamtsin Udval. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt damit die Mongolei beim Aufbau eines effektiven Zivil- und Katastrophenschutzes.

„THW unverzichtbar“

Als wichtigen Teil des Zivil- und Katastrophenschutzes in Bayern und somit unverzichtbar für die Sicherheit der Bevölkerung bezeichnete Baustaatssekretär Alfred Sauter das Technische Hilfswerk bei der Mitgliederhauptversammlung des THW-Fördervereins Günzburg. Einsatzbereiche des THW seien beispielsweise die Gefahrenabwehr auf den Bundeswasserstraßen, die Ölwehr auf Chiemsee, Bodensee und anderen Gewässern, der Einsatz bei Schneefeldsprengungen oder der Bereitschaftsdienst auf Autobahnen. Sauter betonte, daß es nach der im letzten Jahr begonnenen Neuordnung des THW jetzt gelte, die Neuorganisation reibungslos umzusetzen. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin,

daß es vor allem der Bayerischen Staatsregierung zu verdanken sei, daß manche Reduzierungen beim THW in Bayern erheblich moderater ausgefallen seien, als zunächst vom Bund geplant. So solle die Zahl der ehrenamtlichen Helfer bayernweit innerhalb von fünf Jahren von bisher 12.000 auf rund 9.000 reduziert werden. Durch den neugeschaffenen Status des Reservehelfers (in Bayern 3.000) und die Verkürzung der Verpflichtungszeit für vom Wehrdienst freigestellte Helfer auf sieben Jahre könne der Abbau voraussichtlich im Rahmen der normalen Fluktuation durchgeführt werden. Die Wartung und Instandsetzung der bundeseigenen Ausstattung soll künftig nicht mehr in bundeseigenen Werkstätten erfolgen.

Sauter begrüßte es, daß der Landkreis Günzburg Initiative gezeigt und Ende letzten Jahres die Zentralwerkstatt mit dem gesamten Werkstattpersonal übernommen habe.

Gespräch über Rettungswesen

Ein Expertengespräch zum Rettungswesen in Mecklenburg-Vorpommern hat der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Frauen im Schweriner Schloß durchgeführt. Im Rahmen dieser öffentlichen Veranstaltung wurden Sachverständige aus dem Kreis der kommunalen Spitzenverbände, der Rettungsdienste, der Krankenkassen sowie der Kassenärzte gehört. Im Vordergrund standen dabei Ausführungen zur geplanten Reduzierung der Zahl der Rettungsleitstellen von 18 auf fünf integrierte Rettungsleitstellen für Rettungsdienst, Brandschutz und Katastrophenschutz.

Überwiegend wurde von den Experten hierzu die Auffassung vertreten, daß diese Reduzierung zu finanziellen Einsparungen sowie zu einer höheren Konzentration an qualifiziertem Personal in einer Rettungsleitstelle, einem landkreisübergreifenden und effektiven Einsatz von Rettungsmitteln und einer besseren und abgestimmten Koordination der Rettungswachen führen werde. Anderer Auffassung war der Landkreistag, der im Interesse einer

Hilfe für die Mongolei

Die Neukonzeption des Zivilschutzes sowie die Umstrukturierung des Technischen Hilfswerks sehen eine Veränderung sowie Verringerung des vom Bund finanzierten Fahrzeugbestands vor. Im Rahmen der deutsch-mongolischen



Unser Bild zeigt BZS-Präsident Helmut Schuch (rechts) bei der Übergabe der Fahrzeuge an den Botschafter der Mongolei, Luvsanjamtsin Udval. (Foto: Hilberath)

möglichst effektiven Ausgestaltung des Rettungswesens, insbesondere des Brand- und Katastrophenschutzes vor Ort, von einer weiteren Reduzierung der Rettungsleitstellen abgeraten hat.

Einigkeit bestand bei allen Experten, daß die im Rettungsdienstgesetz Mecklenburg-Vorpommern vorgesehene Hilfsfrist „von in der Regel zehn Minuten“ nicht verlängert werden dürfe. Andernfalls würden sich die Überlebenschancen, zum Beispiel von Unfallopfern, erheblich verringern.

Der Ausschuß wird im Laufe seiner nächsten Sitzungen das Expertengespräch auswerten und prüfen, ob und wann eine Novellierung des Rettungsdienstgesetzes erforderlich wird.

Auf dem Weg zu neuem MHD

„Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mit unserem Projekt Malteser 2000 auf einem Weg sind, der uns nicht nur sicher ins Jahr 2000 führt, sondern der uns im Wettstreit mit den anderen Hilfsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Privatunternehmen in eine gute Position bringt“, so Johannes Freiherr Heereman, Geschäftsführender Präsident des Malteser-Hilfsdienstes vor der Bundesversammlung der Organisation in Regensburg. Vor drei Jahren beschritten die Malteser den Weg zur strukturellen Erneuerung durch eine umfassende Analyse des gesamten Verbandsgeschehens, die von der Unternehmensberatung Arthur D. Little durchgeführt wurde.

Ziel der Neuordnung soll es sein, die unternehmerisch zu führenden Dienste der Malteser (wie Rettungsdienst, Behindertenfahrdienst, Soziale Dienste) so zu organisieren, daß sie durch betriebswirtschaftliche Orientierung im freien Wettbewerb eine Chance haben und möglichst wenig Mitgliedsbeiträge des Malteser-Hilfsdienstes verbrauchen. Deswegen werden die unternehmerischen Dienste in eine neue Tochtergesellschaft, die Malteser Werke gGmbH, ausgegliedert, damit ein marktwirtschaftlich orientierter Dienstleistungsbereich entstehen kann.

Ein zweites Ziel des Malteser-2000-Projektes ist nach Worten von Freiherr Heereman die „Zusammenführung aller Malteser-Bereiche zu einem großen Ganzen, zu einer gemeinsamen Malteser-Identität“. Die Rettungssanitäter und Katastrophenschützer aus dem Malteser-Hilfsdienst dürfen und sollen sich ebenso sehr als Malteser empfinden wie die Mediziner und Pfleger in den zehn Krankenhäusern der Malteser Werke oder die Mitarbeiter in den dort ebenfalls zusammengefaßten Einrichtungen für Hospizarbeit, für die Betreuung von Flüchtlingen und Aussiedlern. Bislang wurden die stationären Einrichtungen der Malteser in Deutschland von einer vom Hilfsdienst getrennt operierenden Gesellschaft geführt, jetzt gibt es personelle Verknüpfungen in der Leitung.

„Die strategischen Zielsetzungen, auch die Schlußfolgerungen für das zukünftige Malteserhaus sind mittlerweile gezogen“, so Freiherr Heereman vor der Bundesversammlung, „jetzt müssen wir weiter entschlossen an der Umsetzung arbeiten.“ Im Zusammenhang mit dem Projekt Malteser 2000 wird durch die Daimler-Benz-Tochter debis ein datengestütztes Informations- und Kontrollsystem in einem Volumen von 40 Mio DM installiert.

Selbsthilfe in der Katastrophenvorsorge

Ohne den aktiven Einsatz der Betroffenen gibt es keine effektive Vorbeugung gegen Katastrophen. Deshalb ist die Stärkung von Selbsthilfestrukturen ein wesentliches Ziel der Katastrophenvorsorge. Selbsthilfe im Katastrophenfall bedeutet, daß die Bevölkerung sowie nationale und lokale Katastrophenschutzorganisationen in der Lage sind, die Folgen und Bedrohungen einer Katastrophe soweit wie möglich aus eigener Kraft zu bewältigen.

In Deutschland übernehmen in erster Linie die Feuerwehren und das Technische Hilfswerk mit ihren hauptamtlichen Mitarbeitern und freiwilligen Helfern diese Aufgaben. Außerdem ist die betroffene Bevölkerung häufig selbst aktiv und ver-

sucht, sich zu helfen, wie es die Betroffenen des Rheinhochwassers der vergangenen Jahre bewiesen haben: Das Hochwasser von 1995 erreichte den gleichen Pegelstand wie jenes von 1993. Die Schäden beliefen sich 1995 aber nur auf etwa die Hälfte von 1993. Dies ist zu einem großen Teil auf das bessere, der Notsituation angemessene Verhalten der Bevölkerung zurückzuführen.

In Entwicklungsländern sind dagegen Feuerwehren, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen oft nur sehr schlecht ausgebildet, bescheiden ausgestattet und somit nur bedingt einsatzfähig. Hier übernehmen dann Nichtregierungsorganisationen, die in vielen Bereichen der kommunalen und ländlichen Entwicklung gleichzeitig aktiv sind, auch Aufgaben der Katastrophenvorsorge und -hilfe, wie z. B. Erste Hilfe, Evakuierung und Notversorgung. Für technisch anspruchsvollere Aufgaben wie Brandschutz, Bergung und Rettung sind auch in diesen Ländern spezialisierte Organisationen mit häufig unzureichenden Kapazitäten, die sich meist nur auf die städtischen Zentren beschränken, verantwortlich.

Die weltweit wachsende Katastrophenanfälligkeit vergrößert die Notwendigkeit, solche Katastrophenschutzstrukturen in Entwicklungsländern mit Hilfe der Industrieländer zu stärken oder zu schaffen. Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Hilfsorganisationen des Nor-

Berichtigung

In dem Beitrag „Gedanken zu einer neuen Konzeption der medizinischen Hilfe im Zivilschutz“ von Dr. med. Reinhold Schultze in unserer letzten Ausgabe hat sich leider ein Fehler eingeschlichen. Auf Seite 25 im letzten Absatz muß es heißen: „Vor sechs Jahren rechnete man in der Schweiz unter den damaligen geostrategischen Verhältnissen mit einer Notwendigkeit zur stationären Aufnahme Frischverwundeter in einer Größenordnung von einem **Promille** pro Kampftag, bezogen auf die Gesamtbevölkerung = 6.000 Patienten pro Tag.“

dens übernehmen hierbei im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit neue Aufgabenfelder. Sie können ihr Know-how den Partnerorganisationen im Rahmen von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit vermitteln. Dabei zeigt sich, daß die Kompetenzen dieser Institutionen weit über Einsätze der akuten Katastrophenhilfe hinausgehen.

Das Deutsche IDNDR-Komitee engagiert sich zunehmend für die Stärkung von Selbsthilfekapazitäten für den Katastrophenschutz in Entwicklungsländern. Dies geschieht im Rahmen von geplanten Partnerschaftsprojekten, die das Komitee zwischen deutschen Kommunen bzw. lokalen Katastrophenschutzeinheiten und den entsprechenden Institutionen im Ausland vermitteln will und die einer noch ausstehenden Drittfinanzierung bedürfen. Schwerpunkte dieser IDNDR-Projekte sollen die Ausbildung und Beratung von Fachkräften sein. Derzeit bemüht sich das Komitee, ein Kooperationsprojekt zur „Förderung lokaler Katastrophenschutzstrukturen in Kirgistan und Usbekistan“ zu initiieren. Hierfür werden sieben kommunale Feuerwehr- und THW-Organisationen aus Deutschland und den Niederlanden den Ausbau lokaler Katastrophenschutzdienste in vier usbekischen und drei kirgisischen Städten unterstützen. Die Stärkung dezentraler Strukturen und die Gründung von Nichtregierungsorganisationen ist für Kirgistan und Usbekistan, die bis 1991 der Sowjetunion angehörten, besonders wichtig. Die beiden Länder sind noch stark vom sowjetischen Zentralismus geprägt. Deshalb geht es aus usbekischer und kirgisischer Sicht bei diesem Projekt auch nicht nur um die Übertragung von technischem Know-how und um materielle Unterstützung, sondern auch um einen Erfahrungsaustausch in organisatorischen Fragen.

(IDNDR-Infodienst)

Neuer Abrollbehälter

Bei drei Feuerwehren im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist ein Wechselladersystem im Einsatz. Die Standorte der einzelnen Abroll-



Der neue Abrollbehälter zeichnet sich durch Vielseitigkeit aus.

behälter sind mit dem Landkreis abgestimmt und werden von diesem gefördert. Der Landkreis beschaffte zusätzlich Abrollbehälter, die ausschließlich überregionale Aufgaben haben. Hierzu zählt auch der neue Abrollbehälter „Betreuung und Soziales“ bei der Hauptstützpunkt-Feuerwehr Dieburg.

Der neue Abrollbehälter AB-B/S wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Hersteller und dem Kreisfeuerwehrverband entwickelt und ist in drei Räume unterteilt. Im Aufenthaltsraum befindet sich eine Sitz-ecke für zehn Personen mit einem großen Arbeitstisch. Die Küchenzeile ist mit Elektroherd, Spüle, Kühlschrank und Mikrowelle ausgestattet. Zusätzlicher Stauraum ist unter zwei Sitzbänken für Geräte, Sitzgarnitur und Verpflegung. Der Aufenthaltsraum verfügt über eine Elektroheizung, Dachventilator und Klimaanlage. Ferner ist es möglich, eine transportable Funk- und Telefonanlage anzuschließen.

In einem separaten Raum – mit einer Zugangstür von außen – befindet sich eine Toilette. Abgetrennt davon und zugänglich von außen ist der Geräteraum, bestückt mit einem Stromerzeuger 8 kVA. Ein Tank mit 120 Litern Frischwasser versorgt die Küche und Toilette mit Hilfe einer Elektropumpe. Im Geräteraum sind ferner Staukisten mit Zubehör untergebracht. Zur Versorgung der elektrischen Anlage (230 Volt) besteht die Möglichkeit der Strom-einspeisung von außen über Schutz-schalter. Eingebaute Batterien sichern die Stromversorgung einer

12-Volt-Notbeleuchtung. Der Abroll-behälter ist vorgerüstet für den Betrieb eines Funkgeräts und Telefons.

Der Einsatzbereich des Abroll-behälters ist breit. So kann er z. B. eingesetzt werden als mobile Unterkunft bei unterschiedlichen Einsätzen der Feuerwehr, aber auch als Einrichtung zur Unterbringung von Einsatzkräften für den Brandsicherheitsdienst bei Großveranstaltungen dienen. Auch kann der Abrollbehälter als mobile Informationsstelle – z. B. bei Werbeveranstaltungen der Feuerwehr – genutzt werden. Hierfür wird eine große Seitenklappe geöffnet. Durch Umlegen der Sitzbank entsteht eine Informationstheke. Zur Beleuchtung des Umfeldes sind Haltepunkte für zwei Scheinwerfer seitlich angebracht.

Soziale Pflichten werden immer lästiger

Bei immer mehr Jugendlichen sinkt die Bereitschaft, soziale Verpflichtungen einzugehen oder ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen. Jeder dritte junge Mensch in Deutschland betrachtete 1995 die Mitarbeit in einem Verein keinesfalls mehr als Freizeit. Vier Jahre zuvor sahen dies nur 16 Prozent so. Für 56 Prozent und damit die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen hat

mittlerweile auch die Mitarbeit in einer Partei oder Gewerkschaft nichts mit Freizeit zu tun. 1991 waren erst 41 Prozent dieser Meinung. Dies geht aus einer Trendanalyse des B.A.T. Freizeit-Forschungsinstituts, Hamburg, hervor, deren Basis zwei Repräsentativerhebungen mit speziellen Fragen zum Sozialverhalten von jeweils 2.600 Personen ab 14 Jahren 1991 und 1995 waren. Auch Bürgerinitiativen haben bei Jugendlichen in den letzten Jahren ihren Freizeit- und teilweise Happening-Charakter verloren. Sich in einer solchen Initiative zu engagieren, wird heute von 36 Prozent der Jugendlichen als Pflicht verstanden. 1991 äußerten sich so erst 30 Prozent. Selbst die eigene Familie bekommt diese geringe Lust auf Soziales zu spüren: Kranken- und Verwandtenbesuche werden zunehmend als lästig und heute von 42 Prozent (1991: 25 Prozent) in keinem Fall als Freizeit angesehen. Familiären Pflichten nachzukommen, ist für die Hälfte der Jugendlichen inzwischen mit Unlust verbunden. Vier Jahre zuvor war diese soziale Unlust nur halb so groß. Für mehr als ein Drittel aller Jugendlichen hat heute Nachbarschaftshilfe in der Freizeit keinen Platz, 1991 war dies erst bei einem Viertel der Fall. Auch das freiwillige Engagement in einer sozialen Organisation wie etwa dem Roten Kreuz wird von 48 Prozent der Jugendlichen als Arbeit mit Pflichtcharakter empfunden und damit von 18 Prozent mehr als 1991. Dabei ist die Jugend offenbar nicht besser oder schlechter als der Rest der deutschen Gesellschaft. Auch dort verliert die soziale Dimension des Freizeitverhaltens zunehmend an Bedeutung, besonders für Singles und Großstadtbewohner.

(df)

Katastrophenschutz-Sonderplanung

Seit kurzem ist die Mitteleuropäische Rohölleitung „MERO“, die Vohburg an der Donau (Landkreis Pfaffenhofen) mit Tschechien verbindet, in Betrieb gegangen. Rechtzeitig zur Probefüllung wurde ein Katastro-

phenschutz-Sonderplan eingeführt und vor Ort umgesetzt. Dank der neuen Struktur ist es möglich, die für die einzelnen Einheiten, Personen oder sonstigen Stellen wichtigen Informationen auf wenigen Seiten konzentriert zusammenzufassen. Die neu strukturierten Katastrophenschutz-Sonderpläne können in das EDV-gestützte Alarmierungssystem im Brand- und Katastrophenschutz „BASIS“ eingebunden werden. Die Alarmierung der im Schadensfall benötigten Einheiten und Personen kann damit sozusagen in Sekundenschnelle durchgeführt werden; Fehler oder Verzögerungen in der Alarmauslösung sind kaum mehr möglich.

Neue Studie Katastrophenvorsorge

Einen umfassenden Überblick über Katastrophenvorsorge, Vorbereitung für den Katastrophenfall und Katastrophengewalt in Großbritannien gibt eine Studie, die mit Unterstützung des britischen IDNDR-Komitees erstellt wurde. Über 170 Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche Einrichtungen, Ministerien, Beratungsunternehmen und private Unternehmen wurden für die Erhebung der Daten befragt. Komplexe Katastrophenszenarien wie die Bürgerkriegskatastrophe in Ruanda stellen den Arbeitsschwerpunkt der befragten Organisationen dar. Vulkanausbrüche, Erdbeben und Seuchen hingegen finden weniger Beachtung. Als Hauptbetätigungsfelder der britischen Organisationen wurden die Humanitäre Hilfe und Risikoanalysen herausgestellt. Neben einem umfassenden Verzeichnis von Institutionen und Einzelpersonen, die in der Katastrophenvorbereitung oder -hilfe tätig sind, enthält der Band auch eine Übersicht über gedruckte und elektronische Informationsquellen, Netzwerke und Ausbildungs- und Trainingskurse. Darüber hinaus wurde eine umfassende Übersicht über aktuelle Aktivitäten britischer Institutionen im Bereich der Katastrophenvorsorge erstellt.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 200161
53131 Bonn
Telefon (0228) 940 - 0
Telefax (0228) 940 2702

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz, Deutscherrenstraße 93, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesverband für den Selbstschutz

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Mitte Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluss ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur:
Peter Eykmann

Redaktion:
Paul Claes (cl)
Günter Sers (güse)

Layout:
Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Druckhaus Coburg
Postfach 1525
96405 Coburg
Telefon (09561) 86 35 - 0
Telefax (09561) 86 35 - 44

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50
Abonnement jährlich DM 14,-
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Jahresregister 1996

Im Gespräch

- „Die Länder können der Verantwortung nicht mehr ausweichen“ – Innenminister Dr. Püchel im Interview 2/96
- „Die Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg“ – ED.P.-MdB Max Stadler im Interview 3/96

Menschen

- Helmut Schuch neuer BZS-Präsident 1/96
- Ehrung für Malteserpräsident Prinz Löwenstein 1/96
- Bundesverdienstkreuz für Karl Binai 1/96
- Neue Führung im Bundesamt für Zivilschutz 2/96
- Albert Bürger: Ein Leben für die Feuerwehr 2/96
- Hans-Ulrich Schönfeld im Ruhestand 3/96
- Fritz Neckermann verstorben 3/96
- DRK-Generalsekretär Römer geehrt 3/96
- Auszeichnung für Baudirektor Kurt Bauer 3/96
- Hans Koschnik löste Hans-Jürgen Wischniewski ab .. 4/96

Aus der Praxis

- Vertrag über Bundesförderung zur Ersten-Hilfe-Ausbildung unterzeichnet 1/96
- Gelungener Hochwassereinsatz 1/96
- „Limes Due“ – Internationale Vollübung 2/96
- Das große „Hanshin-Awaji-Beben“ 2/96
- Zugunglück in Garmisch-Partenkirchen 2/96
- Alarmübung „Tankerunfall“ 2/96
- Hilfe für die Helfer 2/96
- Schnelleinsatzgruppe – Spielzeug oder Notwendigkeit? 3/96
- Lampenfieber bremst die gute Tat 3/96
- Landesweiter Vergleich von Sanitätsgruppen in Sachsen 4/96
- Erschreckende Bilanz nach einem gestellten Verkehrsunfall 4/96
- Oktoberfest München: Umfassende Sicherheitsvorkehrungen 4/96
- Transparenz von Leistungen und Kosten im Rettungsdienst 4/96

Technik und Wissenschaft

- Neuartiges Modell der Auswertung von KatS-Übungen 1/96
- Neues Konzept für Großstankbrände 1/96
- Dekontamination von Einsatzkräften 3/96
- Gefahrgut-Übungsanlage ermöglicht praxisnahe Ausbildung 4/96

Aus-und Weiterbildung

- Neukonzeption der Ausbildung der aktiven Helfer des MHD 1/96
- Veranstaltungsangebot der BVS-Bundesschule Ahrweiler 2/96
- „Operative Einsatzleitung Ausland“ – Ein THW-Ausbildungslehrgang 3/96
- Heyrothsberge: Ausbilden und forschen unter einem Dach 3/96
- Neue Übungshalle der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg 4/96
- Neue Schulungseinrichtung in Ahrweiler 4/96

Politik und Gesellschaft

- Strukturreform im Rettungsdienst 1/96
- Feuerwehrgremien tagten in Hessen 1/96
- Bedarfsgerechte Soforthilfe bei Katastrophen im Ausland 1/96
- Zehn Jahre nach Tschernobyl 2/96
- Johannisfeier von Johannitern und Maltesern 3/96
- Gedanken zu einer neuen Konzeption der medizinischen Hilfe im Zivilschutz 3/96
- 1. Landesfeuerwehrtag Bayern in Kempten 3/96
- Bundespräsident Roman Herzog Gast der DFV-Delegiertenversammlung 4/96
- 150 Jahre Feuerwehr Trier 4/96

Arbeiter-Samariter-Bund

- Schutzengel verunglückt 1/96
- Neue Wege im Betreuungsdienst 2/96
- 16. ASB-Bundesjugendwettbewerb 3/96
- Die Bedeutung des Themas „Psychologie der Hilfeleistung im ASB“ 4/96

Bundesverband für den Selbstschutz

BVS-Mitgliederversammlung tagte zum letzten Mal	1/96
Informationszentrum des BVS in Ahrweiler	2/96
Fragen zur Zukunft im Mittelpunkt	3/96
Ehrenamtliche Mitarbeiter verabschiedet	4/96

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Gespräch mit DLRG-Präsident Prof. Kurt Wilke	1/96
Neue Prüfungsordnung in Kraft	2/96
714 Menschenleben gerettet	3/96
Lebensretter ausgezeichnet	4/96

Deutscher Feuerwehrverband

Hinweise für Feuerwehrärzte	1/96
Versandhaus des DFV in neuen Räumen	2/96
„Woche des Ehrenamts“	3/96
CTIF-Bundesausscheidungen in Böblingen	4/96

Deutsches Rotes Kreuz

37. Bundeswettbewerb „Erste Hilfe“ in Stade	1/96
Eröffnung der Akademie des Deutschen Roten Kreuzes	2/96
Bundesweiter Erste-Hilfe-Tag	3/96
Katastrophen: Aussagekräftige Daten als Voraussetzung für wirksame Reaktion	4/96

Johanniter-Unfall-Hilfe

Andere Länder, andere Systeme	1/96
Neues Ausbildungskonzept für Helfer im Katastrophenschutz	2/96
Nach dem Flughafenbrand in Düsseldorf	3/96

Malteser-Hilfdienst

Das Modell „Leitung Einsatzdienste“	1/96
Künftige Strukturen im Zivilschutz	2/96
Malteser übten Trinkwasseraufbereitung	3/96
Einsatzbesprechung nach „kritischen Einsatzereignissen“	4/96

ARKAT

Stellungnahme zur Neuordnung des Zivilschutzes	1/96
„Wie das Ehrenamt auf der Strecke bleibt“	2/96
Regie nimmt Querschnittsaufgaben wahr	3/96
Oberspreewald-Lausitz: Fünf Jahre Regieeinheiten	4/96

Technisches Hilfswerk

„Großalarm“ auf Rhein-Main	1/96
Ölpest verhindert	2/96
Schnelleinsatzgruppen steigerten Einsatzaufkommen	3/96
Länderverbandsgründung Bremen-Niedersachsen vollzogen	4/96

Warndienst

Internationale Übung 1996	1/96
INTEX '96 wurde aus Montelebretti überwacht	2/96
Europäische Gefahrenerfassungs- und Warnsysteme in der Diskussion	3/96
Warndienst unterstützt Kooperationsbemühungen der NATO	4/96

Stellungnahmen

Hilfreich und lebensrettend: Humanitäres Lagezentrum	1/96
Neues Landeskatastrophenschutzgesetz in Schleswig-Holstein	2/96

Zuletzt

Vom Vorbild zum Modell: Mannschaftskraftwagen (MKW, MD 130 DD 9)	1/96
Vom Vorbild zum Modell: Vier-Tragen-Wagen (KTW 4-Tr, Fiat-Ducato 230 L)	2/96
Vom Vorbild zum Modell: Schlauchwagen (SW 2000)	3/96
Vom Vorbild zum Modell: Lastkraftwagen 4 t (Lkw)	4/96

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

Heute: Lastkraftwagen 4 t (LKW)

Nach alter Organisationsstruktur lieferte der Bund den Betreuungszügen (BetrZ) des Katastrophenschutzes einen Vier-Tonnen-LKW für die Verpflegungsgruppe aus. Der MB 608 D mit Doppelkabine und Pritsche/Plane diente als Zugfahrzeug für die drei Feldkochherde (FKH) des BetrZ, zudem als Material- und Personaltransporter. Zwei weitere LKW mußten ggf. beordert werden.

Das Modell

Die Firma Preiser bietet ein weitgehend vorbildgerechtes Grundmodell des 4-t-LKW, so daß im wesentlichen nur noch die Lackierung und kleinere Umbauarbeiten vorgenommen werden müssen. Geeignet sind die Fertigmodelle Nr. 37007 (I-Trupp-LKW THW) oder Nr. 37018 (LKW Straßenmeisterei).

Das jeweilige Grundmodell wird in seine Einzelteile zerlegt. Vom Fahrerhausdach werden Blaulicht und Blaulichtsockel entfernt, das entstandene Loch verspachtelt. Die unterhalb der Pritsche angebrachten Staukästen werden abgenommen. Anschließend können Fahrerkabine, Pritsche und Plane mit mattweißer Farbe (Revell, Humbrol) grundiert, nach ausreichender Trockenzeit in elfenbein (RAL 1014) von Müller lackiert werden. Je nach Vorbild erhalten auch die vordere Stoßstange, der Kühlergrill und die Radabdeckungen hinten diesen Farbton (ansonsten schwarz). Es empfiehlt sich zudem, die Fahrerkabine innen in hellgrau (matt/seidenmatt) zu lackieren. Nach wiederum ausreichender Trocknungszeit kann das Modell zusammengebaut und verklebt werden.

Die Detaillierung sieht abschließend – neben dem farblichen



Vier-Tonnen-LKW des Katastrophenschutzes Baden-Württemberg aus dem Landkreis Konstanz.

Finish von Blinkern (orange), Rückleuchten (rot), Fensterrahmen, Türgriffen, Rad-Schmutzfänger hinten (matt schwarz) und Planen-Verstärkungen (matt grau) – nur noch eine vorbildentsprechende Beschriftung vor. Die Firma Müller, Siegen, bietet hier sowohl die Orga-

nisationselemente (DRK, JUH, ASB, MHD u.a.) als auch die Standardbeschriftung „Katastrophenschutz“.

Kfz-Kennzeichen mit 8000er-Nummern des Katastrophenschutzes finden sich im Sortiment von Preiser.



Das Modell im Maßstab 1:87 als Preiser-Umbau.

ZULETZT

Die nächste Ausgabe des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ erscheint am 15. Februar 1997



Alle privaten Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz des Freistaates Sachsen mitwirken, trafen sich zu einem ersten landesweiten Leistungsvergleich von Sanitätsgruppen in Dresden-Plauen.

Die Helferinnen und Helfer von Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst erwarteten zwölf realistische und praxisorientierte Notfall- und Unfallsituationen, die insbesondere die Team- und Handlungsfähigkeit der Gruppen fordern und fördern sollen. Das Wissen der Teilnehmer mußte vielfältig sein, um im Kampf um Punkte und Platzierung zu bestehen. Sieger des Wettbewerbs wurde der DRK-Kreisverband Freital.

Unser Titelbild und das Foto auf dieser Seite geben einen Einblick in die Wettkampfaufgaben (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).
(Fotos: Sers)